

GRENZFRIEDENSHEFTE

Oktober 2014

online



ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



- 150 Jahre deutsch-dänische Gemeinsamkeiten
- „Befreiungsdenkmal“ in Schleswig 1914
- Identitätssicherung der KZ-Toten in Ladelund 1944
- Neue Gedenksteine in Flensburg für NS-Opfer
- Zwei Anschläge in Nordschleswig 1946-1948
- Der ADS-Grenzfriedensbund in der regionalen Entwicklung
- Finanzierung von Minderheitenorganisationen
- Buchhinweise

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

- HERAUSGEBER:** ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig
- Redaktionsgeschäftsstelle:** Karin Dittmar-Tews
- Anschrift:** Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg
Telefon (04 61) 86 93-25 · Telefax (04 61) 86 93-20
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de
www.ads-grenzfriedensbund.de
- Geschäftszeit:** Dienstag bis Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0
- Mitgliedsbeitrag:** 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.
- Abonnement:** 15 € zuzgl. Porto
- Bankverbindungen:** HypoVereinsbank – BIC: HYVEDEMM300
IBAN: DE27 2003 0000 0080 0094 07
Nord-Ostsee-Sparkasse – BIC: NOLADE21NOS
IBAN: DE74 2175 0000 0000 0829 88

INHALT	Seite
<i>Jørgen Kühl</i> Von der Feindschaft zur Freundschaft. 150 Jahre deutsch-dänische Gemeinsamkeiten	3
<i>Matthias Scharl</i> 50 Jahre nach dem Krieg von 1864. Einweihung eines „Befreiungsdenkmals“ in Schleswig am Vorabend des Ersten Weltkriegs	13
<i>Jörn-Peter Leppien</i> Von der Nummer zum Namen. Die KZ-Toten in Ladelund 1944	35
<i>Bernd Philipsen</i> „Lesezeichen der Geschichte“. Vier neue Gedenksteine in Flensburg für Opfer des Nationalsozialismus	71
<i>Hans Schultz Hansen</i> Ein Attentatsversuch und ein Totschlag. Zwei Ereignisse aus der nordschleswigschen Nachkriegszeit 1946-1948	83
<i>Simon Faber</i> Der ADS-Grenzfriedensbund in der regionalen Entwicklung	101
<i>Sonja Wolf</i> Die Finanzierung von Minderheitenorganisationen in der Grenzregion	107
Buchhinweise	113

Die Grenzfriedenshefte erscheinen online und als Jahrbuch.
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des ADS-Grenzfriedensbundes enthalten.
Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

- Dr. Jörn-Peter Leppien (verantwortlich)
- Dr. Matthias Scharl
- Gerret Liebing Schlaber, ph.d.
- Levke Bittlinger, M.A.
- Ruth E. Clausen, Dipl.-Museol. (FH)
- Andrea Graw-Teebken, ph.d.

Redaktionsanschrift: Marienkirchhof 6, 24937 Flensburg

Satz und Druck:

Druckhaus Leupelt, Heideiland-Ost 24, 24976 Handewitt/Weding

ISSN 1867-1853

Von der Feindschaft zur Freundschaft

150 Jahre deutsch-dänische Gemeinsamkeiten

von JØRGEN KÜHL

Wir geben im Folgenden (in leicht überarbeiteter Form) den Vortrag wieder, den Dr. Jørgen Kühl auf Einladung der Idstedt-Stiftung beim diesjährigen Idstedt-Tag am 25. Juli 2014 gehalten hat. Der vielgefragte Historiker und Minderheitenexperte ist Leiter der A.P. Møller Skolen in Schleswig. In seinem Vortrag betrachtet er die Schlacht bei Idstedt (25. Juli 1850) als eine Station auf dem langen Weg der deutsch-dänischen Beziehungen "Von der Feindschaft zur Freundschaft". Dabei geht Kühl auch der Frage nach, welche Bedeutung eine Vergegenwärtigung der Geschichte für die Gegenwartsorientierung hat.

Die Redaktion

Die Schlacht von Idstedt am 25. Juli 1850, wo 27.000 deutsch-schleswig-holsteinische Soldaten mit 37.000 dänischen eine der größten militärischen Schlachten in Nordeuropa ausfochten, ist heute zu einer Erinnerung geworden, die außerhalb eines immer enger werdenden Kreises von Interessierten und historisch bewussten Menschen beiderseits der Grenze zunehmend verblasst. Dennoch sind wir hier versammelt im Bewusstsein der Tradition und der Geschichte, im Bewusstsein dessen, dass das heute immer wieder als vorbildlich beschriebene Zusammenleben in der deutsch-dänischen Grenzregion, in einem Raum, der über Jahrhunderte hinweg umkämpft und von Nationalismen auf beiden Seiten instrumentalisiert wurde, kein Naturgesetz ist.

Gerade in diesen Tagen, wo Konflikte zwischen Mehr- und Minderheit nicht nur in der Ukraine die Schlagzeilen beherrschen, wo ethnisch motivierte oder zumindest unterstellte Spannungen sich manifestieren, wo Not und Tod schon wieder zum Tagesgeschehen in Europa gehören, ist die Erinnerung und Besinnung auf die Lehren aus dieser, unserer Region wichtig. Zwar können wir nicht die dringendst benötigte Formel für Frieden und Aussöhnung im Donbass liefern; aber wir können mit unserer gemeinsamen Erfahrung, die auch und gerade im heutigen gemeinsamen Gedenken zum Ausdruck kommt, Anstöße und Inspiration dafür bieten, wie es möglich ist, letztendlich doch noch den Gordischen Knoten zu durchschneiden und die Entwicklung hin zu einem symbiotischen

Zusammenleben zwischen unterschiedlichen Völkern, Sprachen, Identitäten, Identifikationen und Selbstverständnissen zu initiieren.

Denn der heutige Gedenktag handelt ja nicht nur von der blutigen Schacht von 1850, sondern er ist zugleich Sinnbild für den damaligen Bürgerkrieg im dänischen Gesamtstaat, und er symbolisiert den Gegensatz und die unversöhnlichen Trennlinien zwischen Identifikationen pro-Dänisch und pro-Deutsch in dieser Region. Wir wissen, dass die Schlacht von Ildstedt über weitere Stationen zur Niederlage der Schleswig-Holsteiner im ersten Krieg um Schleswig führte.

Und wir wissen, dass vierzehn Jahre später, am 18. April 1864, der preußische Sturm auf die Düppeler Schanzen letztendlich das Schicksal dieser Region bestimmen sollte. Dazwischen lagen Jahre der – aus der heutigen Warte betrachtet – nicht sonderlich klugen, kontraproduktiven Danisierungspolitik durch Schulen und Kirchen in Schleswig und schließlich die Entstehung eines neuen Krieges um Schleswig. Im Ergebnis wurde Schleswig gemeinsam mit Holstein und Lauenburg vom dänischen Gesamtstaat abgetrennt, schließlich 1867 als Provinz an Preußen angegliedert. Hier mussten die Dänischsprachigen um ihre Rechte kämpfen, allerdings friedlich, ohne Waffengewalt.

Das Trennende stellte in dieser Zeit die Gemeinsamkeit zwischen Deutschen und Dänen dar. Heute ist es anders. Heute stehen die Gemeinsamkeiten der Interessen und Werte im Mittelpunkt. Gemeinsamkeiten in einer zunehmend globalisierten Welt, wo die Unterschiede zwischen Deutschen und Dänen marginal erscheinen im Vergleich zu den vielen anderen, oftmals unüberbrückbar erscheinenden kulturellen Unterschieden, die infolge des Globalisierungsprozesses auch in der Bundesrepublik und in Dänemark zutage treten.

Es gibt sie hier zwar noch immer, die kulturellen Unterschiede; aber heute werden sie kaum als Problem, sondern vielmehr als Chance und Standortvorteil im Wettbewerb der Regionen wahrgenommen. Deutsch und Dänisch sind nicht mehr Widersprüche, die einander unversöhnlich gegenüber stehen, sondern werden vielmehr als komplementäre Kompetenzen und komparative Vorteile wahrgenommen. Statt von Unterschieden und Hindernissen, wird von Synergie gesprochen.

Die Geschichte ist historisiert worden; dennoch ist sie keineswegs vergessen. Vielmehr ist die Erinnerung an sie ein wichtiger Bezugspunkt: Geschichte ist transformiert worden. Ihre Bedeutung als Abgrenzung nimmt immer mehr ab, je älter diejenigen Generationen werden, die noch einen persönlichen Bezug zu den früheren nationalen Gegensätzen haben. Wir müssen wohl oder übel eingestehen: Für das Selbstverständnis der jüngeren Generationen spielen die Geschehnisse von Ildstedt im Jahre 1850, spielt der vor drei Jahren auf den Alten Flensburger Friedhof zurückgekehrte Ildstedt-Löwe keine Rolle. Realistisch und nüchtern betrachtet herrscht zudem Desinteresse daran vor.



Dr. Jørgen Kühl

Für die Jüngeren sind die Kriege um Schleswig, sind die nationalen Auseinandersetzungen, sind die Konflikte zwischen Mehrheit und Minderheit, Deutschen und Dänen meistens wie Erzählungen aus einer fernen Vergangenheit. Erzählungen, die heute gemeinsam erforscht werden – oder, wie aktuell am Königshügel und Danewerk, gemeinsam mit Sonden in der sogenannten Schlachtfeldarchäologie Spuren und Zeugnisse der Schlachten aufgespürt, gefunden und bestaunt werden.

Heute stellen historische Ereignisse Schnittmengen dar, die Anlass bieten für gemeinsame Erinnerung und Deutung. Sie werden heute von Dänen und Deutschen bewusst gemeinsam begangen, wie der 150. Jahrestag des Sturmes auf Düppel 2014. Dabei ist es sehr hilfreich, dass wir in der Rückschau alle klüger und weiser geworden sind. Oder wie der große dänische Philosoph Søren Kierkegaard es 1843 sehr treffend ausdrückte: "Wir leben das Leben vorwärts, verstehen es jedoch rückwärts".

So ist es in allen europäischen Grenzregionen wie eben auch hier in der unseren. Die Geschichte und ihre Deutung entwickeln sich laufend, entstehen kontinuierlich, schreiten voran. Die Geschichte ist im ständigen Fluss, in dem man – wie Heraklit mit seinem Diktum „Panta rhei“ richtig feststellte – nicht zwei

Mal baden kann. Aber wir können innehalten und eine Rückschau vornehmen. Die Entwicklungslinien und auch Irrwege erkennen und deuten. Wir können Geschichte denken und überdenken unter Zuhilfenahme von zentralen Stationen oder auch Meilensteinen.

Denn ungeachtet des Interesses oder auch Desinteresses der sich abwechselnden Generationen an der Vergangenheit, sind wir alle, ob Deutsche oder Dänen oder Angehörige anderer Nationen, mit oder ohne Bindestriche, dennoch historische Wesen – von der Geschichte geprägt und Geschichte prägend.

In diesem Jahr jähren sich zahlreiche historische Ereignisse, die in der Gesamtschau betrachtet gewissermaßen als Meilensteine sich in das Gesamtmosaik der deutsch-dänischen Gemeinsamkeiten – im Guten wie im weniger Guten – zusammenfügen. Dabei werde ich hier und heute das erste, wichtige Jubiläum, den Kieler Frieden von 1814, der zur Abtrennung Norwegens von Dänemark, dem kurzzeitigen Gewinn Schwedisch Pommerns als Kompensation und dem Tausch gegen Lauenburg führte, allerdings nicht eingehend behandeln, obgleich dieser Verlust für die dänische Nation durchaus von nachhaltiger Bedeutung war.

1814 war eine nationale Katastrophe für die Dänen: Dänemark-Norwegen wurde in Personalunion seit 1380, in einer Realunion seit 1660 regiert. 1814 wurde die Union aufgelöst – und somit ging für Dänemark ein essentieller Teil seiner Identität verloren. Übrig blieb – zumindest vorerst – noch Island bis vor 70 Jahren, als diese Personalunion mit dem seit 1918 souveränen Staat Island gelöst wurde. 1814 scheint in der Rückschau der Anfang der Kleinstaatwerdung Dänemarks gewesen zu sein. Zugleich war der Frieden von Kiel der Beginn der Nationalstaatwerdung Dänemarks. Indem nach und nach die nicht-dänischen Reichsteile verlustig gingen, blieben letztendlich im Kontinentaldänemark beinahe nur noch Dänischsprechende übrig, die zügig zu Dänen wurden.

Zentral im diesjährigen Gedenken steht natürlich das Jahr 1864, als die Söhne der 50 Jahre zuvor geschlagenen Dänen den Krieg um Schleswig verloren. Das heutige Dänemark, das heutige Verhältnis zwischen Deutschen und Dänen lassen sich ohne die Ereignisse vor 150 Jahren nicht verstehen.

Vor 100 Jahren wurde der Weltkrieg, der später den Zusatz Erster erhalten sollte, entfacht. Dänemark war neutral, das deutsche Kaiserreich einer der Hauptakteure des grauenhaften Krieges, der 10 Millionen Soldaten das Leben kostete und etliche Millionen fürs Leben mit dem Verlust von Gliedmaßen, der Vernunft und Humanität zeichnete. Hier kämpften, notgedrungen, auch 30.000 Dänischgesinnte aus dem nördlichen Teil Schleswig-Holsteins Seite an Seite mit Deutschgesinnten an allen Fronten – für eine Sache, die nicht die ihrige war, aber in der Hoffnung, nach dem Krieg ihr Recht auf Selbstbestimmung einfordern zu können.

Der Versailler Frieden vor 95 Jahren ermöglichte die Umsetzung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung in diesem Teil Europas. Infolge der beiden Plebiszite von 1920 wurde die noch heute gültige internationale Grenze zwischen Dänemark und Deutschland gezogen. Im Ergebnis verblieben eine deutsche nationale Minderheit nördlich und eine damals kleinere dänische Minderheit südlich der Grenze. Ohne den Weltkrieg gäbe es die heutige Grenze nicht. Ohne den Weltkrieg gäbe es keine deutsche Minderheit in Dänemark.

Bereits 20 Jahre später zogen Deutsche und Angehörige der dänischen Minderheit sowie freiwillige der deutschen Minderheit in den Zweiten Weltkrieg. Diesmal für ein verbrecherisches, totalitäres Regime, den Nationalsozialismus. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren verweist auf den Tiefpunkt der deutschen Geschichte: Krieg, Holocaust, Verbrechen, die kaum vorstellbar aber dennoch real sind. Deutschland besetzte im Jahr darauf Dänemark. Danach gab es keine Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Nationen.

Vor 70 Jahren kam dann der entscheidende Wendepunkt im Westen: D-Day am 6. Juni 1944 in der Normandie, der letztendlich zur Befreiung des westlichen Europas führte. Dänemark wurde von den deutschen Besatzern befreit, die Deutschen vom Nationalsozialismus geläutert. Der 70. Jahrestag wurde in diesem Jahr gemeinsam von Siegern und Besiegten begangen.

Auch wenn es de facto keine Stunde Null gab, so war die Kapitulation des Dritten Reiches im Mai 1945 dennoch ein Nullpunkt, auch im Verhältnis zwischen Dänen und Deutschen. Das Misstrauen gegenüber dem Nachbarvolk im Süden saß tief. Ohne den Kalten Krieg wäre das Verhältnis wahrscheinlich über Jahrzehnte belastet gewesen. Schwer wog in den ersten Nachkriegsjahren die Frage des Status und der Rechte der dänischen Minderheit, die sich im Landesteil Schleswig vorübergehend zu einer Massenbewegung entwickelte, die eine Loslösung von Holstein und die Vereinigung mit Dänemark anstrebte. Die maßgeblichen Politiker in Dänemark behielten jedoch stets den kühlen Kopf und stellten fest, dass die Grenze fest liegt, die Minderheitenfrage aber geregelt werden müsse.

Vor 65 Jahren wurde 1949 mit der Kieler Erklärung ein wichtiger Schritt hin zu einer nachhaltigen Minderheitenregelung gemacht: Das Prinzip „Minderheit ist, wer will“, dass 1920 bereits für die Deutschen in Nordschleswig, ab Ende 1928 ebenfalls für die Dänischgesinnten in Preußen galt, wurde nunmehr durch die Landesregierung anerkannt. Im inoffiziellen Kopenhagener Vermerk wurden auch der deutschen Minderheit gleiche staatsbürgerliche Rechte in Dänemark zugesichert. Dennoch zeigte sich nach einem Regierungswechsel in Kiel, dass die Regierungen Bartram, Lübcke und von Hassel das Prinzip anders verstanden als die Minderheit. So kam es zu neuen schwerwiegenden Belastungen im Verhältnis zwischen Deutsch und Dänisch.

Vor 60 Jahren, 1954, kulminierten die Spannungen anlässlich der Landtagswahl, als die Vertretung des SSW aufgrund der 5 %-Hürde kein Mandat erhielt. Im Jahre zuvor hatte die deutsche Minderheit in Nordschleswig infolge einer Änderung des dänischen Grundgesetzes, das wiederum zur Erweiterung der Mandatszahl im Parlament Folketing führte, mit 9.700 Stimmen ein Folketingsmandat gewinnen können. In Schleswig-Holstein reichten 42.000 SSW-Stimmen für kein Mandat aus. In Dänemark herrschte Unverständnis gegenüber dem deutschen Nachbarn und seiner Minderheitenpolitik.

Im Herbst 1954 öffnete sich jedoch ein Fenster für eine prinzipielle Lösung: Nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsunion beantragte die Bundesrepublik die Aufnahme in die westliche Wertegemeinschaft NATO. Dies wurde zur Initialzündung für die Bonn-Kopenhagener Erklärungen, die letztendlich am 29. März 1955 veröffentlicht wurden und die im Nachhinein als Grundlagenerklärungen, obgleich kein Vertrag, sondern eine neue Form des Völkerrechts in der Form einseitiger Erklärungen, gelten sollten.

Vor 60 Jahren wurden die Weichen für ein positives, konstruktives, schließlich symbiotisches Zusammenleben gestellt. Nicht zufällig wurde in der Präambel der Erklärungen hervorgehoben, dass sie in „dem Wunsche, das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung beiderseits der deutsch-dänischen Grenze und damit auch die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark allgemein“ förderlich sein sollten.

Was zunächst und über viele Jahre hinweg seitens der beiden Minderheiten als unzulänglich und enttäuschend gewertet wurde, erwies sich in der Langzeitperspektive betrachtet als Segen. In ihrer Wirkungsgeschichte wurden die Bonn-Kopenhagener Erklärungen, die sich im kommenden Frühjahr zum 60. Mal jähren, zu einem minderheitenpolitischen Meisterstück. Sie ermöglichten die Aussöhnung und auch Versöhnung, die allerdings nicht schlagartig, sondern lange, über Jahrzehnte wachsen musste. Zu gegenwärtig waren für die Beteiligten die zeitgeschichtlichen Erfahrungen und Vorstellungen. Erst nachwachsende Generationen haben die Bedeutung vollends erkennen und wertschätzen können. Die heutige Jugend kennt sie kaum, lebt dennoch ihren Geist tagtäglich in der positiven Begegnung und im gegenseitig befruchtenden Zusammenleben. Dies ist weder eine Selbstverständlichkeit noch ein Naturgesetz, sondern Ergebnis langwieriger, komplexer Entwicklungslinien und Selbstüberwindungen auf allen Seiten. Das gemeinsame deutsch-dänische Gedenken von Idstedt und Oeversee gehören dazu als wichtige Stationen, deren Bedeutung weitaus größer ist als die symbolische.

Vor 25 Jahren – 1989 - fand ein epochales, völlig unerwartetes Ereignis statt: Der Mauerfall und die Demokratisierung in Mittel- und Osteuropa, die nicht

nur zur Vereinigung Deutschlands führte, sondern auch zu einer kräftigen und nachhaltigen Europäisierung beitrug. Die Vereinigung des alten mit dem neuen Europa, die Rückkehr Warschaus, Riga, Tallins, Prags, Budapests und der vielen anderen mitteleuropäischen Metropolen nach Europa.

Das neue, große, vereinigte Deutschland nahm mit der notwendigen Zurückhaltung seine wichtige Rolle in Europa wahr. Zugleich wurden Fragen der Menschenrechte, der Demokratie, der Minderheiten in einem europäischen Kontext vorangetrieben. Im Rahmen des Europarats entstanden die Sprachencharta und das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten. Die EU-Integration wurde vorangetrieben, obgleich nicht immer geliebt. Dennoch wurde das Schengener Abkommen 1995 angenommen und 2001 auch in dieser Grenzregion eingeführt – mit einer merkbaren Erleichterung für das ganze Grenzland.

Auch im Verhältnis zwischen Dänen und Deutschen führte die neue geostrategische Lage zu Veränderungen positiver Art. Gab es zunächst auf der dänischen Seite Skepsis gegenüber dem vergrößerten Nachbarland, dessen Ausdehnung bis zur Oder in den Wettervorhersagen der deutschen Fernsehsender offensichtlich wurde, so wurde dennoch die Freude über die Überwindung des Kalten Krieges immer stärker. Als Deutschland kurz vor der Wiedervereinigung Fußballweltmeister wurde, gab es noch Vorbehalte; aber als Dänemark dann zwei Jahre darauf im Finale der Fußball Europameisterschaft den Weltmeister besiegen konnte, wurde gewissermaßen auf dem grünen Platz eine Revanche für die verlorenen Kriege erzielt. Das neue, selbstbewusste, außen- und sicherheitspolitisch aktivistische Dänemark fühlte sich nicht länger unbedingt als kleiner Nachbar, sondern als selbstbewusster Verbündeter und Partner der Deutschen. Im Grenzland dauerte es noch einige Jahre, bevor die neuen Realitäten allen klar wurden. Insbesondere der dänischen Minderheit fiel es schwer, die Bedeutung der Zeitenwende von 1989 zu verstehen und nachzuvollziehen. Als die Bundesrepublik und Dänemark bereits 1991 anfangen, das deutsch-dänische Grenzland und die Minderheitenregelungen als europäischen Modellfall auf internationaler Ebene anzupreisen, war die dänische Minderheit mehr als zögerlich, sogar abweisend. Die deutsche Minderheit verstand hingegen sehr schnell die neuen Möglichkeiten, ergriff sie und konnte sich somit endgültig aus dem langen Schatten der Kriegs- und Besatzungsjahre lösen.

Bald wuchsen die Kontakte und Verknüpfungen über die Grenze, erkannten beide Minderheiten die Möglichkeiten der neuen europäischen Konstellation – und fingen an zu kooperieren. Gemeinsam präsentierten sie nunmehr den staunenden Delegationen aus Mittel- und Osteuropa den Modellfall Schleswig und trugen somit im Sinne einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung zu dessen Verwirklichung bei. Die Gemeinsamkeiten wuchsen und konnten Gräben

überwinden. Als 1995 auf den Düppeler Schanzen das 75. Jubiläum der Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark gefeiert wurde, sprach auch der Hauptvorsitzende des Bundes Deutscher Nordschleswiger. Dies war mehr als eine symbolische Geste, vielmehr ein Signal für das neue gleichberechtigte Zusammenleben und der gefundenen Gemeinsamkeiten.

1999 – vor 15 Jahren – fand ebenfalls ein einschneidendes Ereignis statt: Für die dänische Regierung machte der damalige sozialdemokratische Ministerpräsident Poul Nyrup Rasmussen der dänischen Minderheit das Versprechen: „Solange ihr an uns festhaltet, halten wir an euch fest“. Dies war zugleich eine Verpflichtung der dänischen Minderheit. Im selben Jahr wurde eine Erfolgsgeschichte der deutsch-dänischen Gemeinsamkeiten exportiert: Das Einheitskommando für Jütland, in Rendsburg seit 1962 angesiedelt, wurde durch den NATO-Beitritt Polens zu einem trilateralen Kommando und zugleich nach Stettin verlegt – um allerdings fünf Jahre später im Zuge der Reorganisierung der NATO aufgelöst zu werden.

Im selben Jahr gab es eine weitere, wichtige deutsch-dänische Gemeinsamkeit: Beide Länder beteiligten sich aktiv an der humanitären Intervention zugunsten der Kosovoalbaner, um eine Eskalation des Krieges in Serbien und weiteren Vertreibungen vorzubeugen. Dies war zugleich der Beginn eines neuen sicherheits- und außenpolitischen Selbstverständnisses, das für Dänemark jedoch eine Weiterführung der aktivistischen Außenpolitik nach dem Mauerfall darstellte. Es wird bis heute fortgeführt, obgleich Deutschland nicht immer mit Dänemark die gleichen konkreten Schlüsse zieht, wie das unterschiedliche Engagement in Libyen zeigte.

Beide Länder reagierten unisono auf den Terrorangriff auf das World Trade Center am 11. September 2001 – und beteiligen sich seither am Afghanistan-Einsatz. Gemeinsam nahmen deutsche und dänische Soldaten westliche und globale Interessen am Hindukush wahr. Hier kämpften auch Schleswig-Holsteiner und Jütländer, ebenso Angehörige der deutschen und der dänischen Minderheit. Im Irakkrieg gingen die beiden Länder jedoch unterschiedliche Wege. Die Nähe Dänemarks zu den USA wog 2003 schwerer als die zu Deutschland.

Vor 10 Jahren, so lange ist es schon her, fanden weitere Ereignisse statt, die die Gemeinsamkeiten zwischen Deutschen und Dänen erweiterten. Die Ostererweiterung der Europäischen Union – und lokal die erste offizielle dänische Teilnahme am Oeversee-Marsch mit einer Rede des dänischen Generalkonsuls – waren zentrale Ereignisse. Zu erwähnen ist ferner die gemeinsame Initiative für die Anerkennung des Danewerks als Weltkulturerbe der UNESCO. Schließlich sei auch bemerkt, dass anlässlich des Schleswig-Holstein-Tages in Flensburg 2004 die deutsche, dänische, friesische und Sinti/Roma-Minderheit gemeinsam eine Vorstellung unter dem Banner „Vielfalt der Minderheiten“ veranstalteten.

Die Vielfalt in Einigkeit, die Gemeinsamkeit über die Grenzen – auch dies war mehr als reine Symbolik, sondern gelebtes Zusammenleben, das nachhaltige Spuren gesetzt hat.

Hilfreich waren dabei auch wirtschaftliche Interessen und die Bewegungsfreiheit über die Grenzen. Wer heute durch Flensburg schlendert, fühlt und hört eine zweisprachige Stadt mit einem Mix des Grenzlandes, Deutschlands und Dänemarks. In den Einkaufszentren finden sich zweisprachige Schilder und Wegweiser, in zahlreichen Geschäften „tales der dansk“. Dass dies in erster Linie den unterschiedlichen Steuersystemen und der damit zusammenhängenden Attraktivität als Grenzhandelsstadt geschuldet und weniger Ausdruck der Integration der Minderheit an sich ist, ist in diesem Zusammenhang zu vernachlässigen. Die gespürte Bikulturalität, egal wie sie entsteht, trägt auch zur Entspannung und zur Nachhaltigkeit des Grenzlandmodells bei.

Allerdings bedarf das Modell ständiger Aufmerksamkeit und Pflege. Es ist fragil und beruht auf Prinzipien, die einzuhalten sind. Zu den unabdingbaren Spielregeln gehört die Gleichstellung und Gleichberechtigung. Wird die gefühlte Gleichbehandlung nicht gewährleistet, können Krisen sich unerwartet schnell entwickeln. Die seit 1955 größte minderheitenpolitische Krise von 2010 bis 2012 entwickelte sich aus einseitigen, asymmetrischen Kürzungen in der Bezeichnung der Schüler an dänischen Schulen. Hier wurde Minderheitenpolitik vernachlässigt, wurden die Befindlichkeiten und die Grundelemente, die zeitgeschichtlichen Lehren vergessen oder ignoriert – und es entstand erheblicher Schaden. Erst mit dem Regierungswechsel unter Beteiligung der Minderheitenpartei SSW nach der Landtagswahl von 2012 konnte der Schaden behoben und das mustergültige deutsch-dänische Verhältnis wiederhergestellt werden. Derzeit entwickelt sich auch wieder ein minderheitenpolitischer Konsens über die Parteien hinweg. Zu klein war der Nutzen, zu groß der Schaden – so lautet die späte Einsicht.

Als Lehre aus dieser Krise werden künftige Landesregierungen wohl den Schluss ziehen, derartige Maßnahmen mit minderheitenpolitischen Folgen im Sinne des Cost-Benefits detailliert zu überdenken, bevor sie umgesetzt werden. Denn auch dies gehört zu den Gemeinsamkeiten: Das historisch und zeitgeschichtlich gewachsene Modell muss als Gesamtkunstwerk gesehen werden.

Somit sind wir im Jahre 2014 angelangt. Im Hier und Heute der Gemeinsamkeiten – und am Ende einer langen, hoffentlich jedoch nicht langweiligen Gedenkrede. Heute wissen wir, dass die Geschichte, die vor 150 Jahren ihren Lauf nahm, nunmehr eine Phase erreicht hat, die von gegenseitiger Wertschätzung und Zusammenarbeit geprägt wird. Die Entwicklung von der Feindschaft bis zur Freundschaft verlief zwar nicht immer geradlinig und konsequent, musste vielmehr unterwegs etliche Rückschläge ertragen und Umwege nehmen, um sich

weiterzuentwickeln. Dennoch ist die Entwicklung in der Rückschau betrachtet insgesamt gesehen positiv verlaufen. Zum Besten aller Beteiligten.

Heute wird die sprachliche und kulturelle Vielfalt als Mehrwert statt als Hindernis angesehen. Die Unterschiede zwischen den Nationen und Gruppen sind es gerade, die zur Kooperation und Gemeinsamkeit führen. Gerade weil Deutsche und Dänen, deutsch und dänisch unterschiedlich sind, besteht auf beiden Seiten ein Interesse daran, von den Unterschieden zu lernen und eine sogenannte Win-Win-Situation zu ermöglichen.

Somit leben wir tatsächlich in einer Modellregion, die zu Recht auch eine europäische Signifikanz beansprucht. Hier haben alle Gruppen, Mehrheiten und Minderheiten, Deutsche, Dänen und Friesen es gemeinsam geschafft, die positiven Lehren aus der Geschichte zu ziehen, die Negativspirale in eine positive Entwicklung umzukehren. Wir sind hier am Ort der größten Schlacht zwischen Deutschen und Dänen versammelt und gedenken gemeinsam der Ereignisse, die viel Leid, viele Opfer, viele Wirrungen und Auseinandersetzungen, viel Hass und Misstrauen erzeugten. Und wir gedenken einer Entwicklung, die nach weiteren Kriegen zu einer Umkehr im Verhältnis zwischen Deutschen und Dänen führte. Die Gemeinsamkeiten sind heute positiver Natur. Lassen Sie uns alle und gemeinsam an der Weiterentwicklung wirken und die Erzählung in diesem Geiste fortschreiben.

Europa benötigt diese positiven Beispiele und Erzählungen. Gerade jetzt, wo wieder ein Bürgerkrieg in Europa stattfindet, dessen Folgen und Opfer uns alle berühren. Der Abschuss eines malaysischen Passagierflugzeugs über der Ostukraine zeigt, dass dieser Krieg nicht nur ein Problem von Donezk, Kiew und Moskau ist, sondern auch der Niederlande, Australien und Malaysia. Wir alle sind betroffen und gefordert, um Wege aus der Krise zu finden. Vielleicht können die hier bei uns gemachten Erfahrungen irgendwie eine Perspektive bieten.

Abbildungsnachweis:

Foto: privat

50 Jahre nach dem Krieg von 1864

Einweihung eines "Befreiungsdenkmals" in Schleswig
am Vorabend des Ersten Weltkriegs

von MATTHIAS SCHARTL

Vor 100 Jahren wurde im nördlichen Schleswig-Holstein mit pompösen nationalistischen Gedenkfeierlichkeiten auf den aus deutscher Sicht siegreichen Krieg gegen Dänemark zurückgeblickt. Dem Patriotismus jener Zeit folgend erinnerte auch die Stadt Schleswig am 6. Februar 1914 an die – wie es damals empfunden wurde – „Befreiung von der Fremdherrschaft“. Gewürdigt wurde damit vor allem der Einsatz der österreichischen Truppen, die in der Nacht vom 5. auf den 6. Februar 1864 der vom Danewerk abziehenden dänischen Armee folgend die Stadt kampflos eingenommen hatten. Höhepunkt war 1914 die im Beisein von mehreren Tausend Besuchern zelebrierte Einweihung eines Gedenksteins, der auch heute noch an zentraler Stelle im Stadtbild präsent ist. An dessen wechselvolle Geschichte haben kürzlich das Schleswiger Stadtmuseum und das Kreis- und Stadtarchiv in einer Ausstellung erinnert, die jetzt im Idstedt-Museum zu sehen ist. Autor des folgenden Beitrags ist der Kurator der Ausstellung, unser Redaktionsmitglied Dr. Matthias Schartl.

Die Redaktion

Denkmäler und Grabanlagen für den Krieg von 1864 in und bei Schleswig

Nachdem am 1. Februar 1864 preußische und österreichische Streitkräfte die Eider überschritten hatten und in zwei Marschkolonnen gen Norden vorrückten, kam es im Umfeld der Stadt Schleswig zu mehreren verlustreichen Auseinandersetzungen mit der dänischen Armee. Am 3. Februar stürmten die Österreicher den strategisch wichtigen Königshügel bei Oberselk. Nach einem bei Missunde gescheiterten Versuch gelang den Preußen am 5. Februar der Übergang über die Schlei bei Arnis und Kappeln. In der Nacht zum 6. Februar gab der dänische General Christian Julius de Meza das Danewerk auf. Der Rückzug erfolgte, da es aufgrund des harten Winterwetters leicht zu umgehen war und die hier postierten Truppen Gefahr liefen, von hinten angegriffen zu werden. Die Österreicher konnten daraufhin kampflos in Schleswig einmarschieren. Wenige Stunden später wurden das steirische Infanterie-Regiment Nr. 27 „König der

Belgier“ und das 9. Feldjäger-Bataillon am Sankelmarker See in ein blutiges Gefecht mit der dänischen Nachhut verwickelt.

An die mit großer Härte geführten Kämpfe mahnt in Schleswig noch heute eine Vielzahl von Denkmälern, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts errichtet worden sind. Die Initiative dafür ging vor allem von ehemaligen Offizieren der österreichischen Armee aus. Das vor den Toren der Stadt gelegene Denkmal auf dem Königshügel bei Oberselk wurde schon ein Jahr nach Kriegsende durch Spenden von Angehörigen der „Brigade Gondrecourt“ eingeweiht. In diesem am 3. Februar 1864 in eisiger Kälte geführten Vorpostengefecht betrug die Gesamtverluste (Gefallene und Verwundete) bei den Österreichern 28 Offiziere und 348 Mann, bei den Dänen 9 Offiziere und 408 Mann. Der aus Linz stammende und aufgrund einer im deutsch-österreichischen Krieg 1866 erlittenen Verwundung als Major pensionierte Offizier Heinrich Graf von Attems-Petzenstein (1834-1909) war der Initiator der Gedächtniskapelle auf dem Militärfriedhof an der Flensburger Straße. Der Entwurf zu dem ebenso durch Spenden finanzierten und aus rotem Backstein im neugotischen Stil in den Jahren 1865/67 errichteten Bauwerk stammt vom Wiener Architekten Heinrich Ritter von Ferstel. An der hinteren Wand des von einem eisernen Gitter versperrten offenen Innenraums befindet sich eine marmorne Gedenktafel mit der Inschrift „Österreich ehret das Andenken seiner tapferen Söhne aus den Reihen des kaiserlichen Heeres welche 1864 gegen Dänemark gekämpft und für Euch Schleswiger geblutet haben. Sie erlagen ihren Wunden in dieser Stadt und liegen unter dieser Erde.“ An den Seitenwänden der Kapelle hängen zwei Tafeln mit den Namen von 60 gefallenen Österreichern sowie von 35 dänischen Gefallenen. Weitere, in dieser Zeit entstandene Gedenkstätten und Grabanlagen, in denen auch vereinzelt gefallene Soldaten ihre letzte Ruhestätten fanden, befinden sich in Busdorf, Selk, Jagel, auf dem Friedhof von Haddeby und – zur Erinnerung an den missglückten Versuch der Preußen, die Schlei bei Missunde zu überqueren – am Ortsausgang der Gemeinde.¹

Bekannter und mit einer besonderen Geschichte verbunden sind die 1864 bzw. 1870 errichteten Denkmäler am Sankelmarker See, die an das blutige und verlustreiche Gefecht bei Oeversee am 6. Februar 1864 mit 95 gefallenen bzw. 326 verwundeten Österreichern und 40 gefallenen bzw. 134 verwundeten Dänen erinnern. Seit 1865 wird der zunächst von dem am 10. Februar des Vorjahres gegründeten „Schleswig-Holsteinischen Hülf-Comite“ und in dessen Nachfolge vom „Stammkomitee von 1864“ arrangierte „Oeverseemarsch“ durchgeführt, seit 2004 in Kooperation mit dem Sydslesvigsk Foreningen, der Kulturorganisation der dänischen Minderheit in Südschleswig. Gemeinsam gedenkt man dort der Opfer des Gefechts, vor allem aber wird die Hilfsbereitschaft Flensburger Bürger gewürdigt, die – einer allerdings widerlegten Legende nach - zum Kampfplatz

geeilt sein sollen, um dort die Toten zu bergen und die noch lebend aufgefundenen Verletzten zu versorgen.²



Abb. 1 Schleswiger Straßenszene nach dem Einmarsch der österreichischen Truppen am 6. Februar 1864, Lithographie nach einer Zeichnung von Otto Bache

Bürgermeister Dr. Behrens' Idee

Im 50. Jahr nach der Beendigung des deutsch-dänischen Krieges von 1864 wurde an zahlreichen schleswig-holsteinischen Orten an den Sieg der preußisch-österreichischen Truppen über die dänische Armee erinnert. Im Zentrum dieser von nationalistischem Pathos und militärischem Pomp begleiteten Feiern stand das Hauptereignis auf dem Schlachtfeld: die Erstürmung der Düppeler Schanzen am 18. April 1864. Dabei wurde die eigentliche Gedenkfeier auf das Wochenende vom 27. bis 29. Juni 1914 gelegt, um damit zugleich einen weiteren Höhepunkt des Krieges, den Übergang der preußischen Armee auf die Insel Alsen zu würdigen. Auch in der alten Festungs- und Garnisonsstadt Rendsburg bestand Anlass zum Feiern. Hier wurde am 2. Februar 1914 in

Anwesenheit einer anschließend nach Schleswig weiterreisenden Delegation aus dem österreichischen Graz ein Denkmal eingeweiht. Die Stadt Flensburg erlebte einen dreitägigen Feiermarathon, bei dem – wie andernorts auch - die „Befreiung Schleswig-Holsteins von der Dänenherrschaft“ im Mittelpunkt stand. Hauptattraktion war eine aufwändige Festveranstaltung an den Denkmälern am Sankelmarker See, bei der ca. 10.000 Menschen aus nah und fern das hier am 6. Februar 1864 geführte Gefecht als gespieltes Militärmanöver nacherleben konnten.³

Auch die Stadt Schleswig plante ein weithin Aufsehen erregendes Spektakel, das überall große Begeisterung auslöste und durch eine zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit im In- und Ausland große Beachtung fand. Initiator der sich über mehrere Tage erstreckenden „Befreiungsfeier“ war der erst im Februar 1913 ins Amt gewählte Bürgermeister Dr. Oscar Behrens. Nach seinen Vorstellungen sollten die Festtage, für die er am 9. Oktober 1913 die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung erwirkte, Schlewigs Dank gegenüber den „Befreiern“ von 1864 im großen Rahmen dokumentieren. Höhepunkt der Feier sollte die Aufstellung eines Gedenksteins sein, der diese Dankbarkeit auch nach außen hin in würdiger Form zum Ausdruck bringen sollte. Behrens' Vorschlag fand den Beifall der Kommunalpolitik. Die Kollegien setzten eine Kommission ein, die mit den Vorbereitungen der Feierlichkeiten zur Erinnerung an die „Befreiung Schlewigs von der dänischen Fremdherrschaft“, wie es im Beschlusstext hieß, beauftragt wurde.⁴

In den folgenden Wochen arbeitete das aus Mitgliedern des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung und der drei Bürgervereine bestehende Vorbereitungskomitee unter Vorsitz des Bürgermeisters unbemerkt von der Öffentlichkeit an der Vorbereitung der Festtage. Mitte Dezember erfuhren die Schleswiger aus der Tageszeitung, dass bekannte Persönlichkeiten für einen Ehrenausschuss angesprochen worden seien. Diesem Gremium gehörten am Ende 23 Honoratioren aus Verwaltung, Militär, Kirche, Schule, Universität und Wirtschaft an. Neben Behrens und dem früheren Bürgermeister Julius Heiberg waren dies u. a. Oberpräsident Detlef von Bülow als Schirmherr, Regierungspräsident Hans Ukert, Dom-Kirchenpropst Theodor Stoltenberg, Divisionspfarrer Georg Büttel, Generalleutnant von Quast als kommandierender General des IX. Armeekorps in Altona, Landeshauptmann Graf Platen, der Rektor der Kieler Universität Georg Kleinfeller, Schlewigs Landrat Fred Hagedorn, der Lederfabrikant Christian Firjahn und der Buchhändler Julius Bergas.⁵

Dem Vorbereitungskomitee zur Seite standen mehrere Unterausschüsse, die sich u. a. mit Fragen der Ausschmückung der Schleswiger Straßen, der Organisation des Festzuges, der Unterbringung der auswärtigen Gäste und der Ablaufplanung für die Reden beim Festkommers und beim Mittagmenü beschäftigten.

In der Kürze der bis zum Beginn der Feiern am 4. Februar verbleibenden Zeit konnten sich die ehrenamtlich wirkenden Ausschussmitglieder über Arbeit nicht beklagen. Fast täglich meldeten sich die geladenen Gäste an, insbesondere nachdem der Magistrat Ende Dezember 1913 in den in Berlin erscheinenden Tageszeitungen sowie im Grazer Tagblatt noch einmal Einladungen an die noch lebenden Kriegsteilnehmer ausgesprochen hatte. Zugleich hatten mehrere deutsche Tageszeitungen in längeren Berichten auf die Schleswiger Feierlichkeiten aufmerksam gemacht.⁶ So wurde die Organisation zu einer logistischen Herausforderung. Zugleich wuchsen in der Bevölkerung die Erwartungen, denn, wie die Schleswiger Nachrichten berichteten, werde sich „die Feier dem Vernehmen nach in einem imposanten Rahmen abspielen“.⁷

Allen Schleswigern sollte die Teilnahme ermöglicht werden. Behörden, Banken und Geschäfte hatten geschlossen und die Schülerinnen und Schüler schulfrei. Von nah und fern, zum Teil in Sonderzügen, strömten Teilnehmer und Gäste in die „Landeshauptstadt“. Die Hotelkapazitäten reichten bei Weitem nicht aus. Viele Bürger stellten bereitwillig Privatunterkünfte zur Verfügung. Nachdem mehrere zur Veranstaltung eingeladenen österreichische Kriegsteilnehmer ihre Teilnahme aus finanziellen Gründen abgesagt hatten, begannen die Bürgervereine mit einer Spendensammlung unter ihren Mitgliedern. Auch bei extra arrangierten Benefizkonzerten konnten Besucher beim Kauf ihrer Eintrittskarte einen Beitrag leisten. Aus den auf diese Weise zusammengekommenen gut 1.600 Mark konnten die betroffenen Veteranen Fahrtkostenzuschüsse beantragen.⁸

Die „Befreiungsfeier“ 1914 als Manifestation eines deutschgesinnten Schleswigs

Mit dem Eintreffen der Gäste, die wie die österreichische Delegation zuvor noch an der Denkmalseinweihung in Rendsburg teilgenommen hatten, nahm die Schleswiger „Befreiungsfeier“ am Abend des 2. Februar 1914 ihren Anfang. Vor dem Bahnhof standen Pferdekutschen zur Abholung bereit. Von dort ging es in Begleitung von militärischen Abordnungen in die vorgesehenen Hotels und Privatquartiere. In einem Bericht der Schleswiger Nachrichten hieß es u. a.: „Der Höhepunkt des gestrigen Tages bildete die Ankunft und Abholung der österreichischen Offiziersdeputation und Veteranen. Eine Völkerwanderung ergoss sich von nachmittags 3 Uhr an durch die Stadt mit dem Ziel Bahnhofstraße und alsbald staute sich eine dichte Menschenmenge vor dem Hauptbahnhof, vor dem kurz vor vier Uhr die schneidigen Viererzüge des Husarenregiments sich aufrehten.“⁹

Am Bahnhof hatten sich auch zahlreiche Fotografen postiert. Diese hatten sich zuvor im Auftrag großer deutscher Bildagenturen beim Magistrat offiziell

beworben. Eine Auswahl dieser Fotos, die vor allem den Ablauf der Freiluftveranstaltungen in eindrucksvollen Aufnahmen dokumentieren, wird heute im Stadtmuseum Schleswig und im Kreis- und Stadtarchiv verwahrt. Sogar ein Dokumentarfilm über die Feierlichkeiten wurde gedreht und bereits am 7. Februar 1914, also nur einen Tag nach der Denkmalseinweihung, in den Stadttheater-Lichtspielen erstmals gezeigt. Danach lief dieser Film noch über mehrere Tage in den Vorprogrammen der anderen Schleswiger Kinos.¹⁰

Die offiziellen Veranstaltungen begannen am Vormittag des 5. Februar mit einer Kutschfahrt der geladenen Gäste zu den Soldatengräbern vor den Toren der Stadt und zum Denkmal auf dem 1864 hart umkämpften Königshügel. Hier wurden Kränze niedergelegt und kurze Ansprachen gehalten. Anschließend fuhren die Teilnehmer zum Gottesdienst in die am Schleiufer gelegene Haddebyer Kirche. Am Abend gab es einen Zapfenstreich vor dem Landratsamt in der Flensburger Straße. Von dort begaben sich die Gäste ins Stadttheater und wohnten hier der Uraufführung eines patriotischen Schauspiels mit dem Titel „Der Morgen tagt“ bei. Der Text stammte vom Schleswiger Domschullehrer Emil Terno. Inhaltlich ging es darum, dem Publikum in leicht verständlicher Form nahezubringen, „wie Schleswig unter dem Dänenjoch zu leiden hatte und wie die Befreiung zu Stande kam“.¹¹

Über den Hauptfesttag am 6. Februar berichteten die Schleswiger Nachrichten einleitend: „Die Dänen sind wir los. Unglaublich ist es, die Bedrücker sind fort, ohne die Stadt zerstört zu haben. Da sind auch schon die ersten Österreicher. Die Fahnen heraus, die blau-weiß-roten, lasst sie wehen zum Zeichen der Freiheit und komm in meine Arme, Bruderherz, dass ich dich ans Herz drücke vor lauter Freude darüber, dass wir nun freie Deutsche geworden sind. – So war’s am Morgen des 6. Februar 1864 in der alten Schleistadt, und am Morgen des 6. Februar 1914, 50 Jahre später, wo die meisten von denen, die damals diesen unbeschreiblichen Jubel und diese Freude, die einer den anderen an die Brust sinken ließ, selbst miterlebten, schon der kühle Rasen deckt, zeigt sich die Stadt in treuem Gedenken in einem Festkleide, so schön, so reich, so blendend, wie sie nach den Bekundungen unserer Alten noch niemals eins getragen hat.“¹²

Der Tag begann mit einer Feierstunde für die Schleswiger Schüler in der Domschule. Danach fand im Dom ein Festgottesdienst statt. Vor dem mit Fahnen der studentischen Korporationen der Kieler Universität flankierten Altar hielt Propst Theodor Stoltenberg die Predigt. Anschließend startete von hier aus der Festzug zum festlich geschmückten und von einem Fahnen- und Girlandenmeer umrankten Denkmalplatz. Straßen und Häuser waren von den Bewohnern mit Tannengrün, Blumen, bunten Wimpeln und Fahnen geschmückt worden. Zusammen mit den vielfach gezeigten Portraits der beiden Kaiser, den Waffen, Uniformteilen, Patronen und Kanonenkugeln in den bunt dekorierten Schau-



Abb. 2 Straßenumzug am 6. Februar 1914

fenstern der Ladengeschäfte erstrahlte die Stadt in einer „einzigsten Farbensymphonie“.¹³ An der Spitze des Zuges fuhren die geladenen Gäste in Kutschen und Kaleschen. Begleitet von den Musikkorps des Regiments Mannstein und der Husaren folgten Abordnungen der Kampfgenossen- und Kriegervereine aus Stadt und Land, darunter auch sog. Veteranen der beiden deutsch-dänischen Kriege. Weiterhin beteiligt waren Mitglieder der Schleswiger Innungen sowie die Gesangsvereine und eine Delegation der in vollem Wuchs aufmarschierenden Kieler Studenten. Die Schülerinnen und Schüler der höheren Klassen der örtlichen Schulen hatten sich festlich gekleidet. Die Jungen trugen Tannenreisig an den Mützen, die Mädchen blau-weiß-rote Schärpen mit zur Seite hängenden Schleifen und Bändern in den Haaren. „Der langgestreckte Festzug“, notierten die Schleswiger Nachrichten begeistert, „bot mit seinen wohl 100 Fahnen, den mannigfachen prunkvollen Uniformen der Militärs und der in der Farbe ebenfalls reiche Abwechslung bietenden Uniformierung der Studentenschaft wiederum ein prächtiges, selten geschautes Bild.“¹⁴

Am Denkmalplatz, vor dem für die akkreditierten Fotografen ein Gerüst aufgebaut worden war, damit sie über die versammelte tausendköpfige Menschenmasse hinweg ihre Aufnahmen machen konnten, hielt Dompastor Lorenzen die Weiherede. Von dort marschierte der Festzug die Flensburger Straße hinauf zur Österreicher-

Kapelle auf dem Alten Militärfriedhof mit einer Ansprache von Divisionspfarrer Büttel. Nach der Kranzniederlegung ging es weiter zum Chemnitz-Bellmann Denkmal. Auch hier gab es Reden und gemeinsam wurde zur Erinnerung an die Schöpfer der Landeshymne das „Schleswig-Holstein Lied“ gesungen.

Anschließend begaben sich die Gäste zum mittäglichen Festmahl ins Hotel Stadt Hamburg, bei dem, durch zahlreiche Redebeiträge unterbrochen, ein opulentes Menu serviert wurde. Da dessen Räumlichkeiten nicht ausreichten, wurde das Essen auch in Spenglers Hotel im Stadtweg gereicht. Frauen waren nicht zugelassen. Diese kamen unter der Schirmherrschaft der Ehefrau des Oberpräsidenten von Bülow im Haus des Lederfabrikanten Firjahn zu einem „Befreiungskaffee“ zusammen.

Am Abend traf man sich erneut, um einem von den Bürgervereinen organisierten Fackelzug beizuwohnen, der aus zwei Richtungen kommend vor dem Amtsgericht im Lollfuß endete. Die Möweninsel in der Schlei und eine Vielzahl öffentlicher und privater Gebäude waren illuminiert. „In den Straßen der Stadt hatte das Gewoge durch unaufhaltsamen Zuwachs von auswärts“ bedrohliche Ausmaße angenommen“, hieß es im Pressebericht. „Ungeheure Menschenmassen wälzten sich einander entgegen. Es war ein wunderbarer Anblick, als diese nicht enden wollenden Menschenströme durch das Lichtermeer der Straßen fluteten, wieder und wieder von dem Lichte bengalischer Feuersäulen magisch übergossen.“

Der Tag endete mit einem Festkommers im Stadttheater, an dem mehr als 1.000 Personen teilnahmen. Hier, wie andernorts zuvor auch, wurden wieder Reden gehalten und patriotische Grußadressen an die adeligen Herrscherhäuser verlesen. Bis weit nach Mitternacht sorgten die Schleswiger Sängervereine für die musikalische Umrahmung. „Die Begeisterung hielt immer noch in unverminderter Stärke an und fesselte den größten Teil der Kommersteilnehmer auch weiter an den Saal und als man dann zu schon erheblich vorgerückter Zeit das Stadttheater verließ, sind viele noch lange nicht nach Hause gegangen. Tag und Fest verliefen und endeten in wundervoller Harmonie“, resümierten die Schleswiger Nachrichten. Sichtlich zufrieden mit dem Verlauf der Feier war auch der Magistrat, in dessen Namen Bürgermeister Behrens der Bevölkerung für die große Anteilnahme und Hilfsbereitschaft in einer Zeitungsannonce am 12. Februar herzlich dankte. „Das Jubelfest, wie man es selten schöner und patriotischer gesehen hat, ist vorüber gegangen. Die Girlanden und Fahnen sind von den Häusern genommen. Geblieben ist die Erinnerung an herrliche und unvergessliche Stunden, die wieder einmal gezeigt haben, dass in Schleswigs Bürgerschaft Dankbarkeit für erwiesene Wohltaten, Liebe zum Heimatlande, Königs- und Gottesfurcht sich bis auf den heutigen Tag gehalten haben und niemals verschwinden werden... Möge für alle die schönste Belohnung die sein,



Abb. 3 Die Gedenksteinweihe am 6. Februar 1914

dass unsere Stadt sich wert gezeigt hat ihrer großen Vergangenheit, wert der Stellung, die sie im Kranze der schleswig-holsteinischen Städte einnimmt. Seien wir stolz darauf, Schleswiger zu sein. Schleswig: Hurra!“¹⁵

Voller Dankbarkeit ließen es sich Behrens und der Magistrat nicht nehmen, die nach Kiel zu einem Marineempfang weiterreisenden Gäste zusammen mit einer Offiziersdelegation des Husarenregiments und einem Trompeterkorps am nächsten Tag zum Bahnhof zu geleiten. Zeitgleich brach von Schleswig aus eine von zwei preußischen Kriegsveteranen angeführte Delegation mit einem Sonderdampfschiff der Kreisbahnen zu den Denkmälern und Grabstellen bei Missunde auf, um dort Kränze niederzulegen.¹⁶ Übrigens zeigte sich später auch die k.u.k. Monarchie erkenntlich und zeichnete Behrens für die Ausrichtung der Festtage mit dem Offizierkreuz des Franz-Josephs Ordens aus.¹⁷

Das „Befreiungsdenkmal“

Höhepunkt der Feierlichkeiten war die von über 10.000 Teilnehmern besuchte Einweihung eines Gedenksteines am Fuße des Hesterbergs, der auch heute noch an fast derselben Stelle an der Flensburger Straße zu sehen ist. Die endgültige Entscheidung, im Kreuzungsbereich der Straße zum Lollfuß ein Denkmal

aufzustellen, fiel allerdings erst Ende Dezember 1913. Für die Realisierung des Projekts, das laut Planung ja am 6. Februar abgeschlossen sein sollte, blieb somit nur wenig Zeit.

Nach den Vorstellungen von Bürgermeister Behrens sollte ursprünglich ein schlichter, aber angemessen repräsentativer Gedenkstein aufgestellt werden. Nachdem jedoch Schleswigs Landrat Dr. Fred Hagedorn der Stadt einen bei Busdorf entdeckten Granitfindling mit dem stattlichen Gewicht von 30 Tonnen angeboten hatte, sah sich Behrens genötigt, seine ursprünglichen Vorstellungen aufzugeben. Für das neue Konzept musste zudem die Zustimmung des Regierungspräsidenten eingeholt werden.¹⁸ Diese lag am 23. Dezember vor. Am 28. Dezember beschloss der Kreisausschuss, der Stadt den Stein zum Geschenk zu machen, allerdings verbunden mit der Auflage, vor dem Landratsamt eine schon seit längerer Zeit vom Kreis geforderte Straßenlaterne zu installieren.¹⁹ Somit konnte die städtische Baukommission erst am 29. Dezember den offiziellen Beschluss fassen und die Planungen konnten beginnen. Hiermit wurde der bei der Regierung tätige Baurat Wilhelm Schmidt beauftragt.²⁰

Schmidt nahm sich der Sache mit patriotischem Eifer an und skizzierte eine in ihren Ausmaßen imposante, sich aber dennoch harmonisch in das Umfeld einfügende Denkmalsanlage mit dem aufrecht stehenden Busdorfer Findling im Zentrum. Mit der Inschrift versehen: „Diesen Stein setzten Schleswigs Bürger in dankbarer Erinnerung an den 6. Februar 1864, am 50. Jahrestag der Befreiung ihrer Stadt.“ thronte dieser auf vier aus schwedischen bzw. finnischen Granitblöcken herausgearbeiteten Löwenskulpturen. Von den beiden vorderen, die schleswigschen Wappenlöwen symbolisierenden Tierfiguren trug die rechte das aus Stein geformte österreichisch-ungarische und die linke das preußische Wappen um den Hals. Umgeben war das Denkmal von einem seitlich geöffneten, aus schwedischen Granitstelen und -blöcken geformten Rondell.²¹ Seine Symbolik, der symmetrische Aufbau und das leicht ansteigende Gelände erweckten in dem stets unterhalb der Anlage stehenden Betrachter das Gefühl der Kleinheit und Unterlegenheit. Dieser Eindruck wird verstärkt durch die förmlich spürbare Schwere des Findlings, der dem Denkmal zugleich Stabilität und Unvergänglichkeit verleiht.

An Kosten wurde zunächst mit ca. 6.000 Mark gerechnet. Hinzu kamen über 2.000 Mark für die Planierung des Terrains und den Unterbau. Am Ende waren die Kosten auf den stattlichen Betrag von über 12.000 Mark angestiegen, die zum Teil aus Spendenmitteln refinanziert werden konnten. Hinzu kamen weitere 5.000 Mark aus dem städtischen Haushalt für den Ankauf eines oberhalb des Denkmals befindlichen Grundstückes, das nicht nur ein Beitrag zur Verschönerung des Umfeldes war, sondern auch einen schon lange geplanten Zugang zu einem auf dem Hesterberg projektierten Neubaugebiet sichern sollte.²²

Von der Schleswiger Bevölkerung wurden die Denkmalpläne einhellig mitgetragen. Nur wenige kritische Stimmen, die die Schleswiger Nachrichten in ihrem „Sprechsaal“ genannten Leserbriefforum veröffentlichten, wurden laut. Dabei ging es u. a. um den gewählten Standort, in dessen Umfeld es bereits eine Vielzahl von Denkmälern gab. Andere Stadtteile, die über ebenso geeignete Freiflächen verfügen würden, hätten ebenso ein Anrecht darauf, ausgewählt zu werden, hieß es. Ein Bürger ereiferte sich über die Kosten und missbilligte die Ausmaße der Anlage: „Möchten die Herren, welche die Entscheidung über, damit aber auch die Verantwortung für die Ausführung des so sympathischen Gedankens haben, bedenken, dass der Steinkoloss als Denkmal nur durch seine natürlichen Eigenschaften, seine Größe, seine Schwere, kurz durch sich selber wirken kann, und alles Beiwerk seine Wirkung schwerlich erhöhen wird.“²³

Die erforderlichen Tiefbauarbeiten wurden zwar durch das ungewöhnlich milde Winterwetter begünstigt, dennoch kam es immer wieder zu Verzögerungen. Vor allem die Bergung, der mit Pferd und Wagen vorgenommene Transport und die Aufrichtung des 30 Tonnen wiegenden Findlings bereiteten ungeahnte Probleme. Tag und Nacht wurde an der Stabilisierung des Untergrundes gearbeitet und dabei zum Schutz der Handwerker ein Zelt über dem Bauplatz errichtet sowie elektrische Beleuchtung herbeigeschafft. Erst am 27. Januar konnten die vier granitene Sockelsteine gesetzt werden. Fünf weitere Tage vergingen, bis der Findling mit Hilfe eines an Ort und Stelle eilig gezimmerten Holzkrans endlich am 1. Februar aufgerichtet war. Für die Steinmetzarbeiten blieb keine Zeit mehr. Die Inschrift auf dem Stein trug ein Schleswiger Malermeister behelfsmäßig mit roter Farbe auf. So konnte zunächst nur ein Provisorium eingeweiht werden.²⁴

Nach der Denkmalsweihe am 6. Februar nahmen die Bauarbeiter ihre Tätigkeit wieder auf. Steinmetze formten die Löwenfiguren aus den vier Sockelsteinen und meißelten die Denkmalinschrift ein. Zugleich wurden die nachfolgenden Arbeiten ausgeschrieben und die von Fachfirmen aus dem In- und Ausland eintreffenden Angebote akribisch geprüft. Als Gewinner der Ausschreibung gestaltete die Firma C. Schwartz aus Hadersleben das Rondell, für das schwedische und finnische Granitsteine verwendet wurden. Nachdem diese nach einigen Wochen endlich eingetroffen und verbaut waren, wurde der freie Platz vor dem Denkmal von einem heimischen Handwerksbetrieb mit Pflastersteinen belegt. Die offizielle Übergabe der festlich geschmückten Anlage erfolgte somit erst am 25. Juni 1914.²⁵

An diesem Festakt nahm wiederum eine Abordnung der österreichischen Armee teil, die auf dem Weg zur großen „Düppel-Gedächtnisfeier“ in Sonderburg einen zweitägigen Zwischenaufenthalt in der Schleistadt eingelegt hatte. Im Trubel dieser vom 26. Juni an währenden Festtage, mit denen an den am 29. Juni 1864 geglückten Übergang preußischer Truppen auf die Insel Alsen erinnert wurde,

wurden in Sarajewo der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und dessen Ehefrau Sophie erschossen. Das Attentat vom 28. Juni 1914 gilt als Auslöser des Ersten Weltkriegs. Wie überall in Deutschland meldeten sich auch in Schleswig begeisterte Freiwillige in den Kasernen. Im Wechselbad zwischen patriotischer Hochstimmung, Furcht und düsterer Erwartung zogen am 3. August blumengeschmückte Husaren und fünf Tage später die Soldaten des Regiments „von Manstein“ in einen vier Jahre währenden Krieg, der Millionen von Menschenleben forderte.²⁶

Der Mythos von der „Befreiung der Stadt“ am Vorabend des Ersten Weltkriegs

Seit dem Tabubruch des renommierten Hamburger Historikers Fritz Fischer, der 1961 darauf verwiesen hatte, dass Deutschland 1914 keinen Verteidigungskrieg geführt habe, wie die bis dato allgemein geltende konservative Lehrmeinung lautete, besteht kein Zweifel mehr darüber, dass die deutsche Reichsleitung einen erheblichen Teil der politischen Verantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs trägt. Fischers Thesen waren Auslöser eines der heftigsten und langfristig folgenreichsten Historikerstreits in der Geschichte der Bundesrepublik. Zwar konnte er sich mit seiner später formulierten und überspitzten Alleinschuldthese, Kaiser und Reichsregierung hätten den Krieg von langer Hand vorbereitet und zielstrebig herbeigeführt, nicht durchsetzen. Auf der Basis nachfolgender Forschungen herrscht seither jedoch Einvernehmen darüber, dass die aufstrebende und weitgehend isolierte europäische Großmacht Deutschland den Krieg wohl nicht gewollt, ihn aber als Mittel zur Lösung einer internationalen Krisensituation bewusst in Kauf genommen habe.²⁷

Daran ändert auch das im Jahre 2012 erschienene und im Jahr darauf in die deutsche Sprache übersetzte Buch des australischen Historikers Christopher Clark mit dem programmatischen Titel „Die Schlafwandler“ nichts.²⁸ In weitgehender Verkennung der gesellschaftlichen Ursachen und Antriebe und der mentalitätsgeschichtlichen Verflechtungen in Deutschland führt er den Ausbruch des Ersten Weltkriegs auf eine Verkettung fataler Fehlentscheidungen aller europäischen Mächte zurück. Dieser, von konservativen Historikern mit Genugtuung aufgenommene Paradigmenwechsel, der sich salopp zusammengefasst darin ausdrückt, dass alle damaligen Mächte in diesen Krieg mehr oder weniger schuldlos „hineingeschlittert“ seien, greift zu kurz.²⁹ Zwar gesteht Clark ein, dass die gewaltsame Auseinandersetzung bei einer richtigen Beurteilung der Risiken durch die späteren kriegführenden Nationen vermeidbar gewesen wäre. Positiv hervorzuheben ist ebenso, dass er die Julikrise 1914 sehr ausführlich im internationalen Vergleich darstellt. Dass in dieser Situation überall



Abb. 4 Postkarte vom Ausmarsch des Regiments Manstein am 8. August 1914

– in London, Wien, Petersburg und Paris – die Konsequenzen des eigenen Handelns falsch beurteilt, ja regelrecht „mit dem Feuer“ gespielt wurde, kann jedoch die deutsche Reichsregierung nicht von der Verantwortung freisprechen. Mit der in den 1890er Jahren einsetzenden imperialistische Rüstungs- und Außenpolitik hatte sich das nach Weltgeltung strebende Kaiserreich mehr und mehr isoliert. In Abgrenzung zu den inneren „Feinden“, vor allem den Sozialdemokraten, entfaltete der durch eine Mischung aus schlichtem Patriotismus und überhöhtem Sendungsbewusstsein bestimmte Nationalismus eine unheilvolle und die Massen mobilisierende Breitenwirkung. Dazu gehörte auch ein sich stetig steigender Anspruch auf Uniformität und Unterwerfung gegenüber den in den Grenzregionen ansässigen nationalen Minderheiten, wie sie etwa in der gegen die dänischgesinnte Bevölkerung Nordschleswigs gerichteten Germani-

sierungspolitik zum Ausdruck kam.³⁰

Nach außen hin wurde die Stimmung gegen die vermeintliche Bedrohung aus den europäischen Nachbarstaaten, insbesondere England, gezielt geschürt. Verantwortlich dafür war u. a. eine Vielzahl nationalistischer Agitationsverbände, wie etwa der Alldeutsche Verband, der Kolonialverein oder der Flottenverein, die mit ihren schrillen Propagandaparolen erheblichen Einfluss besaßen. Hinzuzuzählen sind die Turn-, Schützen, Sänger- und insbesondere die den Gesinnungsmilitarismus fördernden Krieger- und Kampfgenossenvereine, aber auch die Schulen, Universitäten, die (evangelische) Kirche und das Militär. In den obrigkeitsstaatlich geprägten kleinbürgerlichen und bäuerlichen Milieus der ländlichen Regionen wurde deren Einfluss auf das gesellschaftliche und kulturelle Leben am stärksten verspürt. In der von diesen Verbänden und Vereinen gepflegten Erinnerungskultur spielte die in den sog. Einigungskriegen 1864, 1866 und 1870/71 mit „Eisen und Blut“ geschmiedete Deutsche Einheit die herausragende Rolle. Fest im Kalenderjahr verankert bildeten die nationalistischen Gedenktage mit ihren zum Teil aufwändig inszenierten Militärparaden und Aufmärschen und den dabei abgegebenen quasi-religiösen politischen Glaubensbekenntnissen zu Volk, Vaterland und Nation einen willkommenen Kontrast zum oft tristen Arbeitsalltag.³¹

Die von Pathos und militärischem Pomp gekennzeichneten Schleswiger Festtage des Jahres 1914 reihen sich nahtlos in diese Erinnerungskultur ein. Die hier gehaltenen, von nationalistischer Inbrunst durchdrungenen und von den Teilnehmern mit Begeisterung aufgenommenen Reden und Ansprachen knüpften zielgerichtet an die „glorreiche“ kriegerische Vergangenheit an und stimmten die Bevölkerung auf kommende Auseinandersetzungen ein. Im Folgenden soll exemplarisch auf zwei dieser mehr oder minder inhaltsgleichen Redebeiträge eingegangen werden: die leidenschaftliche, einer Predigt gleichenden Ansprache des Schleswiger Pastors Lorenzen bei der Gedenksteinweihe am 6. Februar und das euphorische Bekenntnis zu Kaiser und Vaterland von Bürgermeister Behrens bei der Einweihung der fertigen Denkmalsanlage am 25. Juni.

Beide Reden sind nicht nur hervorragende Beispiele für das vorherrschende imperiale Gedankengut und die romantische Verklärung des Krieges. Inhaltlich erinnerten sie daran, dass Schleswig am 6. Februar 1864 vom Feind, der anschließend bei Düppel vernichtend besiegt worden war, befreit wurde, und sie verdeutlichen zugleich, wie innerhalb nur weniger Jahre in Schleswig-Holstein „ein völliger Wechsel im allgemeinen Geschichtsbewusstsein stattgefunden (hatte), ein Wechsel, bei dem Elemente der eigenen (schleswig-holsteinischen) Vergangenheit durch preußische ersetzt worden waren“. In diesem „borussifizierten“ Geschichtsbild wird die These vertreten, dass die lange Zeit ungeklärte nationale Zugehörigkeit Schleswigs und Holsteins mit der Einverleibung der Her-



Abb. 5 Postkarte vom fertigen „Befreiungsdenkmal“ mit Blick in die Flensburger Straße

zogtümer in das preußische Königreich im Jahre 1867 und der im Januar 1871 erfolgten Proklamierung des kaiserlichen Nationalstaats auf einem gleichsam vorgezeichneten Weg gelöst worden sei.³² Diese als Legende aufzufassende Geschichtsinterpretation kulminiert sozusagen in der Behauptung, die Schleswig-Holsteiner hätten in ihren Unabhängigkeitsbestrebungen von Dänemark den preußischen Weg von Anfang an gewollt.

Tatsächlich und zur Enttäuschung der deutschgesinnten schleswig-holsteinischen Bevölkerung war 1864 aber nur die schon im ersten schleswigschen Krieg 1848-1851 angestrebte Loslösung von Dänemark erreicht worden. In dem nun über Monate währenden Schwebezustand über die Zukunft der Herzogtümer wurde von den Anhängern der augustenburgischen Bewegung mehrfach deren Eigenständigkeit in einem föderalen Deutschen Bund gefordert. Ein selbständiges Schleswig-Holstein, das sich womöglich an der Seite der anderen deutschen Mittelstaaten preußischen Interessen entgegenstellen konnte, widersprach jedoch der Politik Bismarcks.³³ Letztlich wurde die Schleswig-Holstein-Frage durch den preußisch-österreichischen Krieg von 1866 entschieden. Österreich verzichtete auf seine Rechte an den Herzogtümern, Bismarck hatte freie Hand. Schleswig und Holstein wurden mit der preußischen Monarchie vereinigt und am 12. Januar 1867 offiziell als Provinz annektiert.

Damit waren die letzten Hoffnungen vieler Schleswig-Holsteiner, einen eigenen

Staat zu bilden, vernichtet. In den Reden, die bei der Befreiungsfeier im Februar 1914 in Schleswig gehalten wurden, spielten diese historischen Tatsachen allerdings keine Rolle. Im Sinne des oben skizzierten „borussifizierten“ Geschichtsbildes glorifizierte Pastor Lorenzen den Gedenkstein als ein in die Zukunft weisendes Symbol der Dauerhaftigkeit und Gottgewolltheit des einstigen Freiheitsstrebens der deutschgesinnten Schleswig-Holsteiner. Er erfülle seinen Zweck als „Malzeichen unvergesslichen Gedenkens“ an ein „durch göttlichen Willen ausgelöstes historisches Ereignis“. Mit Hinweis auf erlittene Ungerechtigkeiten während der 1851 einsetzenden Danisierungspolitik währte er den „Tag der Freiheit“ nach 13-jähriger Unterdrückung für gekommen. Mit dem Einzug der „ruhmreichen österreichischen Scharen“ nach Schleswig habe „die Stunde der Befreiung“ geschlagen. Das, was Stadt und Land in den Jahren zuvor „durchlebt und durchlitten“ hätten, „das war wie eine brennende Herzwunde – und diese Herzwunde sollte nun ihre Heilung finden. Waren unsere Väter einst für ihre seit Jahrhunderten verbrieften und versiegelten Rechte eingetreten und hatten unterliegen müssen, ohne besiegt zu sein – so hat Gott nicht gewollt, dass unser Volk länger das Unrecht leide.“

Lorenzen empfand das Denkmal zugleich als „Malzeichen des Dankes“ dafür, das „Schleswig-Holstein ein Glied des deutschen Vaterlandes geworden“ sei. Dieses Vaterland währte er in ständiger Gefahr, und so forderte er die Teilnehmer dazu auf, es jederzeit zu verteidigen. „Das echte deutsche, das christliche Gewissen leidet es nicht, der Väter teures, mit Blut erkaufte Erbe preiszugeben. Wir Söhne, Enkel sollen kraftvoll walten, Schwererrungenes zu halten. ... Lasst uns Panier anwerfen, das Panier der Treue bis in den Tod.“ Abschließend pries er das Denkmal in seiner dritten Bedeutung als „Malzeichen der Treue“ und forderte die versammelte Menschenmenge auf, die rechte Hand zu heben, um - wie in einem Eheversprechen - Kaiser und Vaterland ewige Treue zu schwören „in guten wie in bösen Tagen, es zu schützen und zu schirmen, wenn es sein muss, mit Gut und Blut.“ Nachdem seiner Aufforderung ein „Tausendstimmiges und freudiges: Ja, wir wollen!“ entgegenschallte, spendete er seinen Segen mit den Worten: „Und der Herr unser Gott segne unser liebes Schleswig-Holstein, unser teures Vaterland mit seinem Kaiser und unsere Bundesgenossen jetzt und immer und bis in die fernste Zeit.“

Auch Bürgermeister Behrens nahm beim abendlichen Festkommers anlässlich der Weihe des fertigen Denkmals am 25. Juni 1914 den Einzug der bei der „Befreiung“ freudig empfangenen Österreicher zum Anlass, die „diese Wohltat nie vergessenden“ Schleswiger Bürger auf kommende Kriegausinandersetzungen vorzubereiten. Die mit militaristischen Phrasen und von nationalistischem Untertanengeist geprägte Rede des Bürgermeisters und eine darauf folgende effektvolle Bühnenszenierung stehen für die Beschwörung eines „Wir-Gefühls“ und verstärkten unter den Teilnehmern den Eindruck, einer wehrhaften Lebens-

und Schicksalsgemeinschaft anzugehören.

Behrens wählte das kaiserliche Deutschland wie seinerzeit das von den Dänen beanspruchte Herzogtum Schleswig als von äußeren Mächten bedroht. Damit leistete er der verbreiteten Verteidigungs- und Bedrohungslegende, mit der sich Deutschland von der Verantwortung für den im August 1914 inszenierten Weltkrieg zu entlasten versuchte, Vorschub. In dankbarer Erinnerung an die Befreiung „seiner“ Stadt ging er auf die glückliche Genesung des kürzlich im hohen Alter ernsthaft erkrankten österreichischen Kaisers Franz ein und drückte die Hoffnung aus, dass dieser „noch lange, lange Jahre seinem Volk erhalten und mit unserem Kaiser gemeinschaftlich eine starke Stütze des europäischen Friedens bleiben möge. Wenn es aber sein muss, und der Frieden nicht erhalten bleiben kann“, so fuhr er fort, „so wissen wir alle, dass, wie jetzt vor 50 Jahren, so auch in Zukunft die verbündeten Heere Deutschlands und Österreich-Ungarns es mit jedem Feind aufnehmen und ihn mit scharf geschliffenem Schwert zurückweisen werden“. Nachdem die Versammlung begeistert ein dreifaches Hoch auf die beiden Herrscher angestimmt hatte, wurden die beiden Nationalhymnen gesungen und im gleichen Augenblick „leuchteten im plötzlich verdunkelten Saal über der Bühne in einem bunt flammenden Meer elektrischen Lichts das schleswig-holsteinische und österreichische Wappen und in der Mitte der deutsche Reichsadler auf.“³⁴

Das „Befreiungsdenkmal“ im heutigen Straßenbild

Im Laufe der Jahre verschwand die an exponierter Stelle im Stadtbild platzierte Denkmalsanlage mehr und mehr aus dem öffentlichen Bewusstsein. Immerhin aber war sie ein beliebtes Postkartenmotiv, und es ist anzunehmen, dass sie damit weithin verbreitet wurde. Im Kontrast dazu spielte sie bei den folgenden Gedenkfeiern, z. B. als Ort für Kranzniederlegungen, aber kaum eine Rolle. Dies mag damit zusammenhängen, dass das blutige und verlustreiche österreichisch-dänische Nachhutgefecht bei Oeversee im emotionalen Bewusstsein der Bevölkerung wesentlich fester verankert war als die seinerzeit kampflos eingenommene Stadt Schleswig. Vor allem aber war es der über Generationen währende ehrenamtliche Einsatz des Stammkomitees von 1864, der die Denkmäler am Sankelmarker See zu einem zentralen Ort von Gedenkfeierlichkeiten machte.³⁵ Dieses zugleich eine Tradition begründende bürgerschaftliche Engagement fehlte in Schleswig. Hier blieb vieles dem Zufall überlassen.

Schon ein Jahr nach der Einweihung im Februar 1915 war den Schleswiger Nachrichten die „Befreiung“ nur noch zehn Zeilen wert.³⁶ 1924 gab es wieder eine Befreiungsfeier, die in der Regie des Schleswig-Holsteiner Bundes unter der Bezeichnung „Heimatabend zur Befreiung“ im Stadttheater auch in den fol-

genden Jahren durchgeführt wurde.³⁷ Zehn Jahre später trugen die seinerzeit belasteten Beziehungen Hitler-Deutschlands zur austrofaschistischen Republik Österreich dazu bei, dass im 70. Gedenkjahr die Rolle der österreichischen Truppen im Krieg von 1864 nur noch eine Randnotiz wert war. In ihrem Rückblick auf die 1914 erfolgte Denkmalseinweihung verschwieg die Zeitung sogar die damalige Anwesenheit der österreichischen Gäste.³⁸ Im Fokus stand vielmehr der Beitrag der preußischen Armee. Daher fand die Gedenkfeier auch am Denkmal in Missunde statt, wo zur Erinnerung an den am 3. Februar 1864 fehlgeschlagenen Übergang über die Schlei örtliche Parteigliederungen zusammen mit SA- und SS-Verbänden Kränze niederlegten und Landrat Roland Siegel die Festansprache hielt.³⁹

Zum 75. Jahrestag im Februar 1939, wenige Monate nach dem „Anschluss“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland, boten das „Befreiungsdenkmal“ und die „Österreicher-Kapelle“ seit langer Zeit erneut die Kulisse für Kranzniederlegungen. Wehrmachtssoldaten hielten an beiden Orten für einige Stunden Ehrenwache. In einer Zeitungsannonce hatte Bürgermeister Helmut Lemke die Bevölkerung aufgefordert, zur Erinnerung an die Befreiung der Stadt die Fahnen des „Großdeutschen Reiches“ zu hissen. Die als „Großdeutsche Kundgebung“ bezeichnete zentrale Feier, bei der Gauleiter Hinrich Lohse die Gedenkrede hielt, wurde allerdings am 6. Februar an den Denkmälern am Sankelmarker See zelebriert.⁴⁰

Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahm der Schleswig-Holsteinische Heimatbund die Veranstalterrolle in Schleswig. Die 90. Jahrfeier 1954, über die die Schleswiger Nachrichten unter der Überschrift „Heimatbekenntnis am Königshügel“ berichteten, wurde allerdings schon am 3. Februar, dem Jahrestag des dortigen Gefechts vor den Toren der Stadt, ausgerichtet. Am Abend des 5. Februar wurden bei Fackelschein Kränze am „Befreiungsdenkmal“ niedergelegt. Danach lud die Stadt die tags darauf zum Oeverseemarsch weiterreisenden österreichischen Gäste zu einem Festessen ein.⁴¹ Im Gedenkjahr 1964 erinnerten Stadt, Kreis und Heimatbund letztmalig mit einer Veranstaltung an die Ereignisse im Februar 1864. Altbürgermeister Behrens hatte in den Schleswiger Nachrichten die Gelegenheit, Anekdoten von der Denkmalseinweihung 1914 zu erzählen. Die von einer ansehnlichen österreichischen Delegation besuchte „Jahrhundertfeier der Befreiung Schleswigs“ fand am Abend des 6. Februar statt. Ministerpräsident Helmut Lemke, der von 1937 bis 1945 Schleswiger Bürgermeister gewesen war, hielt im Stadttheater die Festansprache und der Landeshistoriker Professor Oswald Hauser den Festvortrag. Schon der Titel der Feier offenbart, dass die Veranstalter den Krieg von 1864 auch hundert Jahre später und selbst unter dem Eindruck der 9 Jahre zuvor unterschriebenen Bonn-Kopenhagener Erklärungen, vornehmlich aus der Sicht der dama-



Abb. 6 Der Gedenkstein nach dem Rückbau im Jahr 1962

ligen Siegermächte und Eroberer betrachteten.⁴² Die politischen Grundlagen für das Aufeinanderzugehen von Deutschen und Dänen im Grenzland waren zwar 1955 gelegt worden, doch die Bereitschaft, die früheren Gegensätze zu überwinden, um zu der heute gefestigten Zusammenarbeit zu kommen, musste noch wachsen.

Den Bedeutungsverlust des „Befreiungsdenkmal“ gesteigert hat der in den 1950er Jahren zunehmende Autoverkehr. Viele Schleswiger betrachteten die Anlage als Verkehrshindernis und Gefahrenstelle für Fußgänger. Daher gab es 1962 kaum Proteste, als der Gedenkstein im Zuge des Ausbaues der vielbefahrenen Flensburger Straße um einige Meter zurück versetzt wurde.⁴³ Zugleich verschwand das ihn umgebende granitene Rondell. Kritik an dieser Aktion, die sich hauptsächlich auf den Verbleib des Denkmalssockels mit den vier Löwenkulpturen konzentrierte, gab es nur von militärischen Traditionsverbänden und wenigen Mitgliedern des Lollfußler Bürgervereins. Die unsanft, mit schwerem Gerät und Pressluftschlämmern vom Stein gelösten Löwenkulpturen kamen zur Einlagerung auf den städtischen Bauhof und von dort erst vor kurzem ins Stadtmuseum. Im Laufe der Jahre ist ein Löwe aus ungeklärten Gründen verschwunden. Vermutlich ziert er heute einen privaten Kleingarten. Im Januar 2014 hat eine der noch erhaltenen Löwenfiguren im Lapidarium des Stadtmuseums

einen würdigen Platz gefunden.⁴⁴

Die seinerzeit mit großem Aufwand und aus hochwertigen Materialien errichtete Denkmalanlage verlor durch diesen Rückbau nicht nur ihre frühere Monumentalität, sondern machte den Gedenkstein, wie die Schleswiger Nachrichten abfällig bemerkten, „zu einem Schatten seiner einstigen Bedeutung“.⁴⁵ Seither wirkt der im Sommer mit Blumen bepflanzte, ansonsten von Immergrün umrankte und von kümmerlichen Waschbetonplatten umrundete Findling eher wie ein Fremdkörper im Straßenbild. Nur wenige Schleswiger kennen seine Geschichte, allenfalls die Tagespresse nimmt sich seiner von Zeit zu Zeit an.⁴⁶ Seine aus der Zeit nationaler Dominanz und Arroganz stammende Inschrift lässt den gut sichtbaren Findling wie ein Relikt aus längst vergangenen Tagen erscheinen. Nach wie vor richtet sich seine herausfordernde und ebenso militante Botschaft gegen den früheren „Feind“ Dänemark. Es ist wohl höchste Zeit, dieses Denkmal, mit dem am Vorabend des Ersten Weltkriegs auch die Wehrbereitschaft der Bevölkerung gestärkt werden sollte, mit einer Erläuterung zu versehen. Nur so können unbefangene Betrachter den Gedenkstein in seinen historischen Bezügen einordnen. Das Schleswiger „Befreiungsdenkmal“ könnte sich damit in ein lebendiges Kulturgut verwandeln, zu einem lokalen Gedächtnisraum für die sachgerechte Vermittlung nicht nur deutsch-dänischer, sondern auch nationaler deutscher Geschichte.

Anmerkungen

- 1 Hierzu: Gert Stolz, Österreichische Kriegsgräber des dänisch-deutschen Kriegs von 1864 in Schleswig-Holstein und Dänemark, Apenrade 1990, S. 32 ff.; Theo Christiansen, Schleswig 1836 – 1945. Eine Stadt und ihre Bürger, Schleswig 1981, S. 142 ff.
- 2 Tatsächlich hatten sich nach Beendigung des Gefechts wenige Neugierige dem Kampfplatz genähert. Darunter waren auch einige Flensburger. Die Bergung der Toten und Verwundeten oblag jedoch den beteiligten österreichischen Einheiten und weiteren, zwischenzeitlich vorrückenden Truppenteilen. Um Plünderungen zu verhindern, wurde das Gelände großräumig durch die nachrückende preußische Armee abgesperrt. Am 7. Februar zogen Flensburger Bürger nach Sankelmark hinaus. Einige waren nur neugierig, andere hatten die Absicht zu helfen. Hierzu zuletzt: Lars N. Henningsen, Geschichte und Politik: Der Oeversee-Marsch, in: Grenzfriedenshefte (GFH), 4/2006, S. 295 ff..
- 3 Berichte darüber u. a. in: Schleswiger Nachrichten (SN), 28.1. und 3. 2. 1914.
- 4 Protokoll der Schleswiger Stadtverordnetenversammlung vom 9. 10. 1913, in: Kreis- und Stadtarchiv Schleswig-Flensburg (GA SIFI), Abt. 8/19 sowie SN 10. 10. 1913.

- 5 SN, 11. 12. 1913.
- 6 Z. B. die Ostdeutsche Rundschau und das in Wien erscheinende Deutsche Tagblatt, der Berliner Lokalanzeiger und das Berliner Tageblatt sowie eine Vielzahl der vielfach gelesenen Illustrierten Zeitungen, GA SIFI Abt. 9/826.
- 7 SN, 11. 12. 1913.
- 8 SN, 29. 1. 1914.
- 9 SN, 5. 2. 1914
- 10 Anzeigen in SN, 7.2.1914 und an den folgenden Tagen. Dieser als eines der ältesten Filmdokumente Schleswig-Holsteins anzusehende Streifen kann heute im neuen Mediocenter des Schleswiger Stadtmuseums betrachtet werden.
- 11 So das inoffizielle, handgeschriebene Programm in GA SLFL, Abt. 9/825.
- 12 Zitat in: Die Schleswig-Holsteifeier in Schleswig am 5. und 6. Februar 1914, zusammengestellt nach den durchgesehenen und teilweise ergänzten Festberichten der Schleswiger Nachrichten, Schleswig 1914., S. 11.
- 13 SN, 5. 2. 1914.
- 14 Wie Anmerkung 12., S. 16.
- 15 Hierzu und zum vorigen Zitat: Ebd., S. 30.,40 und 47.
- 16 SN, 7. 2. 1914.
- 17 Siehe hierzu: GA SI-FI, unverzeichnete Personalakte von Bürgermeister Dr. Oscar Behrens im Bestand des Kreises Schleswig.
- 18 Ursprünglich sollte ein bei Jagel gefundener Granitstein, für dessen Transport und Beschriftung laut Protokoll des Hauptausschusses vom 1. November 1914 die Kosten ermittelt werden sollten, verwendet werden. GA SIFI, Abt 9/825.
- 19 Schreiben Landrat Hagedorn vom 24. 12. 1913, GA SIFI, Abt. 16/783.
- 20 SN, 29.12.1913.
- 21 Vgl. hierzu die Abbildung 5 sowie zur Beschreibung: SN, 24. 6. 1914.
- 22 SN, 29. 12. 1913, 27. 1., 2. 1. und 9. 1. 1914.
- 23 Sprechsaal in SN, 9., 10. und 11. 1. 1914.
- 24 Hierzu und zum Vorhergehenden SN, 27. 1 und 2.2. 1914.
- 25 Berichterstattung über die Veranstaltungen in SN ,22. 6. – 26. 6. 1914.
- 26 Zur Situation in der Stadt: Christiansen, Schleswig 1981, S. 52 f..
- 27 Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/191, Düsseldorf 1961; Ders., Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1969 sowie Dirk Stegmann u. a Hrsg.: Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert - Festschrift für Fritz Fischer zum 75. Geburtstag und zum 50. Doktorjubiläum. Bonn 1983.
- 28 Christopher Clark. Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013.
- 29 Dazu: Volker Ulrich, Nun schlittern sie wieder. Mit Clark gegen Fischer: Deutschlands Konservative sehen Kaiser und Reich in der Kriegsschuldfrage endlich rehabilitiert, in: Die Zeit, 24. 1. 2014 sowie das Rotary-Magazin 3/2014: www.rotarymagazin.de.
- 30 Hierzu und zum Folgenden: Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1849-1914. Band 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des „Ers-

- ten Weltkriegs“, Frankfurt 1995, bes. S. 961 ff., S. 1071 ff., S. 1290 ff. sowie Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866-1918, Band 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992, bes. S. 595 ff..
- 31 Allg.: Harm-Peer Zimmermann, Der feste Wall gegen die rote Flut. Kriegervereine in Schleswig-Holstein 1864 – 1914, Neumünster 1989.
 - 32 Hierzu: Carsten Jahnke, Die Borussifizierung des schleswig-holsteinischen Geschichtsbewusstseins, 1866 – 1889, in: ZSHG 130 (2005), S. 161 ff.
 - 33 Zur Lage in den Herzogtümern in den ersten Jahren nach Düppel vgl.: Alexander Scharf, Manfred Jessen-Klingenberg, Schleswig-Holsteinische Geschichte. Ein Überblick, Neumünster 1982, bes. S. 69 ff ; Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Neumünster 2003, bes. S. 452 ff.; Harm Peer Zimmermann, „Schmeiß die Preußen aus dem Land!“ Die demokratische und augustenburgerische Opposition in Schleswig-Holstein 1863-1888 in: Demokratische Geschichte VIII. (1999), S. 9 ff.. Klaus Alberts, Düppel 1864. Schleswig-Holstein zwischen Dänemark und Preußen, Heide 2013, S. 49 ff., bes. S. 70 ff
 - 34 Rede abgedruckt in SN, 26. 6. 1914.
 - 35 Henningsen, wie Anm. 2.
 - 36 SN, 6. 2. 1915.
 - 37 Erstmals fand eine solche Feier am 6. Februar 1924 statt.. SN, 7. 2. 1924, bzw. 2. 2. 1928.
 - 38 Die Republik Österreich befand sich, ausgelöst durch eine Verfassungskrise und anschließenden Staatsstreich im März 1933, unter Führung des Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß auf dem Wege zu einem autoritären Ständestaat (italo)faschistischer Prägung. Dabei lehnte er zum Ärger Hitlers den Nationalsozialismus vehement ab. Dollfuß wurde in der unklaren politischen Situation am 25. Juli 1934 von einem österreichischen Nationalsozialisten ermordet. Seine Nachfolge trat Kurt Schuschnigg an, der das Land bis zum Einmarsch deutscher Truppen und dem damit vollzogenen Anschluss an Hitler-Deutschland am 11. März 1938 diktatorisch regierte.
 - 39 SN, 3. 2. und 6. 2. 1934.
 - 40 SN, 4. 2. und 7. 2. 1939.
 - 41 SN, 3. 2. und 4. 2. 1954.
 - 42 Plakat zur Feier in GA SIFI, Abt. ZD 25.2/2. Die Inhalte der beiden Reden sind nicht überliefert, die Berichterstattung in der Tageszeitung lässt keine Rückschlüsse zu.
 - 43 Die heutige, um Schleswig herumführende und den Stadtteil Friedrichsberg teilende vierspurige Umgehungsstraße wurde erst später verwirklicht.
 - 44 Berichterstattung in SN, 13. 6. und 30. 6. 1962.
 - 45 SN, 13. 6. 1962.
 - 46 z. B. SN, 6. 2. 2006 oder 29. 7. 2009.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1 – 3 u. 5 – 6: Kreis- und Stadtarchiv Schleswig-Flensburg;

Abb. 4: Stadtmuseum Schleswig

Von der Nummer zum Namen

Die KZ-Toten in Ladelund 1944

von JÖRN-PETER LEPPHEN

Vor 70 Jahren, im November/Dezember 1944, wurde das Dorf Ladelund nahe der deutsch-dänischen Grenze mit der ganzen Wirklichkeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft konfrontiert, als hier ein Außenlager des KZ Neuengamme existierte. Innerhalb von sechs Wochen wurden 300 Menschen um ihr Leben gebracht und auf dem Dorffriedhof beerdigt. In den Grenzfriedensheften sind seit 1983 zahlreiche Beiträge zur Geschichte des KZ Ladelund und zu ihrer Vermittlung erschienen. Im vorliegenden Aufsatz geht der wissenschaftliche Leiter der Ladelunder Dauerausstellung von 1990, unser Redaktionsmitglied Dr. Jörn-Peter Lepphen, der Sterblichkeitsrate in den nordfriesischen „Todeslagern“ Ladelund und Husum-Schwesing nach und beantwortet dann die historisch wie didaktisch relevante Frage, wie den Ladelunder KZ-Toten anstelle der Häftlingsnummern ihre Namen und ihre Identität zurückgegeben wurde. Dabei unterzieht der Historiker eine bis heute lebendige Legende um den Ladelunder Pastor Johannes Meyer einer quellenkritischen Prüfung. Der Aufsatz vermittelt so auch allgemeine Aufschlüsse über die Entstehung und Fortentwicklung historischer Legenden.

Die Redaktion

Das „Todeslager“ Ladelund 1944

Vom 1. November bis 16. Dezember 1944, vor 70 Jahren also, existierte am Rande des Dorfes Ladelund nahe der deutsch-dänischen Grenze ein Außenlager des KZ-Hauptlagers Neuengamme.¹ Etwa 2.000 vorwiegend ausländische Häftlinge sollten im Rahmen einer – militärisch sinnlosen – „Riegelstellung“ entlang der Grenze einen Teilabschnitt eines Panzerabwehrgrabens ausheben.² Innerhalb von 6 Wochen wurden 300 Männer aus 13 Nationen um ihr Leben gebracht und auf dem Ladelunder Dorffriedhof beerdigt.

Diese selbst für ein Konzentrationslager extrem hohe Sterblichkeit hat zahlreiche, eng miteinander verknüpfte Ursachen: die Schwerstarbeit am Panzerabwehrgraben unter unmenschlichen Bedingungen, die völlig un-

zureichende Kleidung bei Kälte und Nässe, die extreme Unterernährung, katastrophale hygienische Verhältnisse in dem völlig überfüllten Lager, ein massenhaftes Auftreten von Infektionskrankheiten, insbesondere die ruhrähnliche Dysenterie, bei mangelhafter medizinischer Versorgung. Über allem die menschenverachtende Ignoranz der meisten Wächter, allen voran des Lagerkommandanten, SS-Untersturmführers Hans Griem, verbunden mit ständiger Misshandlung von Häftlingen bis hin zum blanken Mord.

Eine wesentliche Ursache für die hohe Sterblichkeit war auch die gewaltige psychische Belastung der Häftlinge, der vor allem solche Gefangenen nicht standhalten konnten, die ohne KZ-Erfahrung den extremen Bedingungen des Außenlagers Ladelund ausgesetzt waren. So starben hier 110 der Männer, die erst Anfang Oktober 1944 durch die Wehrmacht aus ihrem niederländischen Heimatort Putten vertrieben und ins KZ deportiert worden waren.

Ganz ähnliche Bedingungen wie in Ladelund herrschten im KZ-Außenlager Husum-Schwesing.³ Die Häftlinge waren hier seit dem 26. September 1944 zur Sklavenarbeit am sog. „Friesenwall“ eingesetzt. Bis zur endgültigen Auflösung des Lagers am 29. Dezember 1944 starben 297 Männer, die auf dem Husumer Ostfriedhof in Massengräbern beerdigt wurden.⁴

Aus der Angabe, dass in Ladelund innerhalb von nur 6 Wochen 300 Menschen und in Husum-Schwesing innerhalb von 13 Wochen 297 Häftlinge starben, könnte man den Schluss ziehen, dass die Todesrate in Ladelund wesentlich höher lag als in Schwesing. Damit würde man jedoch der höchst komplexen Problematik keineswegs gerecht, wie im Folgenden in gebotener Kürze gezeigt werden soll.

Ebenso ist es nicht tragfähig, wenn beispielsweise der neu gegründete „Freundeskreis für die KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing e. V.“ die Behauptung verbreitete, dass Husum-Schwesing „das Lager mit der höchsten Mortalität unter allen Außenkommandos des KZ-Neuengamme“ gewesen sei.⁵ – In jedem Fall verbietet sich aus wissenschaftlichen und erst recht aus moralischen Gründen der Versuch, aus der Sterblichkeitsrate gedenkstättenpolitisches Kapital zu schlagen.

Dafür liefert auch der Historiker Marc Buggeln in seiner inhaltsreichen Dissertation von 2009 über die Außenkommandos des KZ Neuengamme keine wissenschaftlich tragfähige Grundlage. Buggeln setzt für die einzelnen Lager die Zahl der Toten in eine statistische Beziehung zur Gesamtzahl der Häftlinge und zur Existenzdauer des Lagers. Dabei gelangt er für Husum-Schwesing zu einer monatlichen Sterberate von 9,4 Prozent und für Ladelund von 7,9 Prozent.⁶ Diese scheinbar exakten Ergebnisse

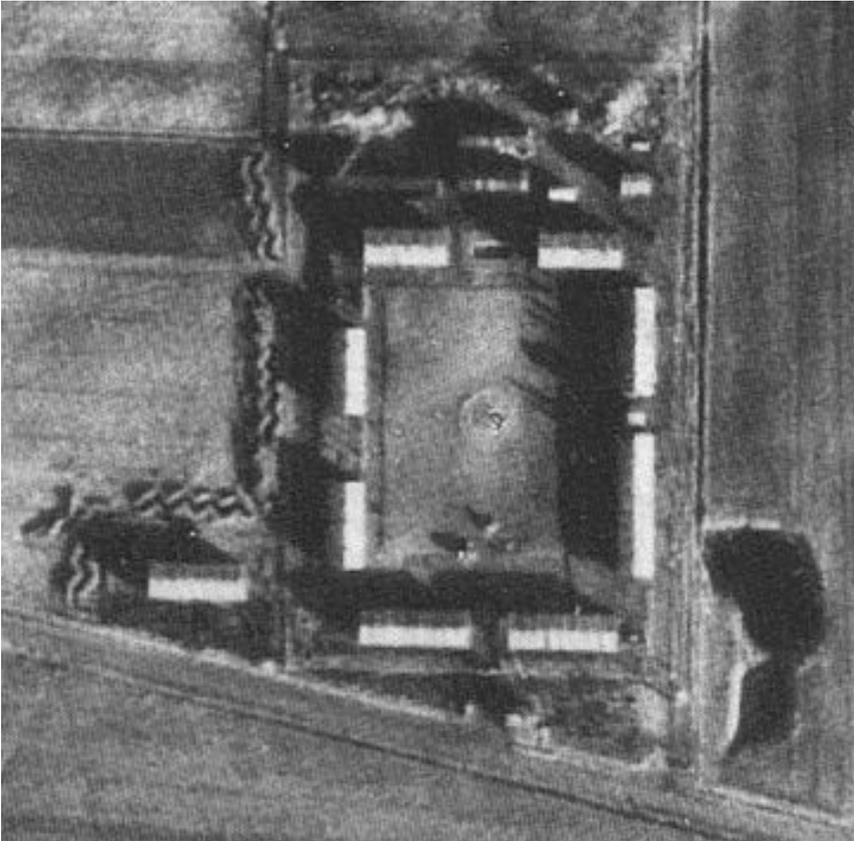


Abb. 1 Das Konzentrationslager Ladelund, 27. November 1944. Detailausschnitt aus einem Aufklärungsfoto der Royal Air Force

sind schon deshalb nicht tragfähig, weil die Gesamtzahl der Häftlinge aufgrund der Quellenlage auf Schätzungen beruht und während der Existenz der beiden Lager keineswegs konstant blieb.

So geht Marc Buggeln bei seinen Berechnungen für Ladelund von 2.000 Häftlingen aus. Für Husum-Schwesing legt er die Zahl von 1.500 Häftlingen zugrunde, während der dänische Experte für Husum-Schwesing, der Historiker Jens-Christian Hansen, in einem 2014 in den Grenzfriedensheften erschienenen Aufsatz von 1.000 bis 1.500 Häftlingen spricht, die Ende September 1944 ins Außenkommando Husum-Schwesing verlegt

wurden. „Die genaue Zahl lässt sich anhand der vorhandenen Quellen nicht ermitteln.“⁷

Hinzu kommt die bislang wenig oder gar nicht beachtete Tatsache, dass das Außenlager Husum-Schwesing zwar erst am 29. Dezember 1944 endgültig aufgelöst wurde, aber nur etwa fünf Wochen in seiner ursprünglichen Funktion bestehen blieb. Am 1. November 1944 wurde es nämlich als Arbeitslager durch das neu in Betrieb genommene Außenkommando Ladelund abgelöst, das somit nicht als Nebenlager von Husum-Schwesing betrachtet werden kann. Wehrmacht und SS verlagerten den Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen vom „Friesenwall“ zur „Grenzstellung“. Der Lagerkommandant Hans Griem verlegte seinen Sitz nach Ladelund, blieb aber für Husum-Schwesing weiter zuständig.

Die von der SS als noch arbeitsfähig betrachteten Häftlinge wurden von Husum-Schwesing per Bahn in das wenige Kilometer von Ladelund entfernte Achtrup transportiert. Weitere Häftlinge kamen aus Neuengamme hinzu, so dass etwa 2.000 Lagerinsassen für die Arbeit an der „Grenzstellung“ zur Verfügung standen. Jedenfalls theoretisch, denn die Zahl der Arbeitsfähigen reduzierte sich innerhalb kürzester Zeit dramatisch.

Husum-Schwesing wurde Ende Oktober 1944 zum „Kranken-Lager“, wie es der niederländische ehemalige Häftling Bob Smit 1947 bezeichnete.⁸ Smit war zunächst in Husum-Schwesing, dann in Ladelund als Funktionshäftling in der Lagerverwaltung eingesetzt und gilt als relativ zuverlässiger Zeitzeuge. Seine Darstellung wird durch den niederländischen ehemaligen Häftling aus Putten Wouter Rozendaal bestätigt, der wie Smit beide nordfriesischen Konzentrationslager erlebte. In seinen bald nach der Befreiung 1945 niedergelegten Erinnerungen, die neuerdings auch in deutscher Übersetzung vorliegen, schreibt er über das Ende seines kurzen Aufenthalts in Husum-Schwesing: „Schon bald hörten wir, dass wir auf einen Transport sollten zu einem Ort dicht bei Dänemark. Die Gesundesten wurden ausgesucht, die Kranken zusammen mit noch 100 Jungen blieben in Husum zurück.“⁹

Nicht nur die Funktion des Außenlagers Husum-Schwesing änderte sich also, was eine vergleichende Statistik problematisch erscheinen lässt, auch die Zahl der Häftlinge wurde drastisch reduziert, was Marc Bugeln bei seinen Berechnungen nicht ins Kalkül zieht. Er berücksichtigt auch nicht den Bericht von Bob Smit, dass „ungefähr 14 Tage vor der Aufhebung des Lagers Ladelund rund 1.100 Mann als wertlose Arbeitskräfte nach Neuengamme zurückgeführt oder nach dem als Arbeitslager aufgegebenen und danach als Kranken-Lager eingerichteten Husum [-Schwesing] gebracht wurden.“¹⁰ Die für Ladelund angenommene Zahl

von 2.000 Häftlingen wurde demnach um mehr als die Hälfte reduziert, wobei man die ca. 1.100 Häftlinge 14 Tage vor Auflösung des Lagers offenbar nicht mehr durch neue Arbeitskräfte aus Neuengamme ersetzte. Gleichzeitig stieg die Zahl der Häftlinge im Lager Husum-Schwesing durch die aus Ladelund überführten Kranken wieder an, wobei genaue Zahlenangaben auch hier nicht vorliegen.

Manche der Häftlinge, die am 1./2. November von Husum-Schwesing (und Neuengamme) nach Ladelund verlegt wurden, waren bei der Ankunft bereits derart geschwächt,¹¹ dass sie bald darauf verstarben und auf dem Ladelunder Dorffriedhof beerdigt wurden. So berichtet Pastor Meyer in der Ladelunder Kirchenchronik, dass er bereits unmittelbar nach der Inbetriebnahme des Konzentrationslagers 12 Tote zu beerdigen hatte.¹² Umgekehrt wird man davon ausgehen müssen, dass sich unter den 297 Toten des KZ Husum-Schwesing auch Opfer befinden, die aus Ladelund in das „Kranken-Lager“ überführt worden waren.

Aus den bisherigen Ausführungen sollte klar geworden sein, dass es sich schon wegen der engen Verflechtungen der beiden nordfriesischen Außenlager verbietet, die Todesrate als ein relevantes Unterscheidungsmerkmal hinzustellen. Beide Lager galten in Neuengamme aufgrund ihrer hohen Mortalität als „Todeslager“, so dass erfahrene Häftlinge alles taten, um ihre Verlegung in eines dieser Außenkommandos zu verhindern.

Der Versuch, die historische Relevanz des einen oder des anderen Lagers durch die Todesrate zu begründen, wird vollends suspekt, wenn man es unternimmt, zu den namentlich bekannten, vor Ort begrabenen Opfern die Häftlinge hinzuzurechnen, die an den Folgen ihrer Haft verstarben. Ohne Frage ist es wichtig, bei der historischen Forschung und Vermittlung das Schicksal dieser Opfer ausdrücklich zu berücksichtigen, wie es auch bereits geschieht.¹³ Das Problem liegt aber darin, dass sich diese zweifellos große Opfergruppe aufgrund der Quellenlage zahlenmäßig nicht zuverlässig eingrenzen lässt, schon gar nicht, wenn man diejenigen Opfer mit einbeziehen möchte, die bald nach der Auflösung der beiden Außenlager starben oder den physischen und psychischen Spätfolgen ihrer KZ-Haft erlagen. Auf dieses Problem weist auch der dänische Historiker Jens-Christian Hansen aufgrund seiner Forschungen zur Geschichte des KZ Husum-Schwesing ausdrücklich hin.¹⁴

Sein Hinweis bezieht sich auch auf die arbeitsunfähigen Häftlinge, die nach Neuengamme zurücktransportiert und gegen „frische“ Kräfte ausgetauscht wurden. So nennt der dänische ehemalige Häftlingsarzt Paul Thygesen für Husum-Schwesing eine Zahl von insgesamt 750, während Bob Smit von 600 Betroffenen berichtet.¹⁵ Wie viele dieser Häftlinge auf

dem Rücktransport oder in den sog. „Schonungsblocks“ des Hauptlagers tatsächlich verstarben, kann nur vermutet werden.

Entsprechendes gilt für Ladelund. Auch von hier wurden nämlich zahlreiche Häftlinge gegen neues „Häftlingsmaterial“ aus Neuengamme ausgetauscht.¹⁶ Hinzu kommen die 1.100 kranken Gefangenen, die Smit zufolge zwei Wochen vor Aufhebung des Lagers nach Neuengamme oder ins „Kranken-Lager“ Husum-Schwesing verbracht wurden. Exakte Berechnungen sind weder für Ladelund noch für Husum-Schwesing möglich.

Aufgrund der Quellenlage ist es erst recht undenkbar, die Namen der an den direkten Folgen ihrer KZ-Haft in Husum-Schwesing oder Ladelund Verstorbenen zu eruieren, von Einzelfällen abgesehen. Durch die Erforschung der Geschichte der nordfriesischen Außenlager kann ihnen ihre Identität also nicht zurückgegeben werden.

Im KZ war an die Stelle des Namens die Häftlingsnummer getreten, das heißt der Versuch der SS, die Identität und Individualität der Gefangenen auszulöschen. Diesen Umstand hat kürzlich der für die kirchliche KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund zuständige Propst Kay-Ulrich Bronk in seiner Predigt zur Amtseinführung eines neuen Gedenkstättenleiters prägnant geschildert: „Wir feiern diesen Gottesdienst unweit der Gräber von Menschen, die hier in Ladelund zu Tode geschunden wurden. Das Leid, das ihnen zugefügt wurde, war zugleich eine schreckliche Gleichmacherei. Ihre Geschichten wurden eingeebnet. All die kleinen und großen Geschichten, die sie zu den Menschen geformt hatten, die sie gewesen waren, wurden null und nichtig gemacht. Sie wurden zu namenlosen, geschichtslosen Leidenden. Sie wurden ihres Rechts auf Individualität beraubt ... Den Menschen wieder Namen und Geschichte zurückgeben. Das ist das, was hier in der Gedenkstätte geschieht.“¹⁷

Bronk verweist damit auf die historisch atypische Nachgeschichte des KZ Ladelund, in der sich der Gemeindepastor Johannes Meyer (1896-1965) große Verdienste erwarb, als er sich 1946 mit einem Bekenntnis deutscher Schuld an die Hinterbliebenen einiger der KZ-Toten wandte und dafür sorgte, dass bereits 1950 eine würdige Gedenkstätte eingerichtet wurde. (Abb. 2) Bei den neun Massengräbern befinden sich drei Feldsteinmale mit Bronzetafeln, auf denen dem damaligen Kenntnisstand entsprechend die Namen und Lebensdaten der hier begrabenen KZ-Opfer nach Nationen geordnet aufgeführt sind.

Das tiefe Leid der betroffenen Familien wurde dadurch gemindert, dass sie an die Grabstätte ihres Angehörigen treten konnten und dort seinen Namen verzeichnet sahen – verbunden mit der Versicherung Pastor Meyers, dass er um eine christliche Form der Beerdigung bemüht ge-



Abb. 2 Die KZ-Gedenkstätte Ladelund in ihrer ursprünglichen Gestalt 1950

wesen sei. Durch seine Hinwendung zu den Opfern konnte Meyer unter christlichem Vorzeichen eine frühzeitige „Versöhnung über den Gräbern“, insbesondere mit dem niederländischen Putten, bewirken.

Das alles setzt voraus, dass Meyer über die Namen und persönlichen Daten der Toten verfügte. Wie er an die Angaben gelangte – wie in Ladelund aus den Nummern Namen wurden – soll im Folgenden genauer untersucht werden. Dabei wird die bis heute lebendige Legende, Pastor Meyer habe sich 1944 besondere Verdienste um die Beschaffung der Namen erworben, in ihrer Entstehung und Fortentwicklung vorgestellt und sodann einer quellenkritischen Analyse unterzogen. Dabei geht es nicht zuletzt um die Frage, ob sich der überzeugte Nationalsozialist Johannes Meyer unter dem Eindruck des Konzentrationslagers bereits im November/Dezember 1944 um die Identität der Toten bemüht hat oder erst nach

dem Zusammenbruch des NS-Staates, als er sich mit den Anfragen ausländischer Dienststellen und von Angehörigen der KZ-Opfer konfrontiert sah.

Von der Nummer zum Namen – Die Legende um Pastor Johannes Meyer

Eine wichtige, wenngleich nicht unproblematische Quelle zur Geschichte des KZ Ladelund ist der Bericht über „Das Konzentrationslager“, den Pastor Johannes Meyer unter „Sylvesterabend 1944“ in der Chronik der Kirchengemeinde niedergelegt hat.¹⁸ Hier schreibt er, dass er gleich am zweiten Tag nach der Ankunft der Häftlinge einen Anruf des Lagerkommandanten erhalten habe: Er „fragte, ob der Friedhof Eigentum der Kirchengemeinde oder der politischen Gemeinde sei. Er habe 4 Tote, die beerdigt werden müssten. Er bat mich, zur Besprechung einmal ins Lager zu kommen.“¹⁹

Sein darauf folgendes Gespräch mit SS-Untersturmführer Hans Griem schildert Meyer in der Kirchenchronik folgendermaßen: „Er sagte mir wieder, daß er 4 Tote im Lager habe, und daß ich mit 30 – 40 Toten in den nächsten 4 Wochen, in denen sie hier sein würden, zu rechnen habe. Ich ging dann, nachdem ich gefordert hatte, mir die Namen der Toten aufzugeben. Nach längerer Debatte hierüber willigte er ein, und ich besprach die Beerdigung mit dem Kirchendiener. Im Norden der Kirche war ein Streifen frei, wo wir die 30 – 40 hätten beerdigen können, ohne Massengrab, wie der SS-Führer gefordert hatte. Tief erschüttert von dem Erlebten ging ich heim. Am nächsten Morgen waren Sträflinge mit Wachtposten auf dem Friedhof, um die Gräber auszuschaufeln. Aber anstatt der 4 gemeldeten Toten kamen 12 (zwölf), das war das erste Massengrab. Und so ging es ständig. Es wurde mir eine geringe Zahl gemeldet, und es waren dann 400 – 500 % mehr.“²⁰

Seine Darstellung in der Chronik, er habe von Griem „nach längerer Debatte“ schließlich erfolgreich „gefordert“, ihm „die Namen der Toten aufzugeben“, hat Meyer in der Folgezeit bekräftigt und ausgebaut. So erzählte er 1961 in einem Interview mit der dänischen Journalistin Inger Bjørn Svensson: „Ja, es war fürchterlich schwer die Namen dieser Toten zu bekommen, sehr, sehr, sehr schwer.“ Zur Erreichung seines Ziels habe er zu einer „frommen Lüge“ gegriffen: Er wolle bei nächster Gelegenheit mit Pauly sprechen, d.h. dem Kommandanten des KZ-Hauptlagers Neuengamme, SS-Sturmbannführer Max Pauly. „Der war Dithmarscher wie ich. Und Dithmarscher hielten stets zusammen, und ich glaube, dass diese Andeutung genügte. Ich erhielt die Namen zusammen mit den [Häftlings-] Nummern.“²¹

Was er der Journalistin als „fromme Lüge“ offenbarte, hat Meyer seinem

Amtsnachfolger Harald Richter nachhaltig als Wahrheit vermittelt: „Pastor Meyer hat mir gegenüber geäußert, dass er in einem Gespräch mit Griem zum Ausdruck brachte, er werde sich bei Pauly, mit dem er zusammen in die Schule gegangen sei, beschweren, wenn er die Namen der Toten, die er begraben solle, nicht bekäme.“ So berichtet Richter in einem Beitrag des Jahres 2000, wobei er die „gemeinsame Schulzeit mit Pauly“ als einen der Faktoren deutet, die es Meyer ermöglichten, „einen relativen Freiraum“ im Sinne der Häftlinge zu nutzen.²²

Überhaupt hat Harald Richter offenbar keinen Grund gesehen, an den schriftlichen und mündlichen Angaben seines Amtskollegen über die Namensbeschaffung zu zweifeln. In einem Aufsatz mit dem Titel „Wir haben das Selbstverständliche getan“, schreibt Richter 1983: „Als es um die Beerdigung der Toten auf dem Friedhof ging, war es für Pastor Meyer selbstverständlich, auf der Aushändigung der Totenscheine zu bestehen. Er blieb hart, als ihm dies verweigert wurde, und erreichte schließlich doch, was rechtens war. Erst nach dem Kriege stellte sich heraus, dass dies in ähnlicher Lage andernorts *nicht* selbstverständlich gewesen war. Weil er aufgrund der Eintragungen in das Beerdigungsregister später mit-helfen konnte, die Angehörigen zu verständigen, ist es für uns nicht allein bei den schrecklichen Erinnerungen und den Gräbern geblieben.“²³

Vor diesem Hintergrund mutierte Meyers eigene Darstellung, er habe dem Lagerkommandanten die Namen der Toten gleichsam entrun-gen, bei zahlreichen Rezipienten zu der Vorstellung, dass er sich über ein gel-tendes Verbot hinwegsetzte, sich also als Widerständler betätigte. Wie er sein heimliches Tun unter den 1944 gegebenen Umständen praktisch umsetzen konnte, wird nicht reflektiert.

In der Einleitung zu einem „Register der Toten des Konzentrationslager - Außenkommandos Ladelund“, das die niederländische Kriegsgräberstif-tung (Nederlands Oorlogsgravenstichting) 1967 zur Information der Bes-ucher in einem Steinsockel bei den Massengräbern platzierte, heißt es: „Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass es dem mutigen Handeln des Pfar-ers Meyer, der trotz des ihm auferlegten Verbots alle Opfer registrierte, zu danken ist, dass die Toten namentlich bekannt sind und auf christliche Weise bestattet werden konnten.“²⁴ Der mehrsprachige Einführungstext, die nach Nationen geordneten Namen der Toten sowie ihre Platzierung in den Massengräbern werden den Besuchern an der zwischenzeitlich renovierten Informationsstelle bis heute präsentiert.

Die weitestgehende Version der Legende um Pastor Meyer bot 2003 die Nordelbische Kirchenzeitung. In einem von der Ladelunder Gedenk- und Begegnungsstätte gelieferten, namentlich nicht gezeichneten Artikel wer-

den die Leser an die Gräber geführt. Auf drei Bronzetafeln seien die Namen der KZ-Toten eingraviert. „Das ist nicht selbstverständlich. Denn bei den Toten handelt es sich um ehemalige Insassen eines Konzentrationslagers, deren Identifizierung unter Strafe stand. Den Mut, das Verbotene dennoch zu tun, hatte Pastor Johannes Meyer. Eigentlich ein überzeugter Anhänger Hitlers. Heimlich notierte er sich die Namen und die Stelle, an der die Männer bestattet wurden. Es waren, wie er fand, Christen, die nach christlichen Maßstäben ihre letzte Ruhe finden sollten.“²⁵

Harald Richter geht hingegen nicht von einem heimlichen Tun seines Amtsvorgängers aus. Wie gezeigt wurde, folgt er Meyers Darstellung, wonach dieser unter Hinweis auf seinen Kontakt zu Max Pauly, den Lagerkommandanten Hans Griem zur Herausgabe der Namen bewegen konnte. Dieses Vorgehen in Verbindung mit der christlichen Beerdigung der KZ-Opfer deutet Harald Richter als eine „Form des Widerstands gegen die absolute Macht, die ihren Triumph gerade im Tod als der Überwindung des letzten Aufleuchtens von Menschlichkeit sah. Indem Pastor Meyer die Namen der Toten festhielt, gab er ihnen ihre Namen zurück. Seit Betreten des Lagers war ja anstelle des Namens die Nummer getreten. Durch das Begräbnis waren aus Nummern wieder Menschen geworden.“²⁶

Eine ähnliche Sicht scheint der Historiker Stephan Linck zu vertreten. Einem Pressebericht zufolge äußerte er 2013 als kommissarischer Leiter der Ladelunder Gedenk- und Begegnungsstätte gegenüber einer Landtagsabgeordneten, dass sich „Pastor Johannes Meyer schon vor Kriegsende den Nazis widersetzte und die im Außenlager Ladelund des KZ Neuengamme Umgekommenen namentlich festgehalten und würdevoll bestattet habe.“²⁷ Nicht ganz so dezidiert klingen die entsprechenden Ausführungen in einem – höchst beachtenswerten – Buch über den „Umgang der Evangelischen Kirche mit der NS-Vergangenheit“, das Stephan Linck 2013 vorlegte.²⁸

Abschließend sei festgestellt, dass die Frage, wie in Ladelund aus den Nummern Namen wurden, nicht nur in der Gedenk- und Begegnungsstätte und ihrem näheren Umfeld, sondern auch darüber hinaus für relevant gehalten wird. So wird sie in zahlreichen wissenschaftlichen Darstellungen, in denen die Geschichte des KZ Ladelund eine Rolle spielt, aufgegriffen – und meist im Sinne der Legende beantwortet. Dies gilt auch für Darstellungen aus den Niederlanden, wo Pastor Meyer aufgrund seiner Versöhnungsarbeit bis heute ein hohes Ansehen genießt. So schreibt die renommierte Historikerin Madelon de Keizer 2001 in ihrem (auch in deutscher Sprache vorliegenden) Buch über die „Razzia in Putten“, Pastor

Meyer sei von der Lagerleitung „gedrängt“ worden, „die Toten auf dem kleinen Kirchfriedhof zu begraben. Er zeigte sich dazu unter der Bedingung bereit, dass man ihm [die] Namen der Toten und ihre Personalien nannte.“²⁹

Und in einem 2013 erschienenen Werk über den flämischen Schriftsteller Victor J. Brunclair, der zu den Opfern des KZ Ladelund gehört, vermerkt der Literaturhistoriker Dieter Vandenbrouke unter dem Eindruck eines Besuches in Ladelund: „Dass zumindest Brunclairs Identität bewahrt wurde, war dem Pastor vor Ort zu verdanken, der von dem Lagerkommandanten die Erlaubnis erhalten hatte, die Daten der Verstorbenen aufzuzeichnen und deren Leichname in einigen Massengräbern beizusetzen.“³⁰

Ein abweichendes Beispiel für den Umgang mit Geschichte liefert der dänische Historiker Henrik Skov Kristensen in einem Aufsatz über „Ladelund - koncentrationslejren“ im Jahrbuch 2010 des dänischen Nationalmuseums. Hier geht der Leiter von Frøslevlejrens Museum ziemlich ausführlich auf die Frage der Namenssicherung ein, wobei er sich nicht an der legendenhaften Überlieferung, sondern an dem Forschungsstand der Ladelunder Dauerausstellung von 1990 orientiert.

Im Folgenden soll nicht allein die Legende um Pastor Meyer, sondern auch der auf die Namenssicherung bezogene bisherige Forschungsstand einer kritischen Überprüfung unterzogen werden.

Von der Nummer zum Namen – Der historisch-wissenschaftliche Befund

Wie bereits eingangs hervorgehoben, stehen in Ladelund die KZ-Toten im Mittelpunkt der Gedenkstättenarbeit. Die „Versöhnung über den Gräbern“, insbesondere mit dem niederländischen Putten, war deutscherseits zunächst allein auf die Person Pastor Meyers fixiert. Nach dem Amtsantritt von Harald Richter im Jahre 1958 entwickelten sich in der Gemeinde verankerte internationale Begegnungen zwischen Angehörigen der ehemaligen Tätergesellschaft und Hinterbliebenen der KZ-Toten sowie überlebenden ehemaligen Häftlingen. Das gemeinsame Gedenken war naturgemäß über lange Zeit hauptsächlich emotional verankert. Die Geschichte war zwar ständig präsent, man betonte von Seiten der Opfer, vergeben, aber nicht vergessen zu wollen. Erst seit Anfang der 1980er Jahre wird das persönliche, leidvolle Erinnern aber durch die systematische Erforschung und Dokumentation der Geschichte des KZ Ladelund in einen historischen Rahmen gesetzt.³¹

Diese historisch-wissenschaftliche Basis wird für die internationalen Begegnungen umso bedeutsamer je mehr sie sich – durch den zeitlichen

Abstand zu den Ereignissen von 1944 bedingt – von den direkt Betroffenen auf die zweite und dritte Generation verlagert. Dies gilt sowohl für die ausländischen Besucher als auch für ihre deutschen Gastgeber. An die Stelle persönlicher Erinnerung tritt das mehr oder weniger ausgeprägte Interesse an historischer Information.

Die systematische Erforschung der Geschichte des KZ Ladelund begann mit einem Ausstellungsprojekt, das der Verfasser 1982 - 1984 mit Oberstufenschülern der Flensburger Auguste-Viktoria-Schule durchführte. Das Ergebnis war eine umfängliche Wanderausstellung, die nicht zuletzt in Schulen der Region auf ein lebhaftes Interesse stieß. Das Projekt wurde durch den Ladelunder Gemeindepastor Harald Richter gefördert, was an anderen Orten mit KZ-Geschichte keineswegs selbstverständlich war. Der Initiative von Harald Richter ist es auch zu verdanken, dass seit 1990 in Sichtweite der Massengräber in einem neu errichteten Ausstellungsgelände eine ständige Dokumentation und damit die Voraussetzung für die heutige Bildungsarbeit der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund geschaffen wurde. In Zusammenarbeit des Verfassers mit Johannes Tuchel und Klaus Bästlein von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin wurden die in der Wanderausstellung bereitgestellten Materialien überarbeitet und nach weiteren Recherchen der drei Historiker in in- und ausländischen Archiven zu einer erheblich ausgeweiteten Dokumentation gefügt. Dazu liegt ein Katalog in deutscher, niederländischer, dänischer und englischer Sprache vor.³²

Im Mittelpunkt der fachwissenschaftlichen wie der didaktischen Überlegungen standen und stehen die 300 KZ-Toten und ihre Familien, die überlebenden Häftlinge und auch die unbekanntes Opfer, die an den Folgen ihrer KZ-Haft in Ladelund verstarben. Die rückwärtsgewandte Solidarisierung mit den Opfern eines menschenverachtenden Systems hat prospektive Bedeutung in einer Gesellschaft, die die unveräußerlichen Menschenrechte als obersten Maßstab ihres Wertesystems anerkennt. Es geht also nicht primär um ein gefühlsmäßig verankertes Gedenken mit all seinen Unwägbarkeiten, das Gedenken wird im wahren Wortsinne vielmehr als Erkenntnisvorgang verstanden. So betrachtet wird in der Ladelunder KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte eine Arbeit geleistet, die weit über die Lebenszeit der unmittelbar betroffenen Opfer- und Tätergeneration hinausreicht.

Bei den oben skizzierten fachwissenschaftlichen wie didaktischen Grundlagen liegt ein Schwerpunkt der Forschung und der Dokumentation auf den Namen der KZ-Toten, wobei der Name für die Identität der Opfer und ihre individuelle Geschichte steht, die durch weitere Informationen erhellt



Abb. 3 Das 1989/90 erstellte Dokumentenhaus der KZ-Gedenkstätte Ladelund. Im Hintergrund ein Teil des Erweiterungsbaus von 2006

werden müssen. In der Ladelunder Dokumentation werden daher die Namen durch die folgenden Angaben ergänzt, soweit möglich: Geburtstag, Geburtsort, Nationalität, Beruf, angeblicher Todestag und auch die Häftlingsnummer, die den Häftlingen bei ihrem Eintritt in das KZ-Hauptlager Neuengamme auferlegt worden war. Eine entscheidende Basis für diese Angaben und die ihnen zugrunde liegenden Forschungen³³ sind die 1944 vom KZ Ladelund gelieferten Daten. Die Frage, wie aus den Nummern Namen wurden, hat also eine Relevanz, die weit über die persönliche Rolle des Pastors Meyer hinausgeht.

Die in der Ladelunder Dokumentation an auffälliger Stelle platzierten Totenlisten (Abb. 4) werden seit 1995 durch großformatige Gedenkbücher ergänzt. Hier wird das Schicksal von KZ-Toten erhellt, über die mehr als ihre persönlichen Daten in Erfahrung gebracht werden konnte und von denen ein Foto zur Verfügung steht. Einzelne Schicksale werden auch in anderen Bereichen der Ausstellung exemplarisch dokumentiert. Die Gedenkbücher wurden durch die junge Historikerin Petra Bowien im Rahmen eines Projekts mit dem Titel „Schicksale – keine Zahlen“ unter Leitung des Verfassers und mit finanzieller Förderung durch die Landeszentrale für politische Bildung erarbeitet.

Petra Bowien hat bei ihrer Forschung u.a. festgestellt, dass in den Totenlisten eine Person unter verschiedenen Namen doppelt auftauchte, die bis 1995 geltende Zahl vom 301 KZ-Toten also auf 300 zu reduzieren war. Eine erneute Korrektur der Totenzahl hat sich seitdem nicht ergeben, ist aber für die Zukunft nicht gänzlich auszuschließen.

Ein weiteres über die Dokumentation von 1990 hinausreichendes Projekt, das hier besonders erwähnt werden soll, trägt den Titel „Wenn Zahlen zu Gesichtern werden. Spurensuche nach Angehörigen von Ladelunder KZ-Opfern in Polen“: Im Sommer 1992 unternahm Oliver Schultz, damals Zivildienstleistender in der Gedenkstätte, mit sechs Schülern aus dem Raum Flensburg / Nordfriesland eine wohlvorbereitete Reise nach Polen, um dem Schicksal polnischer KZ-Opfer und ihrer Familien genauer nachzugehen. Das Ergebnis wurde 1993 in den Grenzfriedensheften publiziert und erschien 1994 als zweisprachige (deutsch-polnische) Sonderpublikation, herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Aufgrund der großen Nachfrage wurde 1999 eine zweite (verbesserte) Neuauflage erforderlich.³⁴ Seine Einschätzung der Ladelunder Gedenkstättenarbeit im allgemeinen und des Projekts von Oliver Schultz im besonderen hat der damalige Direktor des polnischen Nationalarchivs, Prof. Jerzy Skowronek, 1995 so zusammengefasst: „Ich bin tief davon überzeugt, dass eben diese Initiativen der polnisch-deutschen Versöhnung und Annäherung besser dienen als Dutzende von Propagandaveranstaltungen“.³⁵ Umso bedauerlicher ist es, dass der damals geknüpfte Kontakt zu zahlreichen polnischen Opferfamilien in der Ladelunder Gedenk- und Begegnungsstätte schon seit Jahren keine erkennbare Rolle mehr spielt.

Die Rechercheergebnisse von Oliver Schultz und von Petra Bowien haben ebenso wie Hinweise aus den Familien der KZ-Opfer bislang nicht zu einer korrigierten Fassung der Totenlisten in der Ladelunder Dauerausstellung von 1990 geführt, was selbstkritisch vermerkt sei. Berücksichtigt werden sie immerhin in neueren Auflagen des Ausstellungskatalogs, zuletzt 2009 in der zweiten, verbesserten Auflage der niederländischen Ausgabe.

Als Begleitschrift zur Wanderausstellung von 1984 erschien 1983 in hoher Auflage eine vom Grenzfriedensbund herausgegebene Broschüre des Verfassers, in der die Chronikaufzeichnungen von Johannes Meyer über „Das Konzentrationslager“ nach einer bereits 1947 erschienenen dänischen Ausgabe³⁶ erstmals in deutscher Sprache publiziert und zugleich einer ersten quellenkritischen Prüfung unterzogen wurden.³⁷ Die Studie ist zusammen mit dem faksimiliert wiedergegebenen Chroniktext auch Teil der Ladelunder Dauerausstellung.



Abb. 4 Die Dauerausstellung mit den Totenlisten (rechts)

Bereits in der Studie von 1983 wurde darauf hingewiesen, dass die Namen und persönlichen Daten der KZ-Toten auch von anderen Außenlagern des KZ Neuengamme der zuständigen Friedhofsverwaltung mitgeteilt wurden, „ohne dass dort Pastoren die Herausgabe verlangt hätten.“³⁸ Von besonderem Interesse ist dabei das Außenlager Husum-Schwesing, das ja demselben Kommandanten unterstand wie Ladelund, eben SS-Untersturmführer Griem. Der für den Husumer Ostfriedhof zuständige Amtskollege von Pastor Meyer hat nachweislich die Namen und Daten der dort beerdigten Toten aus dem KZ Husum-Schwesing erhalten und in das Beerdigungsregister eingetragen.³⁹ Schon diese seit 1983 bekannte Tatsache gibt Anlass zu ganz erheblichem Zweifel am Wahrheitsgehalt der Darstellung Pastor Meyers von seiner eigenen Rolle bei der Namensbeschaffung in Ladelund.

Dies gilt ebenso für die bereits 1984 dokumentierte Tatsache, dass die Namen und persönlichen Daten der Ladelunder KZ-Toten beim Standesamt Ladelund ganz offiziell in Sterbeurkunden erfasst wurden.⁴⁰ Dies ist auch der Dauerausstellung von 1990 und dem dazugehörigen Katalog

u.a. durch die faksimilierte Wiedergabe einer Sterbeurkunde zu entnehmen.⁴¹

Der damalige Befund lässt sich nach einer erneuten Prüfung aller greifbaren Unterlagen und unter Berücksichtigung der 1990, wenige Wochen nach Eröffnung der Dauerausstellung, vorgelegten Erinnerungen von Hans Christian Davidsen⁴² präzisieren.

Der Landwirt Hans Christian Davidsen aus Bramstedtlund unterstützte den Ladelunder Bürgermeister Max Feddersen, im Hauptberuf Posthalter, bei dessen Verwaltungsarbeit. 1944 hatte Davidsen die Funktion des stellvertretenden Standesbeamten inne. In seinen Erinnerungen schreibt er: „Dann trafen am 1. und 2. November in zwei traurigen müden Zügen viele Gefangene vom Achtruper Bahnhof in Ladelund ein. Man sprach von 2000. Bürgermeister Feddersen erzählte mir am Abend, als ich zu ihm kam, von dem sichtbar ermatteten Zustand dieser Menschen ... Am nächsten Abend meldete sich bei uns ein SS-Mann, um die Ankunft der Häftlinge offiziell anzumelden, d.h. nicht namentlich und auch nicht genau zahlenmäßig ... Kurz ließ er uns wissen, daß sie mit vielen Sterbenden rechnen mußten, vielleicht 10 pro Tag. Gegen 22 Uhr verließ der Mann uns, und wir beide waren tief erschüttert. Nie hatte man in unserer Heimat gehört, daß man im voraus mit solchen Zahlen Sterbender rechnen könne, ja müsse ... Bereits einige Tage nach Belegung des Lagers hatten wir 7 Totmeldungen, die im Register eingetragen waren. So ging es dann weiter in der nächsten Zeit, daß die Zahl der Verstorbenen wuchs und wuchs ...“⁴³

Aus Davidsens Bericht ergibt sich, dass sich die Lagerleitung veranlasst sah, in einem heute makaber erscheinenden Akt penibler Bürokratie, die Anwesenheit der KZ-Häftlinge in Ladelund der zuständigen Meldebehörde anzuzeigen. Auch ergibt sich aus Davidsens Bericht über das Gespräch im Bürgermeisteramt, dass die Lagerleitung von sich aus die Absicht hatte, die KZ-Toten äußerlich korrekt im Sterberegister des Standesamtes Ladelund erfassen zu lassen. Tatsächlich wurden in den folgenden Wochen standesamtliche Sterbeurkunden für die KZ-Toten – „wohnhaft in Ladelund“ – ausgestellt, wobei der Lager- und Verwaltungsführer Friedrich Otto Dörge als Anzeigender fungierte, also die Namen und persönlichen Daten der Toten beibrachte und diese durch seine Unterschrift bestätigte (Abb. 5).⁴⁴

Dieses Verfahren galt keineswegs nur für Ladelund, auch in Husum-Schwesing⁴⁵ und den anderen Außenlagern wurden die KZ-Toten den zuständigen Standesämtern angezeigt. Dies entsprach im übrigen der im KZ-Hauptlager Neuengamme geübten Praxis. Die Toten wurden bis März

Nr. 45/1944

Ladellund, den 16. November 1944

Der Schäuffein Armand Claret
Wörth-Kaffold

wohnhaft in Ladellund

ist am 15. November 1944 um 6 Uhr - Minuten
in Ladellund verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 31. Dezember 1920
in Lalves, Kreis Hauts Pyrénées

(Standesamt Nr.)

Vaters: Jean Claret
wohnhaft in Lalves, Kreis Hauts Pyrénées
Mutter: Marguerite Claret geb. Lairy
wohnhaft in Lalves, Kreis Hauts Pyrénées
Der Verstorbene war - nicht - verheiratet

Eingetragen auf mündliche - schriftliche - Anzeige des Pastors
Friedrich Otto Dörge
Der Anzeigende ist bekannt und erklärt,
dass er keine Pflichterfüllung sondern
Einvernehmen über die Ursache des Todes des Verstorbenen zu finden

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben
Friedrich Otto Dörge

Der Standesbeamte
Max Feddersen

Todesursache: Typhus

Eheschließung des ... Verstorbenen am in

(Standesamt Nr.)

Abb. 5 Sterbeurkunde des Standesamtes Ladellund für den Franzosen Armand Claret, 16. November 1944, mit den Unterschriften des Lager- und Verwaltungsführers Friedrich Otto Dörge und des Bürgermeisters Max Feddersen

1941 dem Standesamt Neuengamme gemeldet, danach erhielt das KZ ein eigenes Standesamt („Sonderstandesamt A“).⁴⁶ Die SS zeigte also keinerlei Interesse daran, die Namen der KZ-Toten gegenüber den Friedhofsverwaltungen und Standesämtern geheim zu halten oder ihre hohe Zahl zu vertuschen. Das mag aus heutiger Sicht verwundern, zeigt jedoch die brutale Härte, mit der die SS-Täter den Tod ihrer Opfer als reine Verwaltungssache betrachteten.

Die von Besuchern der Ladelunder Gedenk- und Begegnungsstätte, insbesondere von aufgeweckten Schülerinnen Schülern, gelegentlich gestellte Frage, ob die SS auch Leichen beiseite geschafft habe, hat Pastor Meyer 1946 auf eine entsprechende Anfrage der British War Crimes Mission mit sehr plausibler Begründung verneint: „Ich halte es für gänzlich ausgeschlossen, daß weitere Häftlinge hier verstorben sind und irgendwo auf dem Felde verscharrt sind. Ich habe für diese Annahme mancherlei Gründe. So hatten zum Beispiel einige Verstorbene einen Genickschuß erhalten, die Lagerleitung mußte damit rechnen, daß ich die Toten auf dem Friedhof sehen würde und auch die Todesursache feststellen würde, trotzdem hat man mir die Toten zur Beerdigung übergeben. Man hätte dann zum mindesten diese Toten verscharrt. Ein Verscharrten auf dem Felde hätte sich auch niemals verheimlichen lassen, da die Häftlinge öffentlich arbeiteten und die auf der Arbeitsstätte Verstorbenen von den Kameraden nach Arbeitsschluß in das Lager getragen wurden. Dies haben alle Bewohner von Ladelund gesehen, die die Häftlinge von der Arbeitsstätte heimkehren sahen.“⁴⁷

Diese Schilderung vom Zustand der zur Beerdigung angelieferten Toten findet in der Kirchenchronik ihre noch eindrücklichere Entsprechung: „Nun die Toten, die ich sah, waren abgemagert zu Skeletten. Sie waren in Papiersäcke gehüllt und ca. 16 wurden zur gleichen Zeit mit dem gespannten Bauern Jens Rasmussen angefahren. Es war oft Regen und diese Papiersäcke waren infolge der Feuchtigkeit, der Ausdünstung, des Blutes und Kotes oft aufgeweicht, und ich sah die nackten Leichen. Sehr, sehr viele waren derart verprügelt, daß ich als Laie sage, sie waren zu Tode geprügelt worden. Am Gefäß, Rücken, Hals und Kopf sah ich besonders oft, daß diese blau und rot unterlaufen waren, auch waren Striemen zu sehen. Zwei oder drei hatten den Genickschuß. Zwei Leichen waren in Decken gehüllt und mit Draht fest verschnürt. Ich sagte den Gefangenen, sie sollten die Leichen aus den Decken wickeln und diese zurückgeben in das Lager. Daraufhin sagte der Fahrer (auch Sträfling) und der begleitende SS-Posten, das wäre verboten. Die Leichen sollten unter allen Umständen mit den Decken begraben werden. Ich war macht-

los und mußte zusehen. Wie mögen diese armen Menschen ausgesehen haben!!!⁴⁸

Wenn man die Kirchenchronik kennt - und man sollte sie kennen, wenn man in der Ladelunder Gedenkstättenarbeit tätig ist oder sich wissenschaftlich mit dem Thema beschäftigt - muss einem klar sein, dass es für Pastor Meyer, falls er die Absicht gehabt hätte, völlig unmöglich war, sich die Namen der Toten und ihre Platzierung in den Massengräbern zu notieren, ob „heimlich“ oder nicht. Schon deshalb handelt es sich bei entsprechenden Fortschreibungen der Meyer-Legende, über die im vorigen Kapitel berichtet wurde, um eine krasse Fehlinformation.

Die schrecklichen Umstände des Leichentransports greift auch ein Modell auf, das in fotografischer Wiedergabe in der Ladelunder Dauerausstellung zu sehen ist. Normalerweise verbietet es sich, die Grauen eines Konzentrationslagers durch museale Inszenierungen als „Erlebnis“ zu gestalten und damit zu verniedlichen. Mit dem Modell von Christoph Möller hat es aber seine besondere Bewandnis: Der Landwirt aus Fahrenholz bei Kappeln wurde 1944 zwangsverpflichtet und hatte mit einem Schlepper Verpflegung in das KZ Ladelund zu fahren (sofern man bei den Hungerrationen für die Häftlinge von „Verpflegung“ sprechen kann). Möller gehörte damit zu den ganz wenigen Außenstehenden, die unmittelbar Einblicke in das Lager und auch Kontakt zu Häftlingen hatten. Sein nachhaltig bedrückendes Erleben versuchte er in den 1960er Jahren durch die Fertigung eines großformatigen Modells zu verarbeiten, in dessen Mittelpunkt der Abtransport von Leichen aus dem Lager steht (Abb. 6). Das Modell stellte er 1969 dem niederländischen Kriegsmuseum in Overloon zur Verfügung⁴⁹), wo es den Besuchern bis heute präsentiert wird.

Aus den bisherigen Ausführungen ergibt sich ein eindeutiger, für Anhänger der Meyer-Legende ernüchternder Befund: Nicht ein Pastor oder Standesbeamter, sondern die Täter selbst, die ihren Opfern bei deren Eintritt in das KZ durch die Häftlingsnummer die Identität geraubt hatten, gaben ihnen im Tod den Namen zurück, indem sie ihn den zuständigen Friedhofsverwaltungen und Standesämtern meldeten, nicht etwa aus humanitären Gründen, sondern im Rahmen eines Verwaltungsaktes. – Ein unterschwelliges Unrechtsbewusstsein scheint bei den Tätern dennoch lebendig geblieben zu sein. Denn bei Auflösung des KZ-Hauptlagers Neuengamme im Frühjahr 1945 haben sie durch umfängliche Aktenvernichtung versucht, die Spuren ihrer Verbrechen zu verwischen. Diese Aktivitäten reichten zum Glück nicht bis in die Standesämter und Friedhofsverwaltungen an Orten, wo es ein Außenlager gegeben hatte, so dass hier die Angaben zu den KZ-Toten erhalten blieben.



Abb. 6 Abtransport von Leichen aus dem KZ Ladelund durch Gefangene, links ein Funktionshäftling (Kapo) mit Schlagstock. Modell (Ausschnitt), erstellt durch den Zeitzeugen Christoph Möller, 1969

Was die Meldungen des KZ Ladelund an die Friedhofsverwaltung, also Pastor Meyer, betrifft, so fällt auf, dass solche Meldungen im Archiv der Kirchengemeinde für den Dezember, nicht aber für den November 1944 vorliegen. Es handelt sich um vier maschinenschriftliche Listen unterschiedlichen Formats, die Pastor Meyer als Durchschriften zugingen (Abb. 7). Im Vergleich zu den standesamtlichen Sterbeurkunden enthalten die Listen relativ spärliche Angaben über die Toten: Namen, Vornamen, Geburtstag, Geburtsort, Sterbetag und Uhrzeit sowie Todesursache. Auf einer der vier Listen wurden handschriftlich die Nationalität und die Häftlingsnummer hinzugefügt.

Wir gingen noch 1990 davon aus, dass Pastor Meyer entsprechende Listen auch für die Toten des November 1944 erhalten, diese aber – aus allerdings ganz unverständlichen Gründen – nicht bewahrt habe. Auf den Gedanken, dass es eine ganz andere Erklärung geben könnte, sind wir, wohl auch aus Respekt vor der Person Pastor Meyers, nicht verfallen. Eine solche Erklärung legen die Erinnerungen von Hans Christian Davidsen an seine standesamtliche Tätigkeit 1944 nahe: „Als der November sich sei-

nem Ende näherte, traten einige Unregelmäßigkeiten ein. Wir bekamen z.B. einige ältere Meldungen und dazu einige, die wir schon eingetragen hatten, also zum zweiten Mal. Soviel ich erinnere, wurden auch zwei Todesmeldungen widerrufen. Von da ab wurden die Todesanzeigen an Herrn Pastor Meyer abgegeben. Diese Eintragungen sind in den Standesamtsregistern erst im Jahre 1949 vorgenommen worden.“⁵⁰

Davidsons Darstellung wird durch die Quellen bestätigt. Tatsächlich musste im standesamtlichen Sterberegister Ende November eine Urkunde gestrichen werden, zwei andere Sterbeurkunden wurden erst im Januar 1945 durch das KZ-Hauptlager Neuengamme bestätigt. Offenbar ging angesichts der wachsenden Zahl der Toten im Außenlager Ladelund die Übersicht verloren, so dass man auf die aufwendigen Eintragungen in das Sterberegister, vielleicht auch auf Vorhaltung des um Korrektheit bemühten Standesbeamten Davidsen, Ende November ganz verzichtete.

Aus Davidsons Erinnerungen ergibt also sich eine weitere für Anhänger der Meyer-Legende ernüchternde Erkenntnis: Höchstwahrscheinlich lagen dem Pastor erst ab 1. Dezember 1944 überhaupt Todesmeldungen aus dem Lager vor, nachdem ihm quasi standesamtliche Aufgaben zugefallen waren – nicht aus eigenem Bemühen um die Namen der Toten, sondern aufgrund einer Vereinbarung zwischen Standesamt und Lagerverwaltung.

Warum Pastor Meyer, ganz im Gegensatz zu seiner eigenen Darstellung von der Namensbeschaffung, für den November 1944 offenbar gar keine Totenlisten aus dem KZ erhielt, muss offen bleiben. Möglicherweise hat er sich ebenso wie die Lagerverwaltung auf die Sammlung der Daten im dörflichen Standesamt verlassen. Nicht ganz auszuschließen ist es auch, dass Meyer ursprünglich gar nicht die Absicht hatte, die KZ-Toten in das Beerdigungsregister aufzunehmen, weil er die Massengräber am äußersten Nordrand des Friedhofes sozusagen als einen eigenen Komplex betrachtete. Völlig verfehlt wäre es jedenfalls, Meyers Versäumnis mit seiner bekannten Nachlässigkeit in Verwaltungsangelegenheiten abzutun, denn damit würde man ihm zu Unrecht unterstellen, dass er den Umgang mit der Identität der KZ-Opfer als eine Verwaltungsfrage betrachtete. Die im November/Dezember 1944 verstorbenen Gemeindemitglieder hat er im übrigen korrekt im Beerdigungsregister vermerkt.

Fest steht, dass er die Namen der KZ-Toten nicht ab Anfang November 1944 kontinuierlich in das Beerdigungsregister ⁵¹ aufnahm, sondern die Angaben – frühestens – im April 1945 nachtrug, wobei er diesen Nachtrag auf den 31.12.1944 zurückdatierte. Dabei strich er in dem fest gebundenen Register die Daten der vom November bis in den April hinein

Nr.:	Verstorbenr:	Arzt Stda Hgz
✓ 297	Van den Hazel, Heurt, geb. 14.11.1911 in Patten, gest. 19.12.44., 7.00 Uhr Dysenterie	
298	Rocipon, Jean-Pierre, geb. 20.0.14., gest. 18.12.44. - 7.10 Uhr Dysenterie	
✓ 299	van Dijk, Johan, geb. 27.8.1927 in Bilthoven, gest. 18.12.44 - 19.00 Uhr Dysenterie	
300	Ioannu, Theodor, geb. 3.3.1917 in Athen, gest. 15.12.44. - 23.00 Uhr Dysenterie.	

Abb. 7 Die letzte der vier Totenlisten des KZ-Ladelund an Pastor Meyer im Dezember 1944

verstorbenen Gemeindemitglieder und fügte sie nach Eintrag der KZ-Toten wieder in das Buch ein. Beim Eintrag der KZ-Toten übernahm er für den November die Angaben aus den Sterbeurkunden des Standesamtes⁵² und griff für den Dezember auf die ihm übergebenen Listen aus dem Lager zurück. Diese Daten fanden, wie von Hans Christian David- sen angegeben, 1949 auch Eingang in die standesamtlichen Unterlagen, wobei Pastor Meyer als Anzeigender auftrat und die Angaben durch seine Unterschrift bestätigte.

Anders als Pastor Meyer ging sein Husumer Amtskollege 1944 bei der Registrierung der auf dem Ostfriedhof begrabenen Toten aus dem KZ Husum-Schwesing vor. Er trug die Verstorbenen – Gemeindemitglieder wie KZ-Opfer – in chronologischer Folge in das Beerdigungsregister ein, wobei er, wie oben bereits festgestellt, bei den KZ-Toten auf Meldungen aus dem Lager zurückgriff. Was die Erfassung der Namen betrifft, hat also nicht Pastor Meyer das „Selbstverständliche“ getan, wie Harald Richter in gutem Glauben gemeint hat⁵³, sondern sein Husumer Amtskollege. Anders als die allermeisten seiner Amtskollegen hat sich Pastor Meyer jedoch unter den veränderten Umständen der Nachkriegszeit den KZ-Opfern und ihren Familien fürsorglich zugewandt.

Bei seiner Eintragung in das Beerdigungsregister hat Meyer bei den einzelnen KZ-Toten das Massengrab angegeben, in dem sie beerdigt wurden, und in zahlreichen Fällen auch ihre Platzierung innerhalb des Grabes vermerkt („N“, „S“). Die Angaben tauchen bis heute auch in dem oben erwähnten Totenregister auf, das die niederländische Kriegsgräberstiftung bei den Gräbern platziert hat.⁵⁴ Diese Angaben sind für die Hinterbliebenen, besonders in den ersten Jahren nach der Befreiung, wie die Namen auf den Gedenksteinen zweifellos eine tröstliche Hilfe gewesen. Sie mögen auch die Phantasie derjenigen beflügelt haben, die meinen, Pastor Meyer habe sich bei der Beerdigung heimlich die Namen und die Platzierung der Toten notiert. Bei nüchtern-wissenschaftlicher Betrachtung ist aber festzustellen, dass es sich lediglich um Rekonstruktionsversuche handelt. Dabei hat Meyer die variierende Zahl der Toten in den einzelnen Massengräbern mit den Angaben des Lagers in Beziehung gesetzt, die nur höchst ungenaue Rückschlüsse auf die zur jeweiligen Beerdigung angelieferten Toten zuließen. Darüber war sich auch Pastor Meyer im klaren, wie einem Schreiben zu entnehmen ist, das er im Oktober 1945 an den Kreisarzt in Niebüll richtete: „Die Leichen sind ohne Sarg, zum Teil ohne Papiersack, nackt beigesetzt, und es liegen bis zu 30 in einem Massengrab. Die Namen der Toten sind uns zwar gemeldet, aber wir haben keine Gewähr dafür, dass die Toten in der Reihenfolge der uns übergebenen Listen wirklich beerdigt sind. Es wurden uns zur Beerdigung immer 18-20 Tote zugleich übergeben, die durcheinander auf einem Ackerwagen lagen. Und so können wir unmöglich wissen, wo genau der einzelne Tote ruht.“⁵⁵

Dieses Schreiben war zwar von der Absicht Pastor Meyers getragen, Exhumierungsanträge von Angehörigen abzuwehren, es entspricht aber der Realität, die auch aus der oben zitierten Chronikschilderung Pastor Meyers von den Umständen der Beerdigung hervorgeht. Hinzu kommt, dass der Pastor aus zeitlichen Gründen bei den zahlreichen Beerdigungen von KZ-Toten nicht immer anwesend war.⁵⁶ Das heißt, er konnte nicht einmal die Zahl der angelieferten Toten regelmäßig feststellen und außerdem nicht immer für eine christliche Form der Beerdigung sorgen.

Nicht allein die von Meyer rekonstruierten Hinweise zur Platzierung der einzelnen Toten in den Massengräbern sind unzuverlässig, auch die von Meyer im Beerdigungsregister aneinandergefügteten Angaben aus dem Standesamt und den ihm übergebenen Totenlisten sind zum Teil fehler- und lückenhaft. Es entspricht der Logik des menschenverachtenden NS-Systems, dass man den Tod der Gefangenen zwar formal als korrekt abzuwickelnde Verwaltungsangelegenheit begriff, die Gefangenen als

Personen aber äußerst geringachtete. Man gab den Toten, die im KZ nur als Nummer gegolten hatten, zwar ihren Namen zurück, weil dies für die behördliche Registrierung erforderlich war, auf die korrekte Schreibweise des Namens und die korrekte Erfassung weiterer persönlicher Angaben zu den (meist ausländischen) Häftlingen kam es der SS schon bei der Registrierung im KZ-Hauptlager Neuengamme nicht an. Es ist zudem davon auszugehen, dass es sich bei den vom Lager Ladelund gemeldeten Todestagen und Todeszeiten angesichts der chaotischen Verhältnisse in dem völlig überfüllten Lager größtenteils um konstruierte Angaben handelt. Auch die Angaben der Lagerverwaltung über die Todesursache dürften aus den genannten Gründen nur wenig zuverlässig sein. Hinzu kommt, dass man zwar keinerlei Anstrengungen unternahm, die extrem hohe Sterblichkeit im Lager Ladelund geheim zu halten und meist auch den körperlichen Zustand der Leichen nicht verbarg, gleichwohl den blanken Mord nicht in den Akten festhalten mochte. Nur bei dem Italiener Giulio Partisani (gest. 15.11.1944) ist unter „Todesursache“ vermerkt: „Erschossen“ (Abb. 8), wobei die Umstände dieser Mordtat bis heute nicht bekannt sind.

Auch wenn die 1944 in Ladelund festgehaltenen Informationen über die 300 KZ-Toten eine unverzichtbare Basis für die späteren Forschungen darstellen, ist es aus den genannten Gründen bis heute nicht gelungen, die Identität aller Opfer zweifelsfrei zu ermitteln. Ein aktuelles Beispiel ist der Belgier Victor J. Brunclair (gest. 21.11.1944), der in den Akten als „Buchhalter“ geführt wird. Dass es sich in Wirklichkeit um einen flämischen Schriftsteller (schrijver) handelt, ist uns erst durch den Literaturhistoriker Dieter Vandenbroucke und sein 2013 erschienenes umfangreiches Werk über Victor J. Brunclair klargeworden.⁵⁷ Das Beispiel mag zeigen, dass die Erforschung der individuellen Geschichte der Opfer trotz der seit den 1980er Jahren erzielten Erkenntnisfortschritte eine nachhaltige Herausforderung darstellt. Da mit Raimo Alsen 2014 ein ausgebildeter Historiker und Geschichtslehrer die Gedenkstättenleitung übernommen hat, darf davon ausgegangen werden, dass sich die Ladelunder Gedenk- und Begegnungsstätte künftig stärker als in den letzten Jahren dieser für ihr Selbstverständnis so wichtigen Aufgabe annehmen wird.

Wenn man sich vor Augen führt, dass Pastor Meyer die Eintragung der KZ-Toten in das Beerdigungsregister frühestens kurz vor oder bald nach dem Kriegsende vornahm, erscheint es höchst unwahrscheinlich, dass er sein Versäumnis bereits am „Sylvesterabend 1944“, also Monate früher, in seiner Tragweite erkannt und durch die Eintragung der Legende von seiner Namensbeschaffung in die Kirchenchronik zu kaschieren suchte.

Wesentlich wahrscheinlicher ist, dass er den Chroniktext erst aufgrund späterer Erfahrung zu Papier brachte und ihn (wie die Eintragung der KZ-Toten in das Beerdigungsregister) auf das Jahresende 1944 zurückdatierte. Für dieses Verfahren seiner Selbstdarstellung gibt es in der Kirchenchronik noch andere Beispiele, auf die in der vorliegenden Untersuchung jedoch nicht eingegangen werden kann.⁵⁸

Ein zentrales Motiv für seine Behauptung, die Sicherung der Namen der KZ-Toten in Ladelund sei ihm zu verdanken, ist höchstwahrscheinlich seine Erfahrung, dass er sich bereits kurz nach dem Ende des NS-Regimes den nachdrücklichen Fragen ausländischer Dienststellen und Angehöriger nach dem Verbleib der KZ-Opfer ausgesetzt sah. Dies gilt auch für den mit standesamtlichen Aufgaben betrauten Hans Christian Davidsen, der in seinen Erinnerungen ein besonders drastisches Erlebnis schildert: „Kurz nach der Kapitulation im Mai erhielten wir beim Standesamt Anforderungen von Sterbeurkunden ... So war ich denn eines Tages auf dem Moor, als meine Tochter Bescheid brachte, es warte am Haus ein Offizier auf mich. Schmutzig vom Moor kam ich um die Ecke und reichte ihm die Hand zum Gruß. Er blickte mich sehr ernst und schroff an und erwiderte nicht den Gruß, sondern sagte: ‚Sind Sie von Holland?‘ Ich sagte: ‚Nein, ich bin von hier.‘ Er drehte sich halb um und spuckte aus. In dem Augenblick kam es mir plötzlich in den Sinn: Wir Deutsche hatten seine Landsleute drangsaliert, bis sie umgekommen waren. Sollte er uns dafür noch höflich entgegenkommen? Das kann man nicht erwarten. Sein Anliegen war nun: ‚Sie sind Standesbeamter. Fertigen Sie bis morgen früh um 6 Uhr von jedem bei Ihnen umgekommenen Holländer drei Sterbeurkunden.‘ Die Frage, ob ich ihn verstanden hätte, bejahte ich. Dann ging er zu seinem Auto und ließ mich in großer Verlegenheit zurück ... Ich war froh, als [Bürgermeister] Feddersens Schwester, die anwesend war, helfen wollte. Um 4 Uhr morgens waren wir mit den Urkunden fertig, und um Punkt 6 Uhr wurden sie ohne Gruß und Dank abgeholt. Es waren in der nächsten Zeit für die anderen 12 Nationen viele Urkunden zu erstellen.“⁵⁹

Bei dem Niederländer handelt es sich um J. Nijenhuis aus Putten, der in kanadischer Offiziersuniform mit einigen Begleitern den Verbleib der ins KZ deportierten Niederländer aufzuklären suchte. In Ladelund konfrontierte er auch Pastor Meyer als den Herrn über den Friedhof mit seinen Forderungen.⁶⁰ Ob dieser zu dem Zeitpunkt bereits die Eintragung der KZ-Toten in das Beerdigungsregister vorgenommen hatte, ist unklar. Jedenfalls war bei der Erstellung der von Nijenhuis verlangten Sterbeurkunden ein Zusammenwirken von Davidsen und Meyer schon deshalb erforderlich, weil das Standesamt aus den oben genannten Gründen für den

Dezember 1944 nicht über Sterbeurkunden für die KZ-Toten verfügte. Angesichts des massiven ausländischen Interesses an den Namen der KZ-Toten verspürte Pastor Meyer offenbar einen Rechtfertigungsdruck, dem er nicht mit der Wahrheit, sondern mit der in der Kirchenchronik niedergelegten Legende von seiner eigenen Rolle bei der Namensbeschaffung begegnete. Auch nachdem er sich durch seine Versöhnungsarbeit vor allem im Ausland bereits ein hohes Ansehen erworben hatte, konnte er der Versuchung nicht widerstehen, die selbstgeschaffene Legende z.B. gegenüber der ausländischen Presse und sogar gegenüber seinem Amtsbruder Harald Richter zu bestärken und auszuweiten, wie oben gezeigt wurde.

Dabei hat man zuweilen den Eindruck, dass Meyer nicht immer gezielt täuschen wollte, sondern Probleme damit hatte, in seinen Erzählungen die zeitlichen Ebenen auseinander zu halten. So nannte er gegenüber der dänischen Journalistin Inger Björn Svensson 1961 das folgende Motiv für sein angebliches Bemühen um die Namen der KZ-Toten: „Für einen SS-Mann waren diese Toten nur Nummern und nichts anderes. Aber eines Tages würde ja Frieden kommen, und ich würde den Hinterbliebenen erzählen müssen, dass hier ihre Lieben liegen.“⁶¹ Das heißt, Pastor Meyer tat so, als habe er bereits Anfang November 1944 in seinem Gespräch mit dem Lagerkommandanten Griem, als die weitere Entwicklung noch keineswegs abzusehen war, seine 1946 erfolgte Benachrichtigung von Hinterbliebenen im Blick gehabt.

Das persönliche Auftreten des Pastors Johannes Meyer war offenbar so überzeugend, dass Zweifel am Wahrheitsgehalt seiner Schilderungen bei seinen Rezipienten nicht auftauchten. Dies gilt auch für Meyers Mitteilung an Harald Richter, er habe den Kommandanten des KZ Neuengamme, Max Pauly, von der gemeinsamen Schulzeit her gekannt.⁶² Beide stammten zwar aus Dithmarschen, Meyer aus Albersdorf und Pauly aus Weselburen, kannten sich in Wahrheit aber nicht. In der Schule hat Meyer den 11 Jahre jüngeren Pauly schon deshalb nicht getroffen, weil er die Oberrealschule in Heide mit der mittleren Reife verließ und an das Predigerseminar in Kropp wechselte. Es ist also nicht tragfähig, wenn Harald Richter im Vertrauen auf die Wahrheitsliebe seines Amtsbruders die „gemeinsame Schulzeit mit Pauly“ als einen der Faktoren gedeutet hat, die es Meyer ermöglichten, „einen relativen Freiraum“ im Sinne der Häftlinge zu nutzen – und den Lagerkommandanten Griem zur Herausgabe der Namen der KZ-Toten zu bewegen. Dieses angebliche Vorgehen wertete Harald Richter darüber hinaus als „Form des Widerstandes gegen die absolute Macht, die ihren Triumph gerade im Tod als der Überwindung des



Abb. 9 Pastor Johannes Meyer auf dem Ladelunder Friedhof, 1945. Im Hintergrund die Massengräber mit schlichten Holzkreuzen

letzten Aufleuchtens von Menschlichkeit sah.“ Auch diese oben bereits zitierte Einschätzung ist nicht haltbar, weil sie auf der unzutreffenden Annahme beruht, dass es Pastor Meyer war, der den Toten ihren Namen zurückgab.

Natürlich wollte Meyer durch die Behauptung, er habe seine Verbindung zu Max Pauly gegenüber Griem als Druckmittel benutzt, sein erfolgreiches Bemühen um die Herausgabe der Namen unterstreichen, wobei Meyer ein naives Verständnis von der Realität des KZ-Systems an den Tag legte oder bei seinen Rezipienten erwartete. Es ist nämlich völlig undenkbar, dass sich ein KZ-Kommandant, erst recht ein so skrupelloser Mann wie Hans Griem, durch den Hinweis eines Dorfpastors auf irgendwelche Dithmarscher Solidaritäten auch nur im geringsten hätte beeindrucken lassen.

Wenn die von Meyer selbst geschaffene Legende bis heute lebendig ist, so hat das zweifellos damit zu tun, dass ihr Inhalt so ungemein sympathisch wirkt. Weil man sich mit den Opfern des Nationalsozialismus solidarisch fühlt, ist man geneigt, sich mit Meyers angeblichem Kampf um die Namen der Ladelunder KZ-Toten zu identifizieren. Man traut einem Pastor keine Unwahrheit zu und hält auch deshalb die eigene kritische Reflexion oder gar die Konsultation vorliegender Forschungsergebnisse offenbar für nicht erforderlich.

Hinzu kommt der gewichtige Umstand, dass Meyers angeblicher Kampf um die Namen der KZ-Toten so gut zu seiner späteren Versöhnungsarbeit – und damit auch zum besonderen Charakter der Ladelunder Gedenk- und Begegnungsstätte – passt, dass Zweifel an seinem Handeln im Jahre 1944 auch deshalb nicht angesagt schienen. Im Gegenteil: Spätestens in den 1960er Jahren trat eine Verselbständigung der Legende ein, die Pastor Meyer über seine eigenen Erzählungen hinaus ein widerständiges Handeln gegen ein geltendes Verbot andichtete. Auch wenn hier wohl weniger ein gezielter Täuschungsversuch als ein naiver Umgang mit Geschichte vorliegt, wird das Publikum durch diese verselbständigte Form der Legende in noch stärkerem Maße fehlinformiert als durch Meyer selbst.

Fazit

Die vorliegende quellenkritische Untersuchung hat ergeben, dass die beiden nordfriesischen „Todeslager“ Ladelund und Husum-Schwesing hinsichtlich ihrer extrem hohen Sterblichkeitsrate in engster Verknüpfung zu sehen sind und dass es bei der Erfassung der Namen der KZ-

Toten durch die zuständigen Standesämter und Friedhofsverwaltungen starke Parallelen gibt.

Bei der Beantwortung der Frage, wie in Ladelund aus Nummern Namen wurden, hat die Untersuchung in Erweiterung des bisherigen Forschungsstandes klar erwiesen, dass der Gemeindepastor Johannes Meyer keinen Anteil daran hatte, dass den KZ-Toten 1944 ihre Identität zurückgegeben wurde. Bei seiner Darstellung in der Kirchenchronik, er habe dem Lagerkommandanten Griem die Namen quasi entrunen, handelt es sich um eine selbstgeschaffene, später noch vertiefte Legende, die die eigene Haltung in der Spätphase des Nationalsozialismus in einem positiven Licht erscheinen ließ. Andere Passagen der Kirchenchronik, etwa Meyers Schilderung der zur Beerdigung angelieferten KZ-Toten, vermitteln hingegen ein realistisches Bild der Zustände und Ereignisse im Jahre 1944.

Das erfolgreiche Bemühen Pastor Meyers in den Nachkriegsjahren um eine „Versöhnung über den Gräbern“ ist unbestritten. Sein leichtfertiger Umgang mit der Wahrheit dort, wo es um die eigene Person ging, wirft jedoch einen Schatten auf seine Verdienste, zumal die internationale Verständigung auf deutscher Seite bis zu seiner Pensionierung 1958 in auffälliger Weise auf seine Person fixiert blieb.

Die Meyer-Legende ist ein Beispiel dafür, dass die Entstehung historischer Legenden in aller Regel interessengebunden ist und dass sie dann besonders langlebig sind, wenn sie die historische Realität in ein sympathisches Licht tauchen. Wie andere, auch regionale, Legenden⁶³ hat sich die Legende um Pastor Meyer gegenüber historischen Forschungsergebnissen als ziemlich resistent erwiesen. Dazu ist zu vermerken, dass die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse mit Rücksicht auf die ausdrückliche Wertschätzung Pastor Meyers im niederländischen Putten und in Ladelund bislang, auch in der Dauerausstellung von 1990, zwar wissenschaftlich vertretbar, aber wohl nicht offensiv genug vorgetragen wurden.

70 Jahre nach den Ereignissen von 1944 – nachdem 2013 mit dem Niederländer Jannes Priem der letzte überlebende Ladelund-Häftling verstorben ist und nachdem in den Familien der KZ-Opfer ein Generationenwechsel stattgefunden hat – ist es jedoch an der Zeit, das vermittelte Bild von Pastor Meyer nachdrücklicher als bisher mit dem derzeitigen Forschungsstand in Einklang zu bringen oder durch eigene quellenbezogene Recherche und Reflexion neue Ergebnisse zu Tage zu fördern. Hier stellt die Neugestaltung der Ladelunder Ausstellung, die in den kommenden drei Jahren auf professioneller Basis erfolgen soll, eine besondere



Abb. 10 Blick vom Ausstellungsraum auf die Gedenkstätte mit den Massengräbern der KZ-Toten

wissenschaftliche wie didaktische Herausforderung dar. Die Konzeption der erneuerten Ausstellung sieht nämlich vor, Johannes Meyer stärker noch als in der vorhandenen Ausstellung in den Mittelpunkt zu rücken, wobei den Besuchern, nicht zuletzt Schülerinnen und Schülern, die Gelegenheit geboten werden soll, sich quellenbezogen mit der Person des Ladelunder Gemeindepastors auseinanderzusetzen. Die vorliegende Studie mag einen Eindruck davon vermitteln, wie komplex und zugleich reizvoll ein solches Vorhaben ist.⁶⁴

Anmerkungen

- 1 Konzentrationslager Ladelund 1944. Katalog zur wissenschaftlichen Dauerausstellung in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, red. v. Jörn-Peter Leppien, hrsg. v. d. ev.-luth. Kirchengemeinde St. Petri Ladelund, 2. verb. Aufl. 1995, 3. unveränd. Aufl. 2013 (auch in niederländischer, dänischer und englischer Sprache). Die Ausstellung bezieht auch die Vor- und Nachgeschichte des KZ Ladelund ein.
- 2 Jörn-Peter Leppien, Sklavenarbeit für den „Endkampf“. Die „Grenzstellung“ 1944/45 und das KZ Ladelund, in: Grenzfriedenshefte (GFH) 3/2010, S. 203-236.

- 3 Klaus Bästlein u.a. Hg., Das KZ Husum-Schwesing. Außenkommando des Konzentrationslagers Neuengamme. Materialien zu einem dunklen Kapitel nordfriesischer Geschichte, 2. verb. Aufl., Bredstedt 1983, Neuerdings: Jens-Christian Hansen, Dänische Häftlinge im KZ-Außenlager Husum-Schwesing, in: GFH online 2014, S. 25-44.
- 4 Von „mindestens 297“ Toten spricht der dänische Historiker Jens-Christian Hansen (wie Anm. 3, hier S. 36), dessen Dissertation über die Geschichte des KZ Husum-Schwesing kurz vor dem Abschluss steht. Marc Buggeln geht in seiner Dissertation über die Außenlager des KZ Neuengamme von 291 Toten aus: Arbeit und Gewalt. Das Außenlagersystem des KZ Neuengamme, Göttingen 2009, S. 251.
- 5 Pressemitteilung des „Freundeskreises für die KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing e.V.“ . Ankündigung eines Vortrages von Dr. Detlef Garbe in Husum am 29. August 2014 zum Thema „Husum-Schwesing im System der Außenkommandos des KZ Neuengamme.“
- 6 Buggeln (wie Anm. 4), S. 246.
- 7 Hansen (wie Anm. 3), S. 30.
- 8 Zeitzeugenbericht über das KZ Ladelund von Bob Smit, Ms., deutsche Übersetzung v. 30.01.1947, S. 21: KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Akten der Staatsanwaltschaft Hamburg.
- 9 Wouter Rozendaal, Vit diepten van ellenden. Aus tiefer Not, Putten 2013, S. 14.
- 10 Smit (wie Anm. 8), S. 21.
- 11 Bericht einer Augenzeugin von der Ankunft der Häftlinge in Ladelund, wiedergegeben im Katalog zur Ladelunder Dauerausstellung (wie Anm. 1), S. 23.
- 12 Siehe das Zitat zu Beginn des folgenden Kapitels.
- 13 So z.B. im Katalog zur Ladelunder Dauerausstellung (wie Anm. 1), S. 22, 26 oder bei Detlef Garbe, Die nordfriesischen Außenkommandos des KZ Neuengamme. Geschichte und Gedenken, in: GFH 3/2008, S. 257-268, hier S. 260.
- 14 Hansen (wie Anm. 3), S. 36 f.
- 15 Paul Thygesen, Arzt im Konzentrationslager, in: Bästlein (wie Anm. 3), S. 7-29, hier S. 22; Smit (wie Anm. 8), S. 1.
- 16 Ausstellungskatalog (wie Anm. 3), S. 22.
- 17 Kay-Ulrich Bronk, Predigt zur Einführung von Raimo Alsen, Ladelund, 29.06.2014, Ms., S. 2 f.
- 18 Abdruck in: Jörn-Peter Leppien, „Das waren keine Menschen mehr.“ Aus der Chronik der Kirchengemeinde – Pastor Johannes Meyer über das Konzentrationslager Ladelund 1944. Eine quellenkritische Studie, hrsg. v. Grenzfriedensbund, Flensburg 1983, S. 14-23. Sonderpublikation eines zuvor in den Grenzfriedensheften erschienenen Beitrages.

- 19 Ebenda, S. 16.
- 20 Ebenda, S. 17.
- 21 Inger Bjørn Svensson, Lille landsby i Sydslesvig var Neuengamme-anneks: Men sognepraesten skrev til Hitler og nedlagde protest, in: Vejle Amts-Folkeblad, 23.10.1961. Unter dem Titel "Det var satanisk ..." auch in Jydske Tiden- de, 29.10.1961. Auf den angeblichen Protestbrief Meyers an Hitler kann im vorliegenden Beitrag nicht näher eingegangen werden. Siehe dazu vorerst: Leppien (wie Anm. 18), S. 29-32.
- 22 Harald Richter, Neubewertung der Quelle "Sylvesterabend 1944" als Antwort auf die quellenkritische Studie Jörn-Peter Leppiens, Ms., Ladelund, 20.02.2000, S. 20. – Es handelt sich um eine, im Prinzip begrüßenswerte, Stellungnahme zu meiner Publikation des Jahres 1983 (wie Anm. 18). Die leider unveröffentlichte Stellungnahme ist in der Ladelunder Gedenk- und Begegnungsstätte für alle Interessierten zugänglich.
- 23 Harald Richter, „Wir haben das Selbstverständliche getan.“ Ein Außenlager des KZ-Neuengamme bei uns in Ladelund, Gräber auf unserem Friedhof und Erfahrungen, für die wir dankbar sind, in: Detlef Garbe (Hg.), Die vergessenen KZs? Gedenkstätten für die Opfer des NS-Terrors in der Bundesrepublik, Bornheim-Merten 1983, S. 121-143, hier S. 124. – Durch Harald Richters Beitrag in dem vom heutigen Direktor der KZ-Gedenkstätte Neuengamme Detlef Garbe herausgegebenen Sammelband wurde die Ladelunder Gedenkstättenarbeit erstmals auf Bundesebene vorgestellt.
- 24 Register der Toten des Konzentrationslager - Außenkommandos Ladelund, hrsg. v. d. Nederlandse Oorlogsgravenstichting, 1967, Ms., Gedenkstätte Ladelund.
- 25 Gedenkstätte Ladelund. Massengrab, in: Nordelbische Kirchenzeitung, 26.1.2003. Sonderbeilage zur Unterstützung der 2002 gegründeten Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten, S. III.
- 26 Richter (wie Anm. 22), S. 20.
- 27 450.000 Euro für die Gedenkstätte? in: Moin, moin, 3.7.2013, S. 12. – Im Juli 2013 wurde auch einem dänischen Journalisten bei einer Gedenkstättenführung die Legende von Pastor Meyer vermittelt. In einer zweiseitigen Reportage in Flensburg Avis über „Die sechs Wochen in Ladelund“ heißt es über die Beerdigung der KZ-Toten: „Und er sprach ein kleines Gebet für jeden einzelnen der Toten, er schrieb deren Namen nieder, und sie wurden jeder für sich auf eine christliche und ordentliche Weise beerdigt. Daher ist Ladelund wahrscheinlich das einzige Lager, wo wir alle Namen der Toten haben, fügte der Historiker hinzu.“ Siehe Jens Nygaard, De seks uger i Ladelund, in: Flensburg Avis, 16.7.2103, S. 6 f., hier S. 6.
- 28 Stephan Linck, Neue Anfänge? Der Umgang der Evangelischen Kirche mit der NS-Vergangenheit und das Verhältnis zum Judentum. Die Landeskir-

- chen in Nordelbien, Bd. 1: 1945 – 1965, Kiel: Lutherische Verlagsgesellschaft 2013, S. 170. – Vorstellung des Buches durch Benjamin Lassiwe, in: GFH online 2014, S. 69 f.
- 29 Madelon de Keizer, Razzia in Putten – Verbrechen der Wehrmacht in einem niederländischen Dorf, Köln 2001, S. 327.
 - 30 Dieter Vandenbrouke, Dansen op een vulkaan. Victor J. Brunclair. Schrijver in een bewogen tijd, Antwerpen 2013, S. 509.
 - 31 Dazu Jörn-Peter Leppien, Erinnern für Gegenwart und Zukunft. Die historische Dokumentation in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, in: GFH 4/2006, S. 277–294.
 - 32 Siehe Anm. 1.
 - 33 Genauere Angaben im Ausstellungskatalog (wie Anm. 1), S. 48.
 - 34 Oliver Schultz, Wenn Zahlen zu Gesichtern werden. Spurensuche nach Angehörigen von Ladelunder KZ-Opfern in Polen. Zweisprachige (deutsch-polnische) Broschüre, hrsg. v. Grenzfriedensbund, 1. Aufl. 1994, 2. verb. Aufl., Flensburg 1999.
 - 35 Prof. Dr. Jerzy Skowronek an das Landesarchiv Schleswig-Holstein, 9.1.1995 als Reaktion auf die Übersendung der Broschüre von Oliver Schultz.
 - 36 1947 wurde der Chroniktext, weitgehend ungekürzt, durch den Kopenhagener Pastor und ehemaligen KZ-Häftling Kai Lænkholm in dänischer Übersetzung publiziert: Beretning om en Sydslesvigsk koncentrationslejr. Uddrag af Ladelund sogns krønike ved Pastor Johs. Meyer, Ladelund, Søørø 1947 (Dannevirkekredsens Flyveskrifter, 5).
 - 37 Siehe Anm. 18.
 - 38 Leppien (wie Anm. 18), S. 43.
 - 39 Kopie aus dem Beerdigungsregister des Husumer Ostfriedhofs im Archiv der KZ-Arbeitsgruppe Husum-Schwesing.
 - 40 Aus weiter unten genanntem Grund gilt dies nur für den November 1944.
 - 41 Ausstellungskatalog (wie Anm. 1), S. 29.
 - 42 Hans Christian Davidsen, Erinnerungen an das Konzentrationslager 1944 in Ladelund, in: Das Konzentrationslager Ladelund 1944, Berichte, Dokumente, Zeitungsartikel, gesammelt und fotokopiert von H. C. Davidsen, masch. verv., Bramstedtlund, Dezember 1990.
 - 43 Ebd., S. 2 f.
 - 44 Sterberegister des Standesamtes Ladelund, heute im Standesamt Karrharde, Leck.
 - 45 Abschriften aus dem Sterberegister des Standesamtes Schwesing, heute im Standesamt Viöl, im Archiv der KZ-Arbeitsgruppe Husum-Schwesing.
 - 46 KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hg.), Die Ausstellung, Bremen 2005, S. 94.
 - 47 Meyer an British War Crimes Mission, 20.08.1946. Durchschrift im Archiv der Kirchengemeinde Ladelund/Gedenkstätte.

- 48 Leppien (wie Anm. 18), S. 20 f.
- 49 Entsprechende Unterlagen stellte uns 1990 Klaas Friso (Putten) aus seinem Privatarchiv in Kopie zur Verfügung, verbunden allerdings mit der Fehlinformation, dass das Modell in dem Museum nicht mehr auffindbar sei. Diese Fehlinformation hat Eingang in die Ladelunder Dauerausstellung gefunden. Siehe Katalog (wie Anm. 1) , S. 29.
- 50 Davidsen (wie Anm. 42), S. 3.
- 51 Beerdigungsregister im Archiv der Kirchengemeinde Ladelund.
- 52 Die Darstellung dieses Sachverhalts in der Dauerausstellung beruht noch auf der Annahme, dass Meyer auch für den November 1944 Totenlisten aus dem Lager vorlagen. Siehe Katalog (wie Anm. 1), S. 32.
- 53 Siehe Richter (wie Anm. 23), S. 124.
- 54 Siehe Anm. 24.
- 55 Johannes Meyer an den Kreisarzt Dr. Nissen in Niebüll. Durchschrift im Archiv der Kirchengemeinde Ladelund/Gedenkstätte.
- 56 Kirchenchronik (wie Anm. 18), S. 21. Ein Grund für Meyers zeitliche Belastung ist vermutlich darin zu suchen, dass er in mehreren Nachbargemeinden die im Kriegsdienst befindlichen Amtskollegen vertreten musste.
- 57 Siehe Anm. 30.
- 58 Siehe dazu vorerst Leppien (wie Anm. 18).
- 59 Davidsen (wie Anm. 42), S. 7 f.
- 60 Wir haben das Selbstverständliche getan: Kirchliche Gedenkstättenarbeit in Ladelund. Vortrag von Pastor i. R. Harald Richter am 27. Januar 2012 in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund. Ms., S. 3 f.
- 61 Inger Björn Svensson (wie Anm. 21).
- 62 Siehe hierzu und zum Folgenden den Bericht im obigen Kapitel über die Entstehung und Fortentwicklung der Meyer-Legende.
- 63 Ein Beispiel aus der deutsch-dänischen Grenzregion ist die Oeversee-Legende: Alljährlich am 6. Februar folgen hunderte deutsche wie auch dänische Teilnehmer mit einem Marsch von Flensburg nach Oeversee der sympathischen Legende, dass sich nach dem blutigen Gefecht zwischen Österreichern und Dänen bei Oeversee am 6. Februar 1864 zahlreiche Flensburger Bürgerinnen und Bürger auf den Weg gemacht hätten, um den Verwundeten zu helfen und die Toten zu bergen. Dass es sich dabei um eine durch das „Stammkomitee 1864“ gezielt ins Leben gerufene Legende handelt, hat der dänische Historiker Lars N. Henningsen in den Grenzfriedensheften nachgewiesen: Geschichte und Politik: Der Oeversee-Marsch, in: GFH 4/2006, S. 295-304. Siehe auch den Beitrag von Matthias Scharl in der vorliegenden Ausgabe der Grenzfriedenshefte.
- 64 Der Redaktionsgeschäftsführerin der Grenzfriedenshefte, Frau Karin Dittmar-Tews, danke ich für ihre wertvolle Unterstützung bei der Textbearbeitung. J.-P. L.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: Archiv J.-P. Leppien/Dauerausstellung „Konzentrationslager Ladelund 1944“; Abb. 2: De Spiegel. Christelijk National Weekblad, 21.10.1950/ Ute Erdsiek-Rave, 50 Jahr KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, in: GFH 4/2000; Abb. 3 und 10: Jörn-Peter Leppien, *Erinnern für die Gegenwart und Zukunft ...*, in: GFH 4/2006. Fotos: Ulrich Jeß, 2006; Abb. 4: Foto: Harald Schmidt, 2012; Abb. 5: Standesamt Ladelund, heute im Standesamt Karrharde, Leck; Abb. 6-9: Archiv der Kirchengemeinde Ladelund/Gedenkstätte/Dauerausstellung.

„Lesezeichen der Geschichte“

Vier neue Gedenksteine in Flensburg für Opfer des Nationalsozialismus

von *BERND PHILIPSEN*

Der Journalist und Historiker Bernd Philipsen berichtet über vier Denkzeichen, die 2013/14 in Flensburg der Öffentlichkeit übergeben wurden. Bei unterschiedlichen Entstehungsgeschichten und Themenschwerpunkten haben sie eines gemeinsam: Sie erinnern an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und sind zugleich ein Appell zur Wahrung der Menschenrechte in Gegenwart und Zukunft. Unser Autor Bernd Philipsen hat sich als Historiker insbesondere durch seine Forschungen zur Geschichte des Judentums in der Region einen Namen gemacht; er gehört seit den 80er Jahren zum engeren Mitarbeiterkreis der Grenzfriedenshefte.

Die Redaktion

Vorbemerkung

Neue Orte des Erinnerns, Gedenkens und Mahnens: Innerhalb weniger Monate entstanden in Flensburg vier Denkmäler unterschiedlicher Art, die eins miteinander verbindet: Mit ihnen wird Vergangenheit gegenwärtig, und zwar jene Vergangenheit, die durch die von den Deutschen während der Terrorherrschaft der Nationalsozialisten herbeigeführte und damit verschuldete Menschheitskatastrophe noch fortwirkt über Generationen hinweg. Gedenksteine sind - wie es der französische Historiker Pierre Gaxotte (1895-1982) formulierte - „Lesezeichen der Geschichte“, für uns Nachgeborene aber zugleich Wegmarken für die Zukunft.

Überlebenskampf – in Stein gehauen

Allen Opfern und Verfolgten des Nazi-Regimes gewidmet ist ein Denkmal, das in Sichtweite zum Gebäude der heutigen Polizeidirektion aufgerichtet und am 1. September 2013 eingeweiht wurde. Der Standort der 2,35 Meter hohen und 9,5 Tonnen schweren, vierfigurigen Komposition aus rötlichem Muschel-Kalkstein und der Termin seiner Übergabe an die Öffentlichkeit waren von den Spitzen der Stadt Flensburg und ihrer Kunstkommission bewusst gewählt worden.

In dem fünfgeschossigen repräsentativen Gebäude Norderhofenden 1 waren nicht nur Verwaltungspolizei, Kriminalpolizei und Schutzpolizei untergebracht, auch die Mitarbeiter des Grenzpolizeikommissariats der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) agierten von hier aus. An der Spitze des Polizeipräsidiums stand mit Polizeidirektor Hinrich Möller ein strammer und gewaltbereiter SS-Mann (Schutzstaffel der NSDAP), der unmittelbar nach seinem Amtsantritt 1937 damit begonnen hatte, Polizei und SS organisatorisch zusammenzuführen. So konnte die 50. SS-Standarte zwei Räume im Dienstgebäude an den Norderhofenden mietfrei übernehmen. Damit war das Polizeipräsidium Teil des in Einklang von Staat und Partei installierten Überwachungs- und Unterdrückungsapparats. Vom Hof der benachbarten damaligen Reichspost, der heutigen Alten Post, schickte der „Reichssender Flensburg“, Sprachrohr der letzten NS-Reichsregierung, die sich nach Flensburg abgesetzt hatte, am 8. Mai 1945 die Botschaft von dem unmittelbaren Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa in den Äther - eines Krieges, den Hitler-Deutschland am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen entfesselt hatte. Seit 1966 wird auf Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes des 1. Septembers als Antikriegstag gedacht.

Anke Spoorendonk, Schleswig-Holsteins Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, unterstrich in ihrer Ansprache die Bedeutung, die das Denkmal zur Erinnerung an die Opfer der NS-Gewaltherrschaft gerade für Flensburg habe, und sagte: „In den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges amtierte in Flensburg das geschäftsführende Kabinett unter Admiral Dönitz, und es war der Flensburger Reichssender des Großdeutschen Rundfunks, über die sich die NS-Regierung zuletzt öffentlich äußerte.“ Spoorendonk verwies darauf, dass ihr Ministerium an einem neuen Gedenkstätten-Konzept für Schleswig-Holstein arbeite. Es sei ein Ziel, das „Nie wieder“ auch jüngeren Generationen zu vermitteln.

Von dieser Steinskulptur soll neben dem Erinnern und Gedenken an die NS-Opfer auch die Botschaft ausgehen, dass sich Menschheitsverbrechen wie während der nationalsozialistischen Herrschaft geschehen niemals wiederholen dürften, sagte Flensburgs Stadtpräsidentin Swetlana Krätzschmar in ihren Begrüßungsworten und appellierte an die Gesellschaft, sich nachdrücklich für gegenseitiges Verständnis, für Respekt und Toleranz einzusetzen.

Von der SPD angestoßen, war die Idee von einem zentralen Denk- und Mahnmal für die Verfolgten des NS-Regimes in Flensburg von allen Rathausfraktionen mitgetragen worden. Daraufhin hatte die Kunstkommission im Sommer 2010 den Bildhauer Clemens M. Strugalla in Weisel (Rhein-Lahn-Kreis in Rheinland-Pfalz) mit dem Projekt beauftragt. Bei der gestalterischen Umsetzung hatte er sich - so die Vorgabe aus Flensburg - an dem 1955 von dem Bildhauer Joseph Hebroni (1888 Jerusalem - 1963 Flensburg) geschaffenen kleinformatigen Ton-



Abb. 1 Vor dem Hebroni-Strugalla-Denkmal: (v.l.) Ministerin Anke Spoorendonk, Bildhauer Clemens M. Strugalla und Flensburgs Stadtpräsidentin Svetlana Krätzschmar, 1.9.2013

Modell einer Prometheus-Skulptur zu orientieren. Der sogenannte Bozzetto, der Strugalla als Inspiration diente, befindet sich zusammen mit dem größten Teil des künstlerischen und schriftlichen Nachlasses von Hebroni, der mit der Flensburger Malerin Magdila Christiansen verheiratet war, im Magazin des Museumsbergs Flensburg.

Wie Strugalla während der Einweihung des Denkmals erläuterte, habe er dem leicht überlebensgroßen Prometheus drei weitere Figuren hinzugefügt, die den inhaltlichen Bezug sowohl zur Biografie des während der Besetzung Frankreichs durch Truppen der deutschen Wehrmacht in Paris als Jude verfolgten Hebroni als auch zum antiken Mythos verdeutlichen sollen. In dem von Strugalla geformten Monument versucht Prometheus, den Stein zu umfassen

- aber seine linke Hand greift ins Leere. Die drei Figuren auf der entgegengesetzten Seite des Hebroni-Strugalla-Denkmal stellen bedrängte und sich gegen die Gewaltherrschaft auflehrende Menschen dar: Überlebenskampf, in Stein gehauen.

Die Figurenkomposition hat der Bildhauer in seiner Werkstatt in der ehemaligen Schiefergrube Kreuzberg bei Weisel in monatelanger Arbeit aus einem aus dem Kaukasus stammenden Muschel-Kalkstein-Block im Wesentlichen mit der Hand, also bei weitgehendem Verzicht auf Maschinen und Pressluft, herausgeformt. Als Kontrast zum natürlichen, vielgestaltigen Skulpturenstein wählte Strugalla als Sockel, auf dem die Großplastik ruht, einen Kubus aus Ziegelsteinen. Umfasst wird er von einem eingelassenen Bronzeschriftband mit dem Text „Im Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“.

Den Opfern der Shoa gewidmet

An den millionenfachen, von den Nationalsozialisten fabrikmäßig organisierten Mord an den europäischen Juden erinnert ein schlanker, blank geschliffener Gedenkstein aus Granit, der seit Anfang November 2013 im Eingangsbereich des Jüdischen Friedhofs steht. Dieses Grabfeld wurde als erster jüdischer Friedhof in Flensburg überhaupt im Jahre 2008 angelegt, er ist Teil des weiträumigen kommunalen Friedhofs auf dem Friedenshügel und liegt in der Nähe des Seiteneingangs Langberger Weg. Die Errichtung dieser den Opfern der Shoa gewidmeten Stehle war ein Herzenswunsch der vor 15 Jahren vor allem aufgrund der Zuwanderung aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion neu entstandenen jüdischen Gemeinde in Flensburg. In ihrem Selbstverständnis und Wirken in der Fördestadt versucht sie anzuknüpfen an die einstige jüdische Gemeinschaft in Flensburg, die durch die vom Rassenwahn umgetriebenen Nazis ausgelöscht wurde.

Die Entstehungsgeschichte dieses Mahnmals ist deswegen so ungewöhnlich, weil weite Teile der Bürgergesellschaft in Flensburg der jüdischen Gemeinde bei der Verwirklichung ihres Vorhabens helfend beigesprungen sind nach dem Motto: Dieses Erinnern und Gedenken geht uns alle an! Die jüdische Gemeinde suchte und fand Partner bei der Flensburger Universität, indem eine Gruppe von engagierten Studentinnen aus dem Studiengang Kunst und visuelle Medien im Rahmen eines Projekts Ideen entwickelte und Entwürfe erarbeitete für ein derartiges Denkmal. Realisiert wurde schließlich der von Jennifer Wasmund vorgelegte Entwurf: ein 1,80 Meter hoher Granitstein, dessen Kopfende auf eine schiefe Ebene geraten ist und ganz abzurutschen droht. Seine Form symbolisiert den von der Nazis-Diktatur ausgelösten Zivilisationsbruch. Der Stein trägt auf der nach außen gerichteten Seite die Inschrift „Den Opfern der Shoa“;



Abb. 2
Enthüllung eines
Gedenksteins
für die Opfer
der Shoa auf dem
jüdischen
Friedhof in
Flensburg,
8.11.2013

auf der dem Gräberfeld zugewandten Seite wird diese Inschrift in hebräischen Buchstaben wiederholt. Auf allen vier Seiten prangt der Davidstern.

An der Finanzierung des Gedenksteins samt Fundament und Aufstellung haben sich zahlreiche Flensburger Institutionen und Privatpersonen beteiligt. Entstanden ist die Stehle in der Werkstatt des Flensburger Steinmetzmeisters Sven Höch. Die Enthüllung des Mahnmals fand am 8. November 2013 statt und war eingebettet in eine örtliche Veranstaltungsreihe zum Gedenken an die antijüdischen Pogrome während der sogenannten „Reichskristallnacht“ in Flensburg vor 75 Jahren.

„Wir danken den vielen Förderern und Unterstützern, die uns dabei halfen, in einer recht kurzen Zeit die Idee von einem ehrenden Gedenken an die Opfer

des Holocaust zu verwirklichen“, betonte Gershom Jessen, Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde. Mit dem Gedenkstein werde den 42 namentlich bekannten Flensburger Holocaustopfern die letzte Ehre erwiesen, „da wir ihnen wenigstens symbolisch auf der geweihten jüdischen Erde ihren rechtmäßigen Platz geben - den Platz, dessen sie von den Quälern beraubt wurden, als sie nach Giftgas und Kugelhagel in KZ-Krematorien endeten“. erinnert werden solle zugleich an alle unschuldigen Opfer der Shoa: sechs Millionen niederträchtig zerschlagene Hoffnungen, Abermillionen nicht mehr gegründete Familien und nicht mehr geborene Kinder. Es gebe kaum eine jüdische Familie, die nicht vom Holocaust betroffen worden sei. An der Seite des immerwährenden Gedenkens müsse die stete Mahnung stehen, dass sich solch ein Menschheitsverbrechen nie wiederholen darf.

„Wo es Opfer gab, gab es auch Täter und eine Gesellschaft, die das zuließ“, betonte Martin Lätzel aus dem Ministerium für Justiz, Kultur und Europa und konstatierte einen kollektiven Werteverfall und moralischen Niedergang, der Raub und Mord zugelassen habe. Thomas Rasmussen, der frühere Geschäftsführer der Flensburger Friedhöfe und Förderer des Gedenksteinprojekts, hob hervor, dass sich Nazi-Verbrechen auch vor unserer Haustür ereignet hätten. Er verwies auf ein Gräberfeld auf dem Friedenshügel, wo zahlreiche namentlich unbekannte KZ-Opfer bestattet seien. Werner Fütterer, Lehrkraft im Fach Bildende Kunst an der Flensburger Universität, beschrieb den Entwicklungsprozess in seinem Projektteam. Einen Gedenkstein für die Opfer der Shoa zu gestalten, sei für ihn und seine Studentinnen eine große Herausforderung gewesen. Abschließend sprach Rabbiner Shaul Nekrich für die Opfer der Shoa das Kaddisch, das jüdische Trauergebet.

Menschen, die sich nicht missbrauchen ließen

„Ein Denkmal mit eigener Geschichte.“ So überschrieb das Flensburger Tageblatt in seiner Ausgabe vom 8. Januar 2014 einen Bericht über die Einweihung eines Mahnmals „für Menschen, die sich nicht missbrauchen ließen für einen verbrecherischen Krieg“, wie auf der Backsteinmauer zu lesen steht. Damit spielte die Zeitung darauf an, dass zwischen der Idee und der Verwirklichung eines Deserteursdenkmals in Flensburg über zwei Jahrzehnte ins Land gingen. Die Initiative für die Schaffung eines solchen Denkmals im öffentlichen Raum hatte 1994 die Flensburger Gruppe „Christen für die Abrüstung“, ein lokaler Zusammenschluss von Anhängern der Friedensbewegung, ergriffen und die Idee ins Rathaus getragen. Ermutigt durch positive Signale aus der Kommunalpolitik, beauftragte die Gruppe Miloudi Assila, einen in Flensburg/Harrislee lebenden Bildhauer mit marokkanischen Wurzeln, mit der künstlerischen Umsetzung des

Vorhabens. Das daraufhin von ihm geschaffene Mamorrelief - es ist zwei Meter hoch und einen Meter breit - zeigt einen aufrechtstehenden Soldaten, der Helm und Tornister abgelegt und sein Gewehr zerbrochen hat.

Die Flensburger Rathauspolitik aber tat sich schwer mit diesem Denkmalsprojekt. Zwar beschloss die Ratsversammlung am 18. Mai 1995, einen interfraktionellen Arbeitskreis einzurichten, der einen Vorschlag entwickeln sollte, wie „Opfer der NS-Kriegsgerichtsbarkeit einschließlich der Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer sowie Deserteurinnen und Deserteure“ geehrt werden sollten, doch konkrete und vor allem politisch mehrheitsfähige Ergebnisse ließen auf sich warten. „Die Diskussion nahm den erwarteten Fortgang - sie verlief im Sande“, merkte das Flensburger Tageblatt süffisant an und wählte für den entsprechenden Bericht, erschienen am 8. Februar 2012, eine provokante Überschrift: „Ein Denkmal, das in Flensburg keiner haben will.“ Doch in der Zwischenzeit hatte sich das Meinungsbild in der Stadtpolitik in Richtung Denkmal bewegt. So sprach sich der städtische Kulturausschuss am 9. Februar 2012 grundsätzlich für die Aufstellung des Deserteursdenkmals aus. Diesem Votum schloss sich am 25. Juni 2012 die Kunstkommission an, die zwei Standorte zur Auswahl festlegte: den Platz der Gärtner an der Roten Straße und den Twedter Plack. In seiner Sitzung am 28. Februar 2012 entschied sich der Kulturausschuss einstimmig für den Standort in der Innenstadt, „da er deutlich zentraler liegt und dem Denkmal somit eine größere Aufmerksamkeit garantiert“. Nicht so eindeutig fiel die Entscheidung der Ratsversammlung in ihrer Sitzung am 22. März 2012 aus. Nach einer kontroversen Diskussion und einer Sitzungsunterbrechung stimmten 25 Ratsmitglieder für diesen Vorschlag, zwölf dagegen, einer enthielt sich.

Damit waren zumindest die politischen Weichen gestellt, so dass die Stadtverwaltung die Vorbereitungen dafür treffen konnte, dass das Mamorrelief nach jahrelangem Asyl im Hinterhof des Privathauses von Claus Kühne, einem Mitinitiator des Deserteursdenkmals, endlich den Weg an die Öffentlichkeit finden konnte. Den Entwurf für die Gestaltung der Gedenkstätte erarbeitete Ralf Ebel, Architekt der Stadtverwaltung. Die Marmorplatte wurde eingelassen in eine Mauer aus Ziegelsteinen. Ein Text aus großen Metallbuchstaben erklärt die Botschaft des Denkmals: „... für Menschen, die sich nicht missbrauchen ließen für einen verbrecherischen Krieg.“ Die würdig gestaltete Gedenkstätte befindet sich an einem historischen Platz - und zwar dort, wo einst das Rote Tor stand, das 1874 als Verkehrshindernis abgerissen wurde.

Unter den Teilnehmern der Einweihungszeremonie am 7. Januar 2014 befand sich die SSW-Ikone Karl Otto Meyer aus Schafflund. Sichtlich bewegt verfolgte der 85-Jährige, der 1944 als deutscher Wehrmachtssoldat desertiert war und sich dem dänischen Widerstand angeschlossen hatte, die Ansprachen. Minis-

terin Anke Spoorendonk erwähnte in ihrem Grußwort die anfänglich zögerliche Haltung ihrer SSW -Parteifreunde in Flensburg in der Denkmalsfrage, eine Einstellung, die sie sehr frustriert habe. Umso wichtiger sei ihr gewesen, dass sich Meyer von Anfang an für ein solches Denkmal eingesetzt habe. Neben Meyer hätten auch andere junge Männer aus der dänischen Minderheit nein zum Kriegsdienst der Nazis gesagt.

Anke Spoorendonk machte darauf aufmerksam, dass der Deutsche Bundestag erst 2002 die Urteile der NS-Militärgerichtsbarkeit als Urteile des Unrechts aufgehoben habe. „Bis dahin galt in Deutschland jeder Überlebende, der im Krieg als Soldat desertiert war und überlebt hatte, als Straftäter“, erklärte sie. Gerade Flensburg, Sitz der letzten Nazi-Regierung, stehe es gut zu Gesichte, ein Denkmal für Deserteure, die sich dem von den Nationalsozialisten angezettelten Krieg widersetzt hätten, zu errichten. Zudem seien auch in Flensburg und Umgebung zum Kriegsende Wehrmachtangehörige als Deserteure unbarmherzig hingerichtet worden. Als Beispiel nannte sie das Schicksal von Kapitänleutnant Asmus Jepsen, der angesichts der bevorstehenden Kapitulation seine Soldaten nach Hause schickte, dafür zum Tode verurteilt und auf dem Twedter Feld standrechtlich erschossen wurde.

Dass also jetzt endlich das Marmor-Relief als Denkmal wider das Vergessen und für das Erinnern und Gedenken dieser Soldaten und anderer Menschen, die sich nicht missbrauchen ließen für einen verbrecherischen Krieg, eingeweiht werde, bezeichnete Spoorendonk als einen guten Moment für das Selbstverständnis und das geschichtliche Bewusstsein der Stadt Flensburg. Den Initiatoren aus den Reihen der „Christen für die Abrüstung“ dankte sie für ihre Beharrlichkeit.

Nach Angaben von Stadtpräsidentin Svetlana Krätzschmar verurteilte die NS-Militärjustiz 30.000 Deserteure zum Tode, davon wurden 23.000 Urteile vollstreckt. Der Faschismus habe unendlich viel Not, Elend und Verderben über die Menschheit gebracht, sagte sie. Daher sei es wichtig, das Andenken derer zu wahren, die aufgestanden seien gegen ein Unrechtsregime und versucht hätten, die Weltgemeinschaft vor diesem Krieg zu bewahren. Die Einweihung des Deserteursdenkmal solle zudem ein Zeichen setzen, „dass wir im Wissen und Gedenken an zwölf Jahre unseliger Diktatur die Gegenwart und Zukunft gestalten wollen für Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit“.

Auch Mahnmal-Mitinitiator Dr. Helmreich Eberlein von den Flensburger „Christen für die Abrüstung“ schlug in seiner Rede einen Bogen von der NS-Vergangenheit in die Zukunft. Es gebe inzwischen in vielen Städten Deutschlands Denkmäler für Deserteure der Wehrmacht. Dieses hier in Flensburg sei einmalig, weil es den Blick auch auf die Gegenwart und die Zukunft öffne. Denn



Abb. 3 „Ein Denkmal mit eigener Geschichte“: das Deserteursdenkmal in der Roten Straße, Flensburg

einen ehrenden Umgang mit Menschen einzuüben, die sich nicht missbrauchen ließen für einen verbrecherischen Krieg, könne nur heißen, „sich heute anders zu verhalten“. Auch heute würden immer wieder junge Menschen aus Ländern fliehen, in denen sie zur Teilnahme an verbrecherischen Kriegen gezwungen werden sollten. Er führte als aktuelles Beispiel Syrien an. Wiederholt seien syrische Deserteure, die in Deutschland Schutz gesucht hätten, in ihre Heimatländer zurückgeschickt worden. Dort, im Land eines grausamen Bürgerkrieges, seien sie schwersten Verfolgungen ausgesetzt. Ausdrücklich stellte Eberlein klar, dass das Flensburger Deserteursdenkmal keine Bundeswehrsoldaten zum Desertieren auffodere, und versicherte: „Sie haben das gar nicht nötig.“ Denn: Das Grundgesetz, worauf sich jeder Soldat berufen könne, verbiete unmissverständlich die Vorbereitung oder das Führen eines Angriffskrieges.

Ein Stolperstein für Johanne Marie Ebsen

Gerade mal 10 cm x 10 cm x 10 cm messen die Gedenksteine, die der Kölner Bildhauer Gunter Demnig seit 20 Jahren verlegt. Seine sogenannten Stolpersteine halten die Erinnerung an Nazi-Opfer dort wach, wo diese Menschen einst wohnten. Eine Inschrift in der Messingtafel auf der Oberseite des kleinen Betonquaders nennt ihre Namen und skizziert ihr Schicksal. „Mit dem Stolperstein bekommt das Opfer seinen Namen wieder, jedes Opfer erhält einen eigenen Stein – seine Identität und sein Schicksal sind, soweit bekannt, ablesbar“, so Demnig zu seinem inzwischen europaweiten Erinnerungsprojekt. „Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist.“

Gunter Demnig war am 6. März 2014 in den Norden gekommen, um den 24. Flensburger Stolperstein zu setzen. Dieses kleine Denkmal - eingelassen in den Bürgersteig vor dem Gebäude der Alten Post in der unteren Rathausstraße - gilt einer Frau und Mutter, die Opfer des NS-Euthanasieprogramms geworden ist. Im Telegrammstil gibt die Inschrift Auskunft über den Leidensweg der Frau, deren Leben aus Sicht der Nationalsozialisten nichts wert war: „Hier wohnte Johanne Marie Ebsen, geb. Albertz, Jg. 1881, eingewiesen 1929 Psychiatrie Schleswig, ‚verlegt‘ 14.9.1944 Meseritz/Obrwalde, ermordet 30.9.1944.“

Johanne Marie Ebsen war mit einem Postbeamten verheiratet. Ihm als Leiter stand eine Dienstwohnung im Postgebäude zu. Sie wurde Mutter von drei Kindern. 1928 wurde sie in die Kieler Nervenklinik eingewiesen, nach sechs Monaten in die geschlossene Psychiatrie in Schleswig verlegt. Ihre Eingangsdiaagnose lautete „Eifersuchtsneurose“. Sie kam nie wieder aus der Anstalt heraus und hat auch ihre Kinder nie wiedergesehen. Ihr Ehemann ließ sich 1933 von ihr scheiden und heiratete seine 25 Jahre jüngere Sekretärin.

Als nach Bombenangriffen auf Kiel 1944 nach Ausweichquartieren für die Universitätsklinken gesucht wurde, fiel die Wahl auf die Landesheil- und Pflegeanstalt Schleswig-Stadtfeld: Sie musste geräumt werden. Für die meisten der bis dahin dort untergebrachten 697 geistig behinderten und psychisch kranken Patienten bedeutete das den Tod. Sie wurden in Meseritz-Obrwalde im östlichen Brandenburg, einem Ort der NS-Euthanasie-Verbrechen, umgebracht. Eine von ihnen war die 62 Jahre alte Flensburgerin Johanne Marie Ebsen.

Amtliche Post erhielt die Familie in Flensburg am 1. Oktober 1944, als ihr per Telegramm mitgeteilt wurde, dass Johanne Marie Ebsen am 30. September 1944 in der Landeskrankenanstalt Meseritz-Obrwalde an „Herzschwäche“ verstorben sei. In einem folgenden Schreiben von Anstaltsdirektor Walter Grabowski wurde die Überweisung von 188 Reichsmark für „Sarg, Beerdigung und Grabpflege“ verlangt.



Abb. 4
Ermordet in der
Psychiatrie:
Johanne Marie Ebsen
(1881-1944)

Tatsächlich aber bekamen die Toten keinen Sarg und keine würdige Bestattung, von Grabpflege ganz zu schweigen. Die in einem Krankenzimmer mit einer Giftspitze getöteten Patienten wurden eingeäschert und in einem Massengrab verscharrt. Bis 1945 starben in Meseritz-Obrawalde mindestens 10.000 Menschen. Der Ort liegt heute in Westpolen. In einem Raum der Anstalt, die als psychiatrisches Krankenhaus fortgeführt wird, ist ein kleines Museum zum Gedenken an die Euthanasie-Opfer der NS-Diktatur eingerichtet worden. Gezeigt wird auch die Transportliste der Schleswiger Patienten, auf der Johanne Marie Ebsens Name zu lesen ist.



Abb. 5 Stolperstein für das Euthanasieopfer Johanne Marie Ebsen

Ursula Carr aus Bremen, die die Initiative für die Verlegung dieses Stolpersteins ergriffen hatte, tat sich zwar schwer, mit dem Schicksal ihrer Großmutter an die Öffentlichkeit zu gehen, „doch dadurch wird Johanne Marie Ebsen ein Platz der Erinnerung der Stadt gegeben, in der sie viele Jahre gelebt, gearbeitet und ihre Kinder großgezogen hat - und in der es dann keinen Platz mehr für sie gab“. Und dann habe man ihr auch noch das Recht genommen, überhaupt einen Platz in dieser Welt zu haben. Im Anschluss an die Verlegung des Stolpersteins vor dem Eingang der Alten Post erinnerte Enkelin Ursula Carr an Paul Celans „Todesfuge“, in der der Lyriker und Holocaustüberlebende von einem auch auf ihre Großmutter zutreffenden „Grab in den Lüften“ sprach. Mit diesem Stein habe Johanne Marie Ebsen endlich wieder einen Platz gefunden in der Stadt, aus der sie einst in die Psychiatrie und schließlich in den Tod geschickt worden sei.

Abbildungsnachweise:

Abb 1 – 3, 5: Foto: Bernd Philippsen, Abb. 4: Foto: privat.

Ein Attentatsversuch und ein Totschlag

Zwei Ereignisse aus der nordschleswigschen
Nachkriegszeit 1946-1948

von HANS SCHULTZ HANSEN

Nicht zuletzt in Nordschleswig erhitzte die fünf Jahre währende deutsche Besetzung Dänemarks die Gemüter der Bevölkerung – sowohl in der dänischen Mehrheit als auch in der deutschen Minderheit im Landesteil. Obwohl mit der Befreiung am 5. Mai 1945 der Krieg auch im schleswigschen Grenzland beendet war, kehrte erst einige Jahre später Ruhe ein. Im folgenden Beitrag¹ untersucht der Forschungsleiter der Staatlichen Archive in Dänemark Prof. dr. phil. Hans Schultz Hansen zwei Fälle aus den Jahren 1946-1948, die zu einem mehr oder weniger tragischen Ausgang für die involvierten Personen führten. Diese Ereignisse spiegeln das hasserfüllte Klima zwischen Dänen und Deutschen in den ersten Nachkriegsjahren wider und zeigen, dass nationalsozialistische Methoden weitergeführt wurden – auch von einigen Personen, die den Nationalsozialismus bekämpft hatten. Überdies stellen die Ereignisse die Neutralität der Polizei und der Gerichte in Frage. Doch gab es in dieser Zeit auch deutsche und dänische Stimmen, die zu mehr Besonnenheit mahnten und die Hans Schultz Hansen im folgenden Beitrag ebenfalls zu Wort kommen lässt.

Die Redaktion

Die ersten Nachkriegsjahre

In der Geschichte Nordschleswigs werden die ersten vier Jahre nach der Befreiung Dänemarks als ein Zeitabschnitt für sich betrachtet.² Diese Phase war stark von dunklen Schatten geprägt, die der Zweite Weltkrieg und die deutsche Besetzung Dänemarks auf die unmittelbare Nachkriegszeit warfen. In den letzten Kriegsmonaten kamen deutsche Flüchtlinge zu Tausenden nach Nord- und Südschleswig, wo sie untergebracht, versorgt, und in Südschleswig auch integriert werden sollten.³ Südschleswig wurde von den Briten besetzt und verwaltet, die eine Entnazifizierung in die Wege leiteten. Nördlich der Grenze fand eine so genannte Rechtsabrechnung mit Kollaborateuren und Kriegsgewinnlern statt.⁴ Nach der Befreiung wurden sogleich umfassende Internierungen im Faarhus-

Lager und im Schloss Sonderburg eingeleitet, die hauptsächlich Mitglieder der deutschen Minderheit betrafen. Mit Verurteilungen und Strafverbüßungen wurden diese Maßnahmen fortgeführt, und der große Prozess gegen die Führungsspitze der Minderheit 1948 und die Auflösung des Faarhus-Lagers 1949 stellten den Höhepunkt bzw. das Ende dieser Entwicklung dar.

Die Abrechnung mit der Minderheit fand auf mehreren Ebenen statt. Die Minderheitenregelung von 1920 wurde im Jahr 1946 aufgehoben, die kommunalen deutschsprachigen Schulen wurden aufgelöst. Die Minderheit musste künftig Privatschulen einrichten. Zunächst jedoch wurden auch die bestehenden Privatschulen geschlossen, um die weitere nationalsozialistische Indoktrination der Kinder zu unterbinden, und die privaten Schulgebäude wurden beschlagnahmt. Die Konfiszierung von deutschem - und japanischem - Eigentum betraf auch die Kreditanstalt Vogelgesang und zahlreiche Privatpersonen. Deutsche Staatsangehörige waren von Ausweisungen betroffen. Die Rechtsabrechnung gab auf dänischer Seite Anlass zu einem erbitterten internen Streit zwischen den alten nationalen Wortführern, die eine Versöhnung wünschten, und der Widerstandsbewegung, die eine detaillierte Abrechnung forderte.

In vielerlei Hinsicht zeigte sich dieser Verlauf der Fronten auch in der wieder aufgenommenen Grenzfrage, in der die „Sydslesvig-hjem“-Bewegung große Unterstützung nördlich der Grenze erfuhr. Auch hier markierte das Jahr 1949 einen Wendepunkt: Mit der Kieler Erklärung avancierte die Grenzfrage zur süd-schleswigschen Minderheitenfrage, und mit dem Kopenhagener Protokoll wurde die Grundlage zum Dialog zwischen dem dänischen Staat und der deutschen Minderheit gelegt.

Abgesehen von der rechtlichen Abrechnung mit der Minderheit gab es 1945-48 eine Reihe privater Aktionen gegen Symbole des Deutschtums und gegen Einrichtungen der Minderheit. Die Sprengungen der großen deutschen Kriegdenkmäler auf den Düppeler Höhen und bei Arnkiel im Mai bzw. Juni 1945, der Vandalismus gegen andere deutsche Denkmäler auf den Friedhöfen in Düppel und Broacker sowie bei Treppe (Kirchspiel Rinckenis) und in Tondern richtete sich gegen das Deutsche im Allgemeinen. Andere Aktionen waren unmittelbar gegen die deutsche Minderheit gerichtet. Im Sommer 1945 wurden mehrere Unternehmen mit deutschgesinnten Inhabern in Sonderburg und Tondern zum Ziel von Sprengstoffanschlägen. Im August war die Zeitung der Minderheit, die „Nordschleswigsche Zeitung“ in Apenrade, Opfer eines solchen Anschlags. Im gleichen Monat wurde der Bismarckturm auf dem Knivsberg, die Begegnungsstätte der deutschen Minderheit, gesprengt. Im September war der Ruderclub in Apenrade Ziel vandalistischer Zerstörung, während es den Club in Tondern erst im Mai 1947 traf.⁵ In Enstedt südlich von Apenrade erhielt ein Bauer im Januar 1946 Drohbriefe, weil er Räumlichkeiten für den Heimunterricht von Kindern

aus der deutschen Minderheit zur Verfügung stellte. Da diese Briefe nicht das gewünschte Ergebnis herbeiführten, wurde ein Sprengkörper gezündet, so dass der Unterricht eingestellt werden musste.⁶

In dieser Atmosphäre gegenseitigen Hasses wollen wir zwei besonders markante Ereignisse eingehender betrachten. Bei dem einen Vorfall handelt es sich um ein Attentat auf das Polizeirevier in Tingleff am 20. April 1946, bei dem glücklicherweise nur Sachschaden entstand. Bei dem anderen Ereignis geht es um die Tötung der Lehrerin Wilhelmine Saß aus Apenrade am 28. Dezember 1948 in Lügumkloster. Sie wurde tödlich getroffen, als Schüsse durch ein Fenster des „Hotel Løgumkloster“ abgefeuert wurden, um eine Veranstaltung des Bundes Deutscher Nordschleswiger zu schikanieren.

Die beiden Ereignisse sind aus der Literatur und der Presse bekannt, gerieten jedoch weitestgehend in Vergessenheit – und wurden wohl auch verdrängt. Dieser Beitrag beabsichtigt, die Ereignisse auf der Grundlage zeitgenössischer Dokumente aus den Archivbeständen der Polizei und der Gerichte zu rekonstruieren. Wie waren die genauen Umstände, wer waren die Opfer, wer die Schuldigen, welche Motive hatten sie und wie reagierten die Behörden – dies sind einige der Fragen, die der Verfasser des Aufsatzes zu beantworten versucht. Normalerweise sind die Unterlagen der Polizei und der Gerichte erst 75 Jahre nach ihrer Entstehung zugänglich, doch dem Verfasser wurde Zugang gewährt unter der Bedingung, „dass Namen von Personen, die innerhalb von Verwaltung oder Politik keinerlei eigenständige Verantwortung getragen haben, nicht weitergegeben oder veröffentlicht werden, es sei denn, die Namen sind bereits zu einem früheren Zeitpunkt veröffentlicht worden oder gelten als allgemein bekannt in Bezug auf die Verhältnisse, die für das Verfahren relevant sind“. Obwohl einige Namen der Täter in der zeitgenössischen Presse genannt wurden, hat sich der Verfasser dafür entschieden, alle Namen zu anonymisieren.

Das Attentat auf das Polizeirevier in Tingleff am 20. April 1946

Am späten Abend des 20. April 1946, gegen 23 Uhr wurde eine deutsche Handgranate durch das Bürofenster des Tingleffer Polizeireviers geworfen. Der Sachschaden im Büro war groß, doch die Bewohner des Gebäudes hielten sich zum Tatzeitpunkt nicht im Haus auf. Der Polizeibeamte Jens Peter Egebjærg Andersen befand sich auf einer Sitzung der Heimwehr (Hjemmeværnet) in Odense, und seine Ehefrau war am Bahnhof, um ihre Mutter abzuholen, die mit dem Zug anreiste.

Bei der Aufklärung des Falles leistete die Polizei einen besonders großen Einsatz. Alle verfügbaren Beamten im Polizeibezirk Tondern unter eigenhändiger Leitung

des Polizeipräsidenten Erik Bøving wurden in derselben Nacht mit der Aufklärung des Falles betraut und erhielten dabei Unterstützung von der Belegschaft der Polizeikaserne in Tingleff. Von der überregional tätigen Abteilung der dänischen Kriminalpolizei wurden zwei Mitarbeiter zur Beihilfe ins Grenzland entsandt. Das Attentat richtete sich gegen Jens Peter Egebjærg Andersen (1916-1981) persönlich, in weiten Kreisen als „Sheriff von Tingleff“ bekannt. Er stammte aus Esbjerg, gelangte jedoch 1941 als Polizeibeamter nach Tingleff, wo er bei den dänisch Gesinnten rasch populär wurde, während sein Verhältnis zu den deutsch Gesinnten angespannt war. Angesichts der deutschen Besetzung Dänemarks war dies nicht ungewöhnlich, doch Egebjærg Andersen erhielt bald noch einen persönlichen Grund, Deutsche nicht zu mögen. Seit Anfang des Jahres 1943 nahm er an der Widerstandsarbeit im Tingleffer Raum teil und wurde Leiter der örtlichen Gruppe, bis er am 5. Juni 1944 verhaftet wurde. Während des Verhörs verriet er die anderen Mitglieder der Gruppe nicht, die dann erst im Oktober verhaftet wurden. Egebjærg Andersen gelangte vom Gestapo-Hauptquartier „Staldgaarden“ in Kolding ins Frösleelager, doch am 13. Januar 1945 wurde er gemeinsam mit seiner Gruppe ins Konzentrationslager Neuengamme deportiert. Unter entsetzlichen Verhältnissen war der „Sheriff“ seinen Mitgefangenen Stütze und Vorbild zugleich. Im April 1945 kehrte er, wie viele andere dänische und norwegische KZ-Häftlinge auf schwedische Initiative hin mit den „Weißen Bussen“ zurück nach Dänemark. Nach der Befreiung Dänemarks nahm er seine Arbeit als Ortspolizist in Tingleff wieder auf. Zwei Ereignisse brachten ihm den Ruf ein, besonders deutschfeindlich zu sein: Am 26. Juni 1945 schloss er eigenhändig die deutschen Kommunalschulen in Tingleff, Eggebek und Terkelsbüll. Am 18. Dezember 1945 schoss er auf einen deutschen Oberleutnant auf dem Tingleffer Bahnhof und verwundete ihn schwer, als dieser sich der Durchsuchung seines umfangreichen Gepäcks vor der Ausreise nach Deutschland widersetzte.⁷ Innerhalb der deutschen Minderheit hegte man inständig die Hoffnung, dass niemand aus den eigenen Reihen in das Attentat auf das Polizeirevier in Tingleff verwickelt sein möge, da dies Zweifel an der im November 1945 abgegebenen Loyalitätserklärung der Minderheit hervorrufen würde. Die neue Organisation der Minderheit, der Bund Deutscher Nordschleswiger, veröffentlichte umgehend am 22. April 1946 eine Erklärung, in der man es für ausgeschlossen hielt, dass deutsche Nordschleswiger hinter dem Attentat stünden. Auf das Schärfste wurden solche Methoden verurteilt. Man vertrat die Ansicht, dass die Handgranate de facto gegen die Interessen der Minderheit einschließlich der im Faarhuslager Internierten gerichtet sei, die einer ruhigen und besonnenen Bevölkerung angehörten. Diejenigen, die die friedliche Entwicklung durch Attentate zu stören versuchten, stellten sich gegen das Deutschtum. Die Führungsspitze der Minderheit drückte den Wunsch nach schneller Aufklärung aus.⁸



Abb. 1
Jens Peter Egebjærg, der
"Sheriff von Tingleff",
in seiner Polizeiuniform

Dieser Wunsch ging in Erfüllung. Gemeinsam mit der örtlichen Kriminalpolizei gelang es der überregional tätigen Abteilung der dänischen Kriminalpolizei, das Attentat rasch aufzuklären. Das Ergebnis entsprach jedoch nicht den Erwartungen der deutschen Minderheit. Insgesamt wurden 23 Personen festgenommen. Bis auf vier Personen, die dänische Nationalsozialisten waren, gehörten alle Festgenommenen der deutschen Minderheit an. Was den zahlreichen Internierten aus der Minderheit insbesondere zum Schaden gereichen konnte, war, dass zehn der Festgenommenen im Zuge der Rechtsabrechnung im Faarhus-Lager interniert gewesen und später freigelassen worden waren. Im Rahmen der Ermittlungen stellte sich heraus, dass zwei Gruppen jeweils in

Lügumkloster und in Tondern existierten, die im März-April 1946 gebildet worden waren.⁹ Die Gruppe in Lügumkloster war die ältere und umfangreichere: Sie bestand aus 16 Personen. Zweck der Gruppenbildung war es, „Attentate auf Personen zu verüben, die sich in ihrer Haltung gegen die deutsche Minderheit stellten“. Die Mitglieder besaßen Waffen, die sie im Mai 1945 im Rahmen des Abzugs deutscher Truppen erworben hatten. Diese Waffen wurden gesammelt, und man veranstaltete Schießübungen. Zwei Kästen mit Waffen sowie eine kleine Menge Munition wurden vergraben, einer der Kästen in einem Waldstück bei Lügumkloster. Auf der Liste der Zielpersonen für Attentate standen der Polizeibeamte und frühere Widerständler Egon Johansen aus Lügumkloster, der an der Internierung der Eltern des Hauptangeklagten beteiligt gewesen war, der genannte Polizeibeamte Egebjærg Andersen in Tingleff, der durch den Schuss auf den deutschen Oberleutnant und die Schließung deutscher Schulen den Zorn der Gruppe auf sich gezogen hatte, sowie Probst H.P. Schüle in Lügumkloster, der einen deutschen Kindergarten geschlossen hatte, Pastor Sigfred Riishøjgaard in Ries, der das minderheitenkritische Wochenblatt „Slesvigeren“ redigierte, der Arzt Højholdt in Lügumkloster sowie ein nicht benannter Lehrer in Renz. Die Tonderaner Gruppe bestand aus sieben Personen, die sich im deutschen Ruderclub trafen. Hier planten sie Sprengstoffattentate auf das Büro der Zeitung „Tønder Amtstidende“ sowie auf den dänischen Ruderclub in Tondern. Diese Pläne wurden jedoch nicht in die Tat umgesetzt.

Einige Gruppenmitglieder sahen sich als Teil der geheimen deutschen „Werwolf“-Organisation, die innerhalb der SS eingerichtet wurde, um nach der Kapitulation Deutschlands den Kampf mit Attentaten, Sabotage, illegaler Propaganda, Fluchthilfe für Kameraden und ähnlichem fortzusetzen.¹⁰ So erklärte ein Mitglied während des Verhörs: „Er könne sich daran erinnern, dass sich die Teilnehmer ‚Werwölfe‘ nennen sollten; sie hatten von Werwölfen in Deutschland gelesen und wollten ebensolche zu Hause sein und denen, die sie politisch nicht mochten, soviel Schaden wie möglich zufügen“. Andere Befragte wiesen jegliches Gerede von Werwölfen von sich. Vermutlich handelte es sich eher um eine Frage nach den unterschiedlichen Temperamenten der Mitglieder. Die jüngsten Gruppenmitglieder gehörten dem Jahrgang 1930 an, und es ist denkbar, dass in ihre Handlungen ein gewisses Maß an jugendlicher Abenteuerlust einfluss. Jedenfalls bemühte sich die überregional tätige Abteilung der dänischen Kriminalpolizei intensiv, um Verbindungen zwischen den Gruppen in Tondern und Lügumkloster und deutschen Werwolfgruppen aufzuspüren, was aber nicht gelang. Die zahlreichen Verhöre führten jedoch zur Enttarnung eines „Stay-behind“-Netzwerks, das von der Besatzungsmacht für den Fall einer alliierten Invasion Dänemarks etabliert worden war. Nach der Kapitulation löste sich das Netzwerk jedoch von selbst auf, ohne je in Aktion getreten zu sein und ohne je den geringsten

Kontakt zu den Gruppen in Lügumkloster und Tondern gehabt zu haben. Auch konnte keine Verbindung zwischen diesen Gruppen und einer Werwolfgruppe in Flensburg nachgewiesen werden. Diese bestand aus 11 Personen, zu denen auch Peter und Richard Jürgensen (Vater und Sohn) gehörten, die deutsche Nordschleswiger und dänische Staatsbürger waren und im Juni 1946 vom Oberkriegsgericht in Flensburg zum Tode verurteilt wurden.¹¹ Ebenso wenig konnten Verbindungen zur Führungsspitze der deutschen Minderheit geknüpft werden. Das Attentat auf das Polizeirevier in Tingleff wurde vom Zimmermannslehrling NJW aus Lügumkloster verübt, der auch die Bildung der Gruppe in Lügumkloster initiiert hatte und dessen informeller Leiter er war. NJW war der Sohn eines prominenten dänischen Nationalsozialisten in Nordschleswig, und auch seine Mutter war nationalsozialistischer Gesinnung. NJW selbst nahm an der nationalsozialistischen Jugendarbeit teil und hatte Kurse in Deutschland besucht. Seine Eltern wurden beide nach der Befreiung interniert, was ihn verbitterte und auf Rache sinnen ließ. Er begann, sich darüber mit gleichaltrigen deutschen Nordschleswigern zu unterhalten, zunächst mit WHJ. Gemeinsam gelang ihnen, einen Kreis um sich zu scharen. Zunächst plante man ein Attentat auf den Polizeibeamten Johansen in Lügumkloster. NJW wollte am Abend des 16. April eine Handgranate durch das Bürofenster von Johansens Haus werfen. Das Attentat scheiterte jedoch an Bedenken, die die Gruppe bezüglich eines Anschlags in ihrem Heimatort hegte. Zudem war Johansen verreist. Am gleichen Abend entschied NJW daher zusammen mit vier weiteren Gruppenmitgliedern, ein Attentat auf Jens Peter Egebjærg Andersen in Tingleff zu verüben. Als Stichtag wurde Ostersonntag, der 20. April festgesetzt – Hitlers Geburtstag. An diesem Tag fuhr NJW mit dem Bus von Lügumkloster nach Tingleff. In seiner Tasche hatte er Arbeitskleidung zum Umziehen und eine deutsche Handgranate mit Holzschaff dabei. Gegen 19 Uhr wandte er sich an den Mechanikerlehrling AaH, den er von der dänisch-nationalsozialistischen Jugendbewegung her kannte. AaH wollte sich am Attentat nicht beteiligen, berichtete NJW jedoch, wo das Polizeirevier lag und wo sich das Büro befand. AaH suchte seinen Kameraden PTL auf und warnte diesen vor NJW. Sie einigten sich aber darauf, die Polizei nicht zu verständigen.

NJW machte das Polizeirevier erst gegen 22 Uhr ausfindig. Unterwegs traf er zwei Kameraden, HOP und ES, die der Tonderaner Gruppe angehörten. Er weihte sie in seinen Plan ein. Danach begab er sich zum Bahnhof und kaufte sich eine Fahrkarte nach Bülderup-Bau. Ungefähr gegen 23 Uhr ging er zurück zum Polizeirevier, das bis auf die Eingangsbeleuchtung im Dunkeln lag. Von der anderen Seite der Straße, 11-12 Meter vom Bürofenster entfernt, warf er, zum Teil im Schatten verborgen, die Handgranate, ohne zunächst zu überprüfen, ob jemand im Hause war. Die Granate traf ihr Ziel, durchbrach die Fensterscheibe,



Abb. 2 Das Polizeirevier in Tingleff mit Markierung der Lage des Büros des Polizeibeamten

explodierte und verwüstete das Büro. NJW flüchtete in nördliche Richtung über einige Felder und gelangte über Umwege zum Bahnhof, wo er in den Zug in Richtung Tondern stieg. Hier traf er die beiden Kameraden aus Tondern, denen er vom Geschehenen erzählte. In Bülderup-Bau stieg er aus und übernachtete bei einem nationalsozialistischen Kameraden. Am Ostermontag traf er wieder in Lügumkloster ein, wo er seinen Kameraden vom Attentat berichtete. Hier wurde er von der Polizei am 10. Mai festgenommen und inhaftiert. Am 23. Dezember 1946 wurde er zusammen mit den anderen Gruppenmitgliedern in Tondern vor Gericht gestellt. NJW wurde im Sinne von Paragraph 183 des Strafgesetzes schuldig gesprochen, in dem es heißt: „Wer zum Schaden anderer Personen oder deren Eigentum Sprengungen, die Verbreitung von schädigenden Luftarten, Überschwemmungen, Schiffbruch, Eisenbahn- oder sonstige Transportunglücke verursacht, erhält eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten bis 12 Jahren.“¹² Die Staatsanwaltschaft forderte die Todesstrafe für NJW, die durch Paragraph 8 im Strafzusatzgesetz von 1945 ermöglicht wurde.¹³ Das Gericht jedoch woll-



Abb. 3 Egebjærg Andersens durch die Handgranate verwüstetes Büro

te soweit nicht gehen. Die Strafe wurde auf 12 Jahre Gefängnis festgesetzt. Darüber hinaus wurde NJW zu einer Entschädigung von 2.049 kr. verurteilt, die an Egebjærg Andersen zu leisten war. Dennoch handelte es sich um eine sehr harte Strafe für ein Delikt, das lediglich Sachschaden herbeigeführt hatte. Auch über einige andere Mitglieder der Gruppen in Lügumkloster und Tondern wurden harte Freiheitsstrafen verhängt. Die Mitwisser aus Tingleff wurden ebenfalls angeklagt, weil sie nicht versucht hatten, das Attentat zu verhindern: So wurde der 1927 geborene Tischlerlehrling HJ zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er an der Planung des Attentats teilgenommen und dem Täter Handgranaten und Zeitzünder zur Verfügung gestellt hatte. Verurteilt wurde er auch deshalb, weil er sich während der Besetzung als Zeitfreiwilliger in den Dienst der Besatzungsmacht gestellt hatte. Zwei weitere Angeklagte erhielten ebenfalls eine Strafe von fünf Jahren Gefängnis, zwei andere vier bzw. drei Jahre, die meisten übrigen Beteiligten – übrigens in den meisten Fällen Lehrlinge – jeweils ein Jahr. Zwei Mitwisser wurden zu Bewährungsstrafen verurteilt, weil sie nichts

zur Verhinderung des Anschlags unternahmen.

Die härtesten Strafen erhielten der Attentäter und diejenigen, die an dem Treffen teilgenommen hatten, bei dem das Attentat in Tingleff geplant worden war; doch auch die anderen Gruppenmitglieder in Lügumkloster und Tondern erhielten für die mehr oder weniger direkte Beteiligung an einer Tat, bei der Menschen nicht zu schaden kamen, strenge Urteile. Am 6. März 1947 wurden die Urteile im Rahmen von Berufungsverfahren von der nächsten Instanz, dem Vestre Landsret in Viborg, überprüft. Obwohl der Staatsanwalt eine Verschärfung der Strafen forderte, darunter sogar die Todesstrafe für NJW, wurden sie deutlich abgemildert. NJWs Haftstrafe wurde auf 6 Jahre halbiert, und die anderen Mitglieder der Gruppe aus Lügumkloster erhielten ebenfalls eine Halbierung oder sogar noch eine stärkere Reduzierung ihrer Haftstrafen. Die Mitglieder der Tonderaner Gruppe wurden, was die Terroranklage betraf, freigesprochen.¹⁴

Tötung der Lehrerin Wilhelmine Sass am 28. Dezember 1948

Das andere hier zu behandelnde Verbrechen war örtlich ebenfalls eng mit Lügumkloster verbunden. An diesem Ort geschah der Totschlag an der Lehrerin und jungen Mutter Wilhelmine Sass, und auch der Totschläger und seine Mitschuldigen stammten von hier. Der Marktflecken beherbergte offenbar ein nationalpolitisch stark gereiztes Milieu, was sich nicht nur bei deutsch gesinnten Einwohnern bemerkbar machte, sondern, wie dieser Krimiinalfall zeigen sollte, auch bei dänischen Bürgern.

Am Abend des 27. Dezember 1948 veranstaltete die neue Organisation der deutschen Minderheit, der Bund deutscher Nordschleswiger, eine Theateraufführung mit anschließender Feier im „Hotel Løgumkloster“.¹⁵ Über diese friedliche Veranstaltung erregten sich JGPC und NRJ. JGPC war ausgebildeter Tischler und hatte sich in Kopenhagen selbständig gemacht. Er verbrachte die Weihnachtsferien bei seinen Eltern in Lügumkloster. NRJ war Buchhalter bei einer Bank und wohnte und arbeitete ebenfalls im Ort. Beide waren 1919 geboren und somit rund zehn Jahre älter als die „Werwölfe“ aus Lügumkloster und Tondern. Von den Deutschen waren sie beide im Rahmen des Volksstreiks in Dänemark 1944 verhaftet worden, JGPC für drei Wochen, NRJ für eine Woche. Beide führten ihr Widerstandsengagement als Mitglieder der dänischen Heimwehr fort. NRJ, ausgebildeter Offiziersanwärter und entlassener Leutnant, hatte sogar die Funktion eines Schießlehrers inne. NRJ war zudem Vorstandsmitglied in verschiedenen nationalen Vereinen. Es handelte sich also um zwei Männer von beinahe 30 Jahren, die sich Grundlagen für erfolgreiche Karrieren und angesehene Positionen in der Gesellschaft geschaffen hatten. Seit der

Besatzungszeit ließen sich beide jedoch von starken Hassgefühlen gegen die deutsche Minderheit leiten. Dem Gericht in Lügumkloster zufolge hatte die Familie von JGPC „recht aggressive nationalpolitische Ansichten“, er selbst sei von impulsiver Natur gewesen.

Am 27. Dezember gegen 18-19 Uhr aß JGPC drei belegte Brote im „Hotel Løgumkloster“, die er mit drei Gläsern Bier herunterspülte. Danach ging er zum „Centralhotel“, wo er ebenfalls drei Gläser Bier trank. Hier geriet er mit einem Fuhrunternehmer in Streit. Gegen 21.30 Uhr zog er weiter zum „Hotel Royal“, wo er weitere fünf Gläser Bier zu sich nahm. Der Fuhrunternehmer begleitete ihn ins „Royal“, wo sich der Streit fortsetzte. Wie vorab vereinbart, stieß NRJ kurze Zeit später hinzu, und die beiden Freunde setzten sich an einen eigenen Tisch. Als das „Royal“ schloss, schlug NRJ vor, zum „Hotel Løgumkloster“ zu gehen, um festzustellen, ob die deutschen Nordschleswiger die Bilder des dänischen Königspaars aus dem Saal entfernt hatten, wie er gerüchteweise gehört hatte. JGPC war den Fenstern schon nahe, um dies zu überprüfen, griff dann aber „aufgrund einer spontanen Eingebung“ nach einem gefrorenen Erdklumpen und schleuderte diesen durch das Fenster der Garderobe. Dies geschah kurz nach Beendigung der Theatervorstellung um 23.15 Uhr, ohne die Feier zu beeinträchtigen. Dem Generalsekretär des Bundes Deutscher Nordschleswiger, Redakteur Ernst Siegfried Hansen, zufolge war die Minderheit solche Schikanen gewohnt.¹⁶ JGPC und NRJ gingen nun zur Wohnung des Letzteren, wo dessen Schwestern und später auch dessen Eltern zugegen waren. Über einen längeren Zeitraum saß JGPC dort im Halbschlaf. Als die Familie von NRJ zu Bett gegangen war, schlug JGPC vor, durch die Fenster des Hotels zu schießen, um die feiernden deutschen Nordschleswiger zu erschrecken. NRJ wollte sich an dieser Sache jedoch nicht beteiligen. JGPC bat schließlich darum, sich NRJs Pistole ausleihen zu dürfen. NRJ lehnte zunächst ab, holte jedoch auf Druck von JGPC seine 9mm Parabellum, schob ein Magazin mit scharfer Munition in die Pistole und teilte JGPC mit, dass die Waffe durchgeladen werden müsse. Am 28. Dezember um 2 Uhr nachts machte sich JGPC allein auf den Weg und erreichte über einen Umweg den Pfad, der hinter das Hotel führte. Seiner Erklärung vor Gericht zufolge wollte er sich bis vor die Fenster begeben, um in die Decke des Saals zu schießen. Da er jedoch Betriebsamkeit vom Hof her wahrnahm, wollte er davonlaufen, drehte sich dann aber um und feuerte einige Schüsse in Richtung des Hinterhauses auf den Boden, ohne konkret auf etwas zu zielen. Nach eigener Angabe hatte er nicht die Absicht, jemanden zu treffen, er sei jedoch sehr erregt gewesen. Zu diesem Zeitpunkt war es etwa 2.10 Uhr. Nachdem er geschossen hatte, lief JGPC auf Umwegen nach Hause zu seinen Eltern, ohne den Effekt seiner Schüsse zu überprüfen. Die Pistole versteckte er unter einer Hecke.¹⁷ NRJ hörte die Schüsse, unternahm jedoch nichts.

JGPC schoss viermal. Zwei Schüsse trafen den Boden, von denen der eine abprallte und sich in die Mauer zur Garderobe bohrte, die zum Theatersaal gehörte. Der dritte Schuss traf die Mauer direkt. Der vierte Schuss bohrte sich direkt durch ein Fenster, durch eine vor dem Glas angebrachte Holzfaserplatte hinein in die Garderobe. Hier befand sich der Leiter der deutschen Theaterarbeit, der Lehrer Wilhelm Sass, zusammen mit seiner Ehefrau und einer dritten Person. Der Schuss traf Wilhelmine Caroline Sass in den Nacken, so dass sie unmittelbar darauf verstarb, entweder aufgrund der Verletzung durch die Kugel oder durch den Blutverlust. Frau Sass war 1920 geboren und Mutter zweier minderjähriger Kinder, einer Tochter Jahrgang 1942 und eines Sohnes Jahrgang 1943. Wilhelm Sass war im Zuge der Rechtsabrechnung das Recht aberkannt worden zu unterrichten. Die beiden Ehepartner ernährten ihre Familie stattdessen durch Arbeit in einer Puppenfabrik, für die sie Heimarbeit leisteten. Der Tod von Frau Sass war daher auch in wirtschaftlicher Hinsicht eine Tragödie und eine Katastrophe für die Familie.

Der Ortpolizist Egon Johansen verhaftete am gleichen Tag zunächst NRJ und danach JGPC, die er beide gut kannte. Beide gestanden, und der Tathergang wurde rasch aufgeklärt. Am 25. Februar 1949 wurden die beiden Männer vor das Gericht in Lügumkloster gestellt. Beide kamen jedoch überaus glimpflich davon. Das Gericht befand, dass JGPC im Affekt gehandelt habe, der teils durch seine negative Einstellung zur Feier der Minderheit, teils durch die Einnahme von 10-12 Gläsern Bier und teils durch den Streit mit dem Fuhrunternehmer entstanden war. Das Gericht gelangte ferner zu der Überzeugung, dass JGPC und NRJ spontan agiert hatten. Das Gericht erkannte schließlich JGPCs Erklärung bezüglich des Schießens an und akzeptierte damit, dass er nicht die Absicht hatte, jemanden zu treffen. Das Gericht war jedoch der Ansicht, dass JGPC sich darüber hätte im Klaren sein müssen, dass er durch das Abfeuern von Schüssen die Anwesenden im Hotel einer unmittelbaren Lebensgefahr aussetzte. Man erklärte ihn daher für schuldig gemäß Paragraph 241 des Strafgesetzes, in dem es lautet: „Wer unachtsam den Tod eines anderen verschuldet, wird mit Haft oder einer Geldstrafe bestraft, unter verschärften Umständen mit Gefängnis bis zu vier Jahren“. Gleichzeitig befand man ihn für schuldig gemäß Paragraph 252, der festlegt: „Mit Haft oder Gefängnis bis zu vier Jahren wird derjenige bestraft, der aus Gewinnsucht, grobem Übermut oder auf ähnlich rücksichtslose Weise unmittelbare Gefahr für Leib und Leben verursacht“.¹⁸ Das Gericht verurteilte JGPC zu einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten. NRJ hatte dem Gericht zufolge grob unachtsam bei der Übergabe der Pistole an JGPC gehandelt, weil er wusste, dass JGPC betrunken und erregt über das deutsche Fest war, und weil er als Waffenlehrer die Gefahr der Pistole kannte. Gemäß Paragraph 252 des Strafgesetzes wurde er daher zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten



Meine innigstgeliebte Frau, unsere herzensgute Mutter, mein liebes Enkelkind, unsere Tochter, Schwiegertochter und Schwester

Wilhelmine Sass

geb. Metzdorf

ist uns in der Nacht zum 28. Dezember 1948 genommen worden.

Apenrade, den 28. Dez. 1948

In tiefer, schmerzlicher Trauer

Wilhelm Sass, Apenrade, Kolstrup 23

Heimke und Wilfred

Charlotte Clausen, Munkbrarup, z. Zt.

Vesterbæk pr. Faarhus

Frieda Metzdorf, Vesterbæk pr. Faarhus

Emma Sass, Apenrade, Kolstrup 23

Minna u. Peter Metzdorf, Vesterbæk pr. Faarhus

Hanna u. Peter Nissen, Kitschelundfeld

Julie und Friedrich Metzdorf, Holm pr. Klipleff

Caroline und August Metzdorf, Jels

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 4. Januar 1949 um 14,00 Uhr von der Friedhofskapelle in Apenrade aus statt.

Abb. 4 Todesanzeige für Wilhelmine Sass im Nordschleswiger, 31.12.1948

verurteilt. Ferner verurteilte das Gericht JGPC, eine Entschädigung von 4.944 Kronen an Wilhelm Sass und je 3.000 Kronen an dessen Kinder zu zahlen. Die Pistole von NRJ wurde beschlagnahmt.

Die Staatsanwaltschaft legte gegen das sehr milde Urteil des Gerichts unverzüglich Berufung beim Vestre Landsret in Viborg ein. Bereits am 18. März 1949 hob das Landesgericht das Strafmaß des lokalen Gerichts auf. JGPCs Strafe wurde auf 1½ Jahre Gefängnis erhöht, während NRJ eine Verdopplung seiner Strafe auf 6 Monate Gefängnis erhielt. In der Frage nach der Schuld hingegen kam das Landesgericht zu keiner anderen Schlussfolgerung, und auch an der Entschädigungszahlung wurde nichts verändert.¹⁹

Der Totschlag von Wilhelmine Sass rief auf breiter Basis Abscheu in der Presse des Landesteils hervor. Die Gelegenheit wurde zu einer Abrechnung mit denjenigen dänischen Kreisen genutzt, die auch mehr als drei Jahre nach der Befreiung

einen fanatischen Hass auf alles Deutsche nährten. Vilhelm La Cour machte in seiner Monatsschrift „Grænsevagten“ deutlich: „Das menschlich Entscheidende in dieser Sache ist doch, dass ein Menschenleben verloren gegangen ist, dass zwei minderjährige Kinder ihre Mutter und ein Mann seine Ehefrau verloren haben. Das politisch Entscheidende liegt jedoch nicht in der eigentlichen Tötung, sondern in der erschütternden Tatsache, dass Menschen aus den Reihen des aktiven Dänentums bewusste und grobe Provokationen gegen die Veranstaltungen der deutschen Minderheit ausübten. Dass die Affäre mit einer Tötung endete, ist Zufall, aber die Provokation war kein Zufall. Es handelt sich um ein politisches Verbrechen, für das es keine Rechtfertigung gibt. Auf deutscher Seite hat man es oft unter mildernden Umständen betrachtet, wenn für die Zwecke des Deutschtums ein Übergriff auf Menschen anderer Gesinnung erfolgte. Bis in die neueste Zeit haben wir hierfür zahlreiche Beispiele gesehen. Lasst uns unmissverständlich festhalten, dass beim Totschlag in Lügumkloster verschärfte Umstände vorliegen, dass es sich um *eine dänische Provokation gegen Menschen deutscher Gesinnung* handelt. Es gibt dänische Kreise mit der Ansicht, dass die deutschen Nordschleswiger in Dänemark rechtlos sind. Diese Personen sollten wissen, *dass ihre Landsleute sie mit den Deutschen gleichsetzen, die der Ansicht sind, dass das Dänentum rechtlos in Südschleswig sein sollte!* Wir bekennen uns nicht zu einem wie auch immer gearteten Dänentum – sondern ausschließlich zu einem Dänentum, das unerschütterlich die Bedingungen der Demokratie und Humanität respektiert [...] Nichts sollte unversucht bleiben, um das Schandmal reinzuwaschen, welches verbrecherische Landsleute der Ehre des Dänentums beigebracht haben“.²⁰

In Lügumkloster verstand nicht jeder diese Botschaft. So gab es auch danach Fälle, in denen anonyme Drohbriefe verschickt wurden. Im Februar 1948 versuchte ein Mechanikerlehrling, dem Buchdrucker des Ortes zu drohen, nicht länger deutsche Beiträge und Anzeigen in „Løgumkloster Avis“ zu bringen, und er versuchte das örtliche Kino dazu zu bringen, keine deutschen Filme mehr zu zeigen. Im Januar 1949 traf es den Vater von JGPC, der aufgefordert wurde, den Ort innerhalb eines Monats zu verlassen; hier glückte es nicht, den Schuldigen zu finden. Im Juli 1949 erhielt ein deutschgesinnter Handwerker, gleichzeitig Vorsitzender des örtlichen deutschen Turn- und Sportvereins, von dem oben genannten Mechanikerlehrling einen Kranz mit einer Karte zugesandt: „Hannemann und Nis waren unvorsichtig, wir sind vorsichtiger“. Hannemann war ein Rufname für JGPC und Nis war NRJ. Im Laufe des folgenden Monats wurden unter falschem Namen Särge, Feuerbestattungen und Grabsteine für lebende, deutsch gesinnte Bürger bestellt. Die Täter wurden nicht gefunden. Es ging sogar so weit, dass Hauswarte aus Furcht vor Repressalien Versammlungsräume für deutsche Versammlungen nicht mehr zur Verfügung stellen wollten.²¹

Zusammenfassung

Abgesehen von diesen makabren Vorfällen fiel der Totschlag an Wilhelmine Sass 1948 zusammen mit dem Ende der Jahre des starken gegenseitigen Hasses zwischen dänisch und deutsch gesinnter Bevölkerung des Landesteils. Das Jahr 1949 stellte den Beginn einer vorsichtigen Annäherung dar, die sich seither zu einer friedlichen Koexistenz von Mehrheit und Minderheit entwickelte, in der die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 als wichtiger Katalysator des weiteren Annäherungsprozesses wirkten.

Das Attentat auf das Polizeirevier in Tingleff und der Totschlag in Lügumkloster waren im hohen Maße nationalpolitisch motiviert und müssen vor dem Hintergrund der verschärften Gegensätze betrachtet werden, die die Besatzungszeit und die sich daraus ergebene Rechtsabrechnung hervorbrachten. Die Täter waren durch persönlichen Hass getrieben, der sich gegen lokale Akteure der „Rechtsabrechnung“, beziehungsweise gegen deutsche Nordschleswiger aus der Nachbarschaft richtete. Die Umstände beider Straftaten waren unterschiedlich, der vergiftete Beweggrund jedoch war der gleiche. Es kann daher mehr oder weniger zufällig erscheinen, dass Jens Peter Egebjærg Andersen unversehrt blieb, während Wilhelmine Sass ihr Leben verlor.

In beiden Angelegenheiten spielten dänische Justizbehörden eine Rolle, die diesen nicht zur Ehre gereichte. Der Staatsanwalt in Sonderburg forderte das unverhältnismäßig hohe Strafmaß der Todesstrafe für den Hauptangeklagten des Attentats auf Egebjærg Andersen, und obwohl das Gericht in Tondern dies abwies, erhielten der Täter und seine Mitschuldigen harte Strafen. Umgekehrt war das Strafmaß am Gericht in Lügumkloster für den Totschläger und seinen Mitschuldigen auffällig gering. Obwohl in beiden Fällen ein unterschiedlicher Grad an Vorsatz vorlag, kann man heute nachvollziehen, dass Angehörige der deutschen Minderheit damals annahmen, dass es zwei Formen von Rechtsabrechnung im Grenzland gab – eine für Deutsch- und eine für Dänischgesinnte. Abgemildert wurde dies immerhin durch die Korrektur der absonderlichsten Urteile durch das Vestre Landsret.

Übersetzung: Ruth Clausen

Anmerkungen

- 1 Eine Version des Artikels in dänischer Sprache wurde in *Sønderjyske Årbøger* 2013 veröffentlicht. Darin wurde auch das Niederschießen von Asmus Jensen, Kitschelund, im Rahmen seiner Verhaftung durch die Truppenabteilung der Feldpolizei von „Den Danske Brigade“ am 9. Mai 1945 thematisiert. Dieses Ereignis stand mit den deutsch-dänischen Gegensätzen jedoch nicht unmittelbar in Verbindung.
- 2 Im Allgemeinen s. Hans Schultz Hansen u. a. (red.), *Sønderjyllands Historie* 2. Efter 1815, Aabenraa 2009, S. 355-376, und 409 ; Nordschleswig betreffend s. Hans Schultz Hansen og Henrik Skov Kristensen, *Mindretal og flertal i Nordslesvig 1945-1955*, in: Jørgen Kühl (red.): *København-Bonn-Erklæringerne 1955-2000. De dansk-tyske mindretalserklæringers baggrund, tilblivelse og virkning*, Aabenraa 2005, S. 125-195.
- 3 Nordschleswig betreffend s. Leif Hansen Nielsen, *Tyske flygtninge i Nordslesvig 1945-48*, Aabenraa 2013.
- 4 Henrik Skov Kristensen, *Straffelejren. Fårhus, landssvigerne og retsopgøret*, København 2011. - Ditlev Tamm, *Retsopgøret efter besættelsen*, København 1985, S. 408-431 .
- 5 Inge Adriansen, *Erindringssteder i Danmark*, København 2010, S. 371-382, sowie Ernst Siegfried Hansen, *Disteln am Wege*, Bielefeld 1957, S. 98-101 und 247.
- 6 Lars N. Henningsen (red.), *Ernsted sogns historie*, Aabenraa 1987, S. 254f.
- 7 Betreffend Egebjerg Andersen s. Henning N. Larsen, *Modstanden*, København 2012, S. 265-287. Ferner Ernst Siegfried Hansen (wie Note 5), S. 96f. und *Sønderjyden*, 19.12.1945.
- 8 Abgedruckt bei Ernst Siegfried Hansen, (wie Note 5), S. 242f.
- 9 Gruppenbildungen, Attentatversuch, Aufklärung, Festnahmen und Urteilsverkündungen werden detailliert beschrieben im Bestand des Landsarkivet for Sønderjylland (LAA), Aabenraa politi nr. 1457: Sag 20.215 vedr. „Varulvebevægelsen“ med oversigtsrapporter fra Rejseafdelingen 18.5. og 31.7.1946, sowie LAA, Retten i Tønder nr. 479: Dombog for straffesager (særlige sager) 1946-53, Urteile für die Mitwirkenden im Attentatversuch S. 237-274.
- 10 Gads leksikon om dansk besættelsestid, S. 496.
- 11 Grænsevagten 1946, S. 233f. und 273f.
- 12 *Lovtidende* 1930, S. 732.
- 13 Das Strafzusatzgesetz vom 1. Juni 1945 ist wiedergegeben bei Tamm, *Retsopgøret* (wie Note 4), S. 755-757.
- 14 *Sønderjyden*, 7.3.1947.
- 15 Die folgende Darstellung des Totschlags beruht auf LAA, Retten i Løgumkloster nr. 13, Dombog for borgerlige og straffesager 1948-49, S. 366-377. Ferner Ortspolizist Egon Gotfred Johansen, *Minder og begivenheder 1943-1956*, nicht gedruckte Erinnerungen mit beigefügten Zeitungsartikeln in *Løgumkloster Lokalhistoriske Arkiv*. Für den Hinweis und Zugang zu diesem Material danke ich Jens Kr. Krarup bzw. Frede Gotthardsen, Lügumkloster.
- 16 Ernst Siegfried Hansen, *Disteln am Wege* (wie Note 5), S. 248.

- 17 Ebd., S. 250.
- 18 Lovtidende 1930, S. 740 und 742.
- 19 Grænsevagten 1949, S. 178.
- 20 Ebd., S. 14-16, vgl. Presseauszug, S. 27-30.
- 21 Ortopolizist Egon Gotfred Johansen, Minder og begivenheder 1943-1956, nicht gedruckte Erinnerungen mit beigefügten Zeitungsartikeln in Løgumkloster Lokalhistoriske Arkiv. Ferner Grænsevagten 1949, S. 392 und Ernst Siegfried Hansen: Kurier der Heimat, Bielefeld 1955, S. 239.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: Museum Sønderjylland – Institut für Sønderjysk Lokalhistorie;

Abb. 2 u. 3: Landsarkivet for Sønderjylland, Tønder politi Nr. 1731, straffeakt 3335;

Abb. 4 u. 5: Der Nordschleswiger, 31.12.1948

Der ADS-Grenzfriedensbund in der regionalen Entwicklung

von SIMON FABER

Im Folgenden geben wir, in leicht überarbeiteter Form, die Rede wieder, die der Flensburger Oberbürgermeister Simon Faber (SSW) am 2. Juni 2014 bei der Jahresmitgliederversammlung des ADS-Grenzfriedensbundes gehalten hat. Ausgehend von der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS) und des Grenzfriedensbundes in den ersten Nachkriegsjahren beleuchtet Faber schlaglichtartig Vergangenheit, Gegenwart und Zukunftsperspektiven der Region, wobei er sich nicht scheut, auch Probleme deutlich beim Namen zu nennen.

Die Redaktion

Vergangenheit

Entstanden ist der heutige ADS-Grenzfriedensbund im Jahre 2007. Das klingt erst einmal nicht wirklich alt, doch ist dies der Zeitpunkt der Fusion der beiden bis dahin selbständigen Grenz- und Sozialverbände „Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig“ (ADS) und „Grenzfriedensbund“. Der äußere Anlass zur Fusion war die Streichung der Mittel für den Grenzfriedensbund durch die damalige Landesregierung. Die innere Möglichkeit einer solchen Fusion aber resultierte aus der mittlerweile erreichten partnerschaftlichen Parallelität beider Vereinigungen. Und diese lohnen unbedingt einen Blick deutlich weiter zurück – auf die durchaus unterschiedlichen Ursprünge beider Verbände.

Beide waren in der Nachkriegszeit gegründet worden, die ADS 1948, der Grenzfriedensbund 1950. Damals beherrschte erneut die nationalpolitische Auseinandersetzung um deutsch oder dänisch die Köpfe und Herzen in unserem Grenzland. Mit dem SSF hatte sich die dänische Minderheit 1946 in Rechtsnachfolge des 1920 gegründeten SF (Slesvigsk Forening) eine national-kulturelle, und mit dem SSW 1948 eine parteipolitische Organisation geschaffen. Deren frühe Ziele waren eine neuerliche Grenzziehung unter Eingliederung mittel- und süd-schleswigscher Gebiete nach Dänemark. Diese neudänische Bewegung erhielt – durchaus aus bitterer Enttäuschung über die Lage Deutschlands – in der unmittelbaren Nachkriegszeit erheblichen Zulauf, bis hin zu dänischen Stimmmehrheiten bei den ersten Wahlen, etwa hier in Flensburg.

In Reaktion auf diese Entwicklung etablierten sich deutscherseits zunächst der Deutsche Grenzverein, der Schleswig-Holsteinische Heimatbund und die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig. Diese verstanden sich als nationale, kulturelle und sozialpolitische Abwehr- und Gegenorganisationen zu den dänischen Vereinigungen. Entsprechend skeptisch begegnete man dem Grenzfriedensbund, der dezidiert eine Verständigung und Zusammenarbeit im Grenzland wie auch über die deutsch-dänische Grenze hinweg anstrebte. Man befürchtete eine Zersplitterung der Kräfte der deutschen Grenzarbeit und stand der versöhnlichen Position des neuen Vereins ablehnend gegenüber. Die ADS sah im Grenzfriedensbund einen direkten Konkurrenten, da beide Vereine sozialpolitische Themen bearbeiteten. Hinzu kam, dass der Grenzfriedensbund überwiegend von Sozialdemokraten getragen wurde und damit auch parteipolitisch bei den anderen, bürgerlich-konservativ geprägten Vereinen Misstrauen erzeugte – zumal ein Teil der SPD im Landesteil seinerzeit als Sozialdemokratische Partei Flensburg (SPF) mit den dänischen Organisationen kooperierte. In der klassischen Organisationslehre steht bei jeder Gründung ein ideelles Ziel vor Augen. Das galt auch hier bei beiden Organisationen. Der Grenzkampf war auf seinem Höhepunkt und die sich daraus ergebenden Ziele der Gründer „Front und Brücke“, (um einen dänischen Slogan jener Zeit zu bemühen), waren offensichtlich.

Doch bereits nach einigen Jahren zeichnete sich eine Veränderung der Rahmenbedingungen ab. Die dänische Regierung lehnte es ab, den Verlauf der Grenze in Frage zu stellen, und die Kieler Erklärung von 1949, das westdeutsche Wirtschaftswachstum nach 1950 und die – NATO-bedingten – Bonn-Kopenhagener Erklärungen 1955 führten zur allmählichen Beruhigung in unserem Grenzland. Das dezidierte Gegeneinander wandelte sich zu einem konkurrierenden Nebeneinander von deutsch und dänisch. Gemeinsam war den deutschen Grenzverbänden nun das Bemühen um politisch-historische Aufklärung über Werden und Wollen der hiesigen national-kulturellen Bevölkerungsgruppen. Dabei öffneten die Grenzfriedenshefte des Grenzfriedensbundes auch dänischen Stimmen ihre Spalten, sprachen deutsche Tabu-Themen wie die NS-Vergangenheit an und trugen so zur deutsch-dänischen Verständigung und dem Abbau gegenseitiger Vorurteile bei.

Zunehmend wichtiger – auch hier eine Parallele zu den dänischen Organisationen – wurde die allseits geleistete Sozialpolitik. So entstanden frühzeitig Kindergärten mit Ganztagsbetreuung einschließlich Mittagessen, Schullandheime, Mütterschule und Müttergenesungsheime, Sozialstationen sowie materielle und finanzielle Unterstützung von Familien. Beiden gemein war die zunehmende Bereitschaft, Inhalte und Eigenschaften unserer besonderen Grenzland-Kultur ständig zu überprüfen, sich ständig zu erneuern und frühzeitig auf Veränderun-

gen in der Gesellschaft zu reagieren. Dazu gehört einerseits die Wahrnehmung eines wachsenden deutsch-dänischen Miteinanders, über die Grenze hinweg und zwischen Mehrheit und Minderheit. Dazu gehört die zwischen den Regional- und Minderheitenparteien SSW und SP gewachsene Erkenntnis, dass die infrastrukturellen, demografischen, wirtschaftlichen sowie bildungs- und sozialpolitischen Herausforderungen auf beiden Seiten der Region Schleswig ähnlich sind.

Dazu gehört aber auch die Erkenntnis, dass bei allem Mit- und Füreinander Deutsche und Dänen zwei verschiedene Völker mit unterschiedlicher Sprache und Kultur, ja auch mit unterschiedlicher Wahrnehmung und unterschiedlichen Herangehensweisen sind. Und – so meine Prognose – auch bleiben werden.

Gegenwart

Vor diesem gewachsenen Erfahrungs- und Erkenntnis-Hintergrund konnte 2008 dann auch die Fusion von ADS und Grenzfriedensbund gelingen. Entstanden ist daraus auch ein breit aufgestelltes Sozialwerk. So betreibt der Verein heute eine Vielzahl von Einrichtungen, fast ausschließlich im Landesteil Schleswig. Hierzu gehören rund 30 Kindergärten, sechs Schullandheime, zwei Jugendtreffs, das Soziale Training, ein Freizeitzentrum, ein Tagungshaus, eine Mutter-Kind-Vorsorgeklinik, ein Haus der Familie mit den Bereichen Familienbildungsstätte, Beratungszentrum, Selbsthilfegruppen (KIBIS) und drei Seniorentreffs.

Aber der ADS Grenzfriedensbund ist auch in vielen weiteren sozialen Feldern tätig. Die ambulante häusliche Pflege z.B. wird heute durch die Tochtergesellschaft (Beteiligung) Ambulantes Pflegezentrum Nord (APN) und die Sozialstation im Amtsbereich Hürup geleistet.

Der große Bereich Arbeiten und Wohnen für Menschen mit Behinderungen wird umfassend durch die weitere Tochtergesellschaft (Beteiligung) Mürwiker Werkstätten gGmbH im Landesteil Schleswig angeboten. Dort ausgegliederte weitere Dienstleistungsgesellschaften komplettieren das Angebot.

Der ADS-Grenzfriedensbund ist damit eine feste Größe bei uns geworden. So gilt an dieser Stelle der Dank der Stadt Flensburg gerade jenen Menschen, die den ADS-Grenzfriedensbund im Alltag tragen und ausmachen. Dieser Dank schließt alle ein: Vorstandsmitglieder, Sozialpädagogen, Pfleger, Köche, Sekretariat oder Hausmeister – und all' die vielen anderen mehr. Zu Recht betont die Webseite Ihrer Organisation die zentrale Bedeutung der Identifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Verein. Man nimmt wahr, dass die Ideale der Gründung sich eben auch im täglichen Engagement Ihrer Mitarbeiter widerspiegeln und den Einrichtungen das gewisse Extra, die besondere Hingabe ermöglichen.

Jede Institutionalisierung – zumal wenn sie über längere Zeit erfolgt – hat jedoch auch eine Kehrseite. Die täglichen organisatorischen und finanziellen Herausforderungen gewinnen an Bedeutung gegenüber der reinen Lehre der Gründerzeit. Die materielle Absicherung der Einrichtungen und die Rekrutierung von Nachwuchs im Personal wie im Ehrenamt werden zunehmend wichtige und oft schwierigere Aufgaben. Zu beobachten ist dies bei Ihnen wie auch in den Organisationen der dänischen Minderheit. Der Preis der Institutionalisierung ist die Auseinandersetzung mit den profanen Erfordernissen unserer detailregulierten Gesellschaften, oder positiver formuliert mit den Ausprägungen des demokratischen Rechtsstaats – mit seinen Landesrechnungshöfen (von denen der dänische Schulverein ein Lied singen kann), mit seinen Förderkulissen, mit seinen Antrags- und Genehmigungsverfahren, mit seinen politischen Verteilungskämpfen oder gar mit aufkommenden Verfassungsbeschwerden.

Oft fällt diese Auseinandersetzung gerade Organisationen mit ideellem Hintergrund schwer. Erkennt denn der Landesrechnungshof, die Genehmigungsbehörde oder der Fördermittelgeber nicht den herausragenden ideellen Zweck? Wo bleibt die Wertschätzung gegenüber der gesellschaftlich wichtigen, ja vielleicht unverzichtbaren Aufgabe?

Schnell sind Misstöne in der Luft. Bei genauerem Hinsehen führt – und eben dies ist der Preis der Institutionalisierung – gerade an der profanen und möglichst sachlichen Auseinandersetzung mit diesen Gegenspielern kein guter Weg vorbei. Denn auch ein Landesrechnungshof hat ein ideelles Ziel: den sorgfältigen Umgang mit Steuergeldern. Eine Genehmigungsbehörde verfolgt z.B. das Ziel von Ordnung und Sicherheit der Bürger. Mein Plädoyer lautet also sowohl hier als auch in vergleichbaren Fragen anderer Verbände: Stellen Sie sich solchen Verfahren offen und transparent. Nicht jeder laute Aufschrei hilft am Ende wirklich. Erwarten darf man allerdings im Gegenzug von der öffentlichen Hand, dass sie nicht nur Erbsen zählt und Bedenkenträgerei zum Selbstzweck erhebt. Das gilt auch bei einem Phänomen, das bei vielen Organisationen gerade der Nachkriegszeit zunehmend häufig auftritt: Die Schwächeerscheinungen in Bauwerken, die man selbst einmal erworben oder errichtet hat. Friktionen im Alltag bleiben dabei natürlich nicht aus, wie man am Beispiel der Kita Sophiesminde erkennt. Überrascht davon, dass das bisherige Gebäude aufgrund sicherheitsrelevanter Mängel beinahe über Nacht aufgegeben werden musste, musste zunächst sehr schnell improvisiert werden – und wer behauptet, die öffentliche Hand sei immer schwerfällig, der liegt hier definitiv falsch. Die Stadt Flensburg hat hier schnell und sehr pragmatisch gehandelt und in der Petri-Schule eine Übergangslösung ermöglicht.

Auch die Überlegung eines Ersatzbaues durch den ADS-Grenzfriedensbund haben wir intensiv unterstützt und mögliche Fördermittel des Landes bis zu-

Der Flensburger
Oberbürgermeister
Simon Faber als Redner
bei der Mitglieder-
versammlung des
ADS-Grenzfriedens-
bundes, 02.06.2014



letzt offen gehalten. Nach ihrer Entscheidung, doch nicht zu bauen, muss es uns nun gelingen, eine andere tragfähige Lösung zu finden. Als Vertreter der Stadt Flensburg möchte ich dabei zum Ausdruck bringen, dass uns viel daran liegt, nicht nur eine Lösung für die Gebäude zu finden, sondern auch die hohe pädagogische Qualität ihrer engagierten Mitarbeiter weiter den Kindern zugute kommen zu lassen. Berücksichtigen müssen wir allerdings, dass der städtische Beitrag hierzu auch dem Vergleich mit den vielen anderen Trägern, die es in Flensburg gibt, standhalten muss. Aktuell liegt ein Lösungsvorschlag auf dem Tisch, der nicht etwa auf eine Entfremdung, sondern auf eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Stadt und ADS-Grenzfriedensbund setzt. Das ist doch ein erfreulicher Ansatz! Noch müssen viele Details geregelt und viele Gremien befragt werden. Insgesamt ist jedoch klar: Nur in Kooperation können Lösungen für die Kinderbetreuung im nördlichen Stadtgebiet gelingen.

Zukunftsperspektiven

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen Ausblick aus der Vogelperspektive: Die in der Nachkriegszeit gewachsene institutionalisierte Landschaft der deutschen und dänischen Grenzvereine und der Minderheiten auf beiden Seiten wird sich – knapp 95 Jahre nach Festlegung der Grenze – verstärkt verschiedenen Fragen

der Veränderung stellen müssen. Es liegt an uns selbst, wie wir miteinander zum Besten möglichst vieler unsere Lebenswelt gestalten. Die Entwicklung im Grenzland ist natürlich weiter im Fluss, wie die westlichen Gesellschaften insgesamt. Automatismen der alten BRD oder des DK der Nachkriegszeit – vor der Finanzkrise, vor dem Fall der Mauer – greifen überall nur noch bedingt.

Der koordinierte Einsatz für die Rahmenbedingungen, die unsere Region zukunftsfest machen, wird viel Anstrengung erfordern. Weder in den Hauptstädten Kopenhagen oder Berlin stehen unsere Themen, wie z.B. die Verkehrsinfrastruktur oder der Gewinn kluger Köpfe, zuoberst auf der Agenda, selbst in Kiel fällt es ab und an schwierig. Angesichts stagnierender Zuschüsse aus DK muss die dänische Minderheit den verschachtelten Aufbau ihrer Verbände aktiv hinterfragen. Und der dänische Grenzverein beschreitet seit einigen Jahren bewusst und aktiv den Weg der Deinstitutionalisierung: Gebäude werden verkauft und Handlungsfelder aufgegeben, um sich dem Kernziel des Grænseforeningen besser widmen zu können – der aktiven Information im Königreich über die Existenz einer dänischen Minderheit.

Auch Sie machen sich natürlich Gedanken über die Zukunft des ADS-Grenzfriedensbundes. Aktuell ist eine Umstellung der immer wieder lesenswerten Grenzfriedenshefte auf den Weg gebracht worden.

Das traditionelle Bestreben des ADS-Grenzfriedensbundes e. V., die Verwurzelung der Menschen in dieser Region zu akzeptieren und zu fördern und den Blick auf diese so faszinierende und reizvolle Regionen zu lenken, bleibt auch heute sehr, sehr sinnvoll. Vielleicht heute mehr denn je, wenn wir an ungelöste oder schlecht gelöste Grenz- und Identitätsfragen im übrigen Europa denken! Erfolgreiche Regionen verbinden Geschichtsbewusstsein und moderne Lebenswelt zu einem dynamischen Ganzen. Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass es mit den Gedenkveranstaltungen zu „150 Jahre Düppel“ gelungen ist, gerade im deutschen Teil der Bevölkerung Interesse für diesen Teil der schleswig-holsteinischen, dänischen und europäischen Geschichte zu wecken. Verbunden mit dem Blick auf die gemeinsamen Herausforderungen unserer regionalen Zukunft, tut uns dies gut. Der ADS-Grenzfriedensbund steht für genau diesen bewussten, sensiblen und motivierenden Umgang mit der Tradition und der Zukunft unserer Region. Sie werden selbst am besten wissen, mit welchen Prioritäten Sie diese Ideale in die Zukunft tragen können. Mit der Formel **Aktuell**, **Dynamisch** und **Sozial** sind die Leitgedanken ja prägnant und gut formuliert.

Abbildungsnachweis:

ADS-Grenzfriedensbund, Foto: Susanne Hövelmann-Schulze

Die Finanzierung von Minderheitenorganisationen in der Grenzregion

von SONJA WOLF

Beim diesjährigen „Runden Tisch“ des European Centre for Minority Issues (ECMI) ging es um die Finanzierung von Minderheitenorganisationen in der Grenzregion. Sonja Wolf, Projektassistentin am ECMI, fasst die von Finanzexperten der Minderheiten gegebenen Informationen, auch in Form von Schaubildern, zusammen und bietet Ansätze einer Analyse.

Die Redaktion

Einleitung

Die Finanzierung von Minderheitenorganisationen ist ein Thema, das zwar häufig diskutiert wird, aber bisher wenig untersucht wurde. Organisationen, die die Interessen von Minderheiten vertreten, müssen häufig hart um staatliche Unterstützung kämpfen und sind in vielen Fällen auf Spenden und andere Eigenfinanzierung angewiesen, um ihre Aktivitäten fortführen zu können. Während die Höhe der Förderungssummen also ein vieldiskutiertes und hartumkämpftes Thema ist, fehlt es an Untersuchungen, die sich mit den Strukturen und Auswirkungen von Vergabeprozessen der Fördergelder für Minderheiten befassen. Außerdem fehlt es häufig an Fachwissen zu entsprechenden Prozessen und an Daten, um Vergleiche und Untersuchungen anstellen zu können, wie sich bei einem vom European Centre for Minority Issues (ECMI) organisierten Expertentreffen zum Thema Finanzierung von Minderheitenorganisationen im Dezember 2013 zeigte. Am 24. März 2014 hat das ECMI deshalb zum alljährlichen Runden Tisch der Minderheiten geladen, um auf Vorschlag des Bundes Deutscher Nordschleswiger (BDN) eben dieses Thema zu diskutieren. Die Vertreter der traditionellen Minderheiten in der deutsch-dänischen Grenzregion haben ihre jeweilige Finanzierungssituation vorgestellt und anschließend Unterschiede und Ähnlichkeiten diskutiert sowie die Stärken und Schwächen der vorherrschenden Strukturen herausgestellt. Dabei hat sich ergeben, dass trotz der geografischen Nähe der Gruppen zueinander die Unterschiede in den Finanzierungsstrukturen groß sind und die Vergabeprozesse von Fördergeldern für die Minderheiten teilweise eine große Planungsunsicherheit bergen.

Die Finanzierung der regionalen Minderheiten

Die Finanzierung von Minderheiten ist vielerorts ein heikles Thema, dem häufig mit Ablehnung und Kritik begegnet wird. Vor allem in Ländern und Regionen mit einer schwachen Wirtschaft ist die Förderung von Minderheiten oft ein Grund für Auseinandersetzungen und wird als Luxusproblem angesehen. Wie das Expertentreffen des ECMI zu diesem Thema ergab, sind die Vergabeprozesse von Fördergeldern häufig undurchsichtig und die Kriterien, nach denen Gelder vergeben werden, sind in der Regel nicht öffentlich. Häufig wird die Notwendigkeit für eine entsprechende Förderung grundsätzlich infrage gestellt oder die Vergabe von Geldern dermaßen erschwert und an Bedingungen geknüpft, dass vor allem kleinere Organisationen keinen Zugang zu staatlicher Förderung erhalten. In der Grenzregion Südschleswig/Sønderjylland ist die Ausgangslage für die Minderheiten und ihre Organisationen weitaus positiver als in anderen Regionen in Europa, und auch die wirtschaftliche Situation Dänemarks und Deutschlands lässt eine staatliche Förderung von Minderheitenorganisationen zu. So finanzieren sich die Aktivitäten des BDN als Vertretung der deutschen Minderheit in Dänemark nach eigenen Angaben zu einem Teil aus bundesdeutschen (22%) sowie aus Mitteln des Landes Schleswig-Holstein (4%). Rund die Hälfte der Betriebsmittel wird vom dänischen Staat (34%) sowie den Kommunen (16%) zur Verfügung gestellt und ein knappes Viertel des Finanzbedarfs wird aus Eigeneinnahmen (24%) gedeckt (Abb. 1).

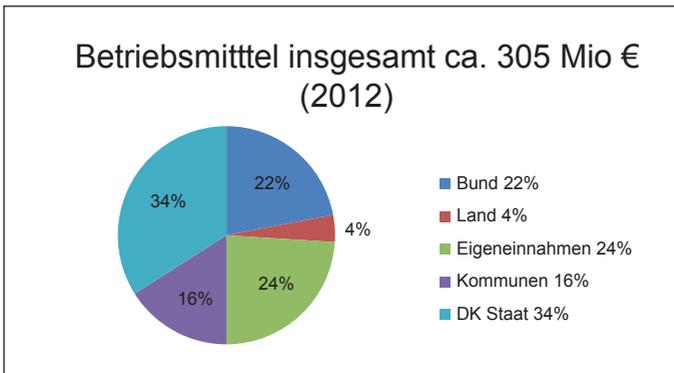


Abb. 1 Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN)

Die Förderung ist hauptsächlich institutionell, also wiederkehrend und verlässlich und gewährt so eine hohe Planungssicherheit. Während die Förderung aus

dänischen Staatsgeldern sowie aus den Kommunen automatisch an Lohn- und Preissteigerungen angepasst wird und sich so regelmäßig erhöht, ist dies auf deutscher Seite nicht der Fall. Die schleswig-holsteinische Förderung wurde Dank guter Kontakte und breiter Unterstützung in der Landespolitik ebenfalls regelmäßig erhöht. Im Gegensatz dazu ist die Förderung durch die Bundesrepublik seit 1997 nicht gestiegen und konnte somit Lohn- und Preissteigerungen nicht ausgleichen. Infolgedessen unterziehen sich der BDN und die anderen Organisationen der deutschen Volksgruppe in Dänemark seit 2010 wiederholt Sparmaßnahmen, in deren Folge vor allem Arbeitsstellen, Kulturaktivitäten und Beratungen gestrichen wurden.¹ Die Förderung durch die Bundesrepublik ist zudem hauptsächlich auf die Begleichung von Fehlbeträgen ausgerichtet, die im Vorhinein angegeben werden müssen und einen vom Bund festgelegten Wert nicht überschreiten dürfen. Diese Struktur der Finanzierung hat in der Vergangenheit häufig zu Grundsatzdiskussionen über die Förderung geführt und die Verhandlungsposition des BDN gegenüber der Bundesrepublik geschwächt.

Die Finanzierungssituation der dänischen Minderheit in Deutschland ist der der deutschen Volksgruppe generell ähnlich (Abb. 2 und 3). Durch die dezentrale Organisation der dänischen Minderheit lassen sich die einzelnen Anteile der unterschiedlichen Geldgeber zwar nicht präzise bestimmen, die Finanzberichte der beiden größten Organe der dänischen Minderheit, Schulverein (Skoleforening) und Sydslesviks Forening (SSF), zeigen jedoch, dass sich auch hier die Einnahmen aus Geldern vom dänischen Staat, dem Land Schleswig-Holstein und Eigeneinnahmen zusammensetzen, die deutsche Bundesregierung unterstützt die dänische Minderheit nicht finanziell.²

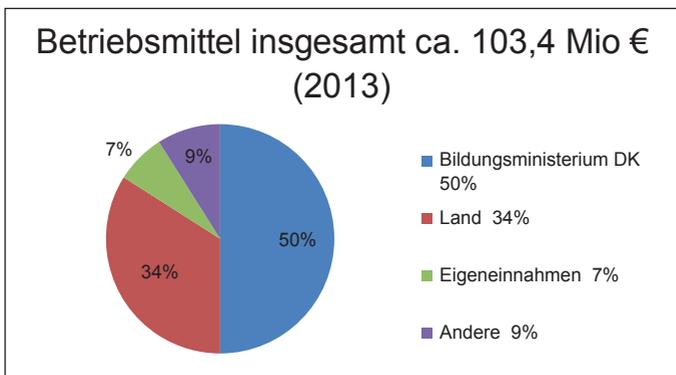


Abb. 2 Dänischer Schulverein für Südschleswig (Skoleforening)

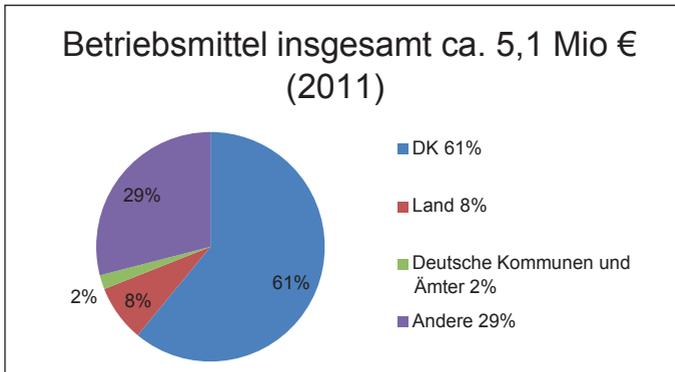


Abb. 3 Sydslesvigsk Forening

Die Höhe der Förderung und die Menge an Unterstützung für die dänische Minderheit ist laut eigenen Angaben eng verknüpft mit der politischen Präsenz der Minderheitenpartei Südschleswiger Wählerverband (SSW), die sich seit einigen Jahren auch in der Mehrheitsbevölkerung immer größerer Beliebtheit erfreut. Anscheinend trägt die starke politische Präsenz der Minderheit in der schleswig-holsteinischen Landespolitik dazu bei, dass minderheitenspezifische Themen direkt in den Ministerien und politischen Gremien angebracht werden können und somit dauerhaft Bestandteil politischer Debatten sind. Auch die Partei der deutschen Volksgruppe ist äußerst aktiv und konnte in den letzten Kommunalwahlen Stimmengewinne erzielen, insofern könnte auch hier die politische Aktivität der Minderheit als unterstützender Faktor in Betracht kommen.

Im Vergleich mit der dänischen und deutschen Minderheit sieht sich die friesische Volksgruppe vor andere Herausforderungen gestellt (Abb. 4). Die Gruppe erhält im Gegensatz zur deutschen und dänischen Minderheit keine institutionelle Förderung, sondern finanziert sich durch die projektbasierte Förderung der Bundesrepublik sowie Stiftungen. Landesmittel stehen der friesischen Volksgruppe nur sehr eingeschränkt zur Verfügung, und die Förderung des Nordfriesischen Instituts (Nordfriisk Instituut) durch das Land Schleswig-Holstein ist die erste langfristige Verpflichtung einer Landesregierung gegenüber den Nordfriesen. Zudem ist zu bemerken, dass die Höhe der Förderungsgelder, die die friesische Volksgruppe in Schleswig-Holstein bezieht, deutlich unter den Summen liegt, die die deutsche und dänische Minderheit erhalten. In diesem Zusammenhang muss die reale Gleichstellung der friesischen Volksgruppe mit den anderen Minderheiten sowie mit Organisationen der Mehrheitsbevölkerung infrage gestellt werden. Zusätzlich werden die Bundesmittel, die den Friesen zugesprochen

werden, seit 2013 zwischen den Nordfriesen und den Saterfriesen in Niedersachsen aufgeteilt, sodass die vergleichsweise niedrigen Zahlungen, mit denen die nordfriesische Gruppe bisher rechnen konnte, sich weiter verringern. Der so entbrannte Verteilungskampf belastet potenziell das Verhältnis der Minderheiten untereinander und schmälert so ihre Handlungskompetenz.

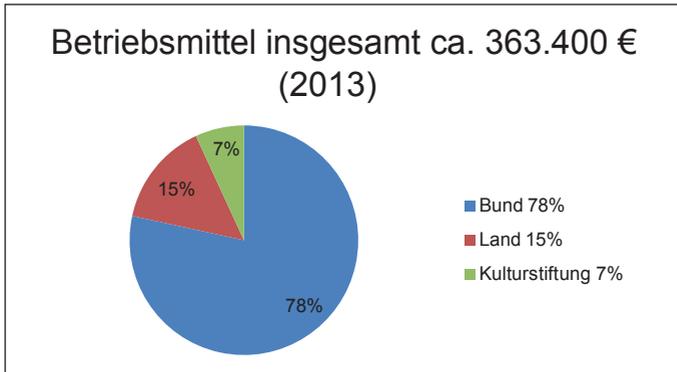


Abb. 4 Nordfriesen (Friesenrat Sektion Nord, Nordfriesischer Verein, Friisk Fo-riining)

Es mag an mancher Stelle argumentiert werden, dass die geringere Höhe der Förderung in der Größe der Volksgruppe begründet liegt, jedoch kann dies nicht die Unterschiede in der Förderungsstruktur erklären. Ein weiteres Problem, mit dem sich die schleswig-holsteinischen Friesen konfrontiert sehen, ist die Länge der Bewilligungsprozesse für einzelne Projekte und die teilweise kurzfristige Freigabe von Geldern, da sie die Planungssicherheit für Aktivitäten der Volksgruppe stark einschränken. Als einer der Gründe für diese Situation wird unter anderem das Fehlen eines Mutterstaates angesehen, der sich von außen zusätzlich für die Interessen der Gruppe einsetzt, sowie ein Mangel an außenpolitischen und Lobbyaktivitäten, die die Position der Friesen in der deutschen Politik stärken könnten. Die Interessen der Friesen sind Teil der Arbeit des SSW, werden aber durch keine eigene Partei vertreten.

Fazit

Während die Minderheiten der Region Sønderjylland/Südschleswig im Vergleich zu Minderheiten in anderen Regionen Europas rechtlich wie finanziell in einer komfortablen Situation sind, gibt es in der Region große Unterschiede zwischen den einzelnen Minderheiten- und Volksgruppen. Die Budgets der deutschen

und dänischen Minderheiten liegen jeweils im niedrigen Millionen-Bereich, wohingegen der friesischen Volksgruppe lediglich ein Budget von einigen Hunderttausend Euro zur Verfügung steht. Auch die Struktur und Art der Förderung variiert zwischen den Gruppen beträchtlich. So gibt die friesische Volksgruppe an, hauptsächlich auf Projektbasis aus Bundesgeldern unterstützt zu werden, während die dänische und deutsche Minderheit eine institutionelle Förderung erhalten und somit eine deutlich höhere Planungssicherheit ihrer Finanzierung erreichen. Die dänische Minderheit erhält zwar Unterstützung aus Landesgeldern, nicht aber aus Geldern des Bundes und den deutlich größten Anteil an der Förderung der dänischen Minderheit tragen die Ministerien des dänischen Staates. Die deutsche Minderheit wird zu einem größeren Teil durch den dänischen als den deutschen Staat finanziert und erreicht einen bemerkenswert hohen Anteil an Eigeneinnahmen. Die hier aufgezeigten Unterschiede in der Finanzierungsstruktur und auch der Höhe der den Organisationen zur Verfügung stehenden Gelder können eine Vielzahl von Gründen haben, die es gilt in tiefergehenden Analysen herauszustellen. Im Verlaufe der Diskussionsrunde wurden zwei Vermutungen in Bezug auf die Gründe geäußert, nämlich das Vorhandensein eines Kin States (Mutterstaates) sowie die politische Aktivität der Gruppe selbst und damit die Repräsentation in politischen Körperschaften und Gremien. Inwieweit diese Faktoren jedoch tatsächlich Einfluss auf die Finanzierung von Minderheitenorganisationen haben, bedarf noch weiterer Analyse.

Anmerkungen:

- 1 Siehe: Harro Hallmann, Die Finanzierung von Minderheiten am Beispiel der deutschen Volksgruppe in Dänemark, in: Grenzfriedenshefte 1/2011, S. 53-60
- 2 Siehe: Sydslesvigsk Foreningen „Resultataftale mellem Sydslesvigsk Forening (SSF) og Sydslesvigudvalget 2013“, 2013, http://www.uvm.dk/~media/UVM/Filer/Om%20os/PDF13/Sydslegvigudvalget/130205_Resultataftale_SSF_2013.ashx und Danks Skoleforening for Sydslesvig e.V. „Årsrapport 2013“, <http://www.skoleforeningen.org/media/1147961/%C3%85rsrapport-2013.pdf>.

Abbildungsnachweise

Abb. 1-4: Sonja Wolf

Dänemarks europäische Geschichte

Lars Hovbakke Sørensen

En europæisk Danmarkshistorie

Fra Oldtiden til i dag

København: Gyldendal 2014. 670 S. einzelne, meist sw. Abb.

Das hier vorliegende gewichtige Werk zählt zu denjenigen Geschichtsbüchern, die letztlich die größte mediale Aufmerksamkeit in Dänemark erlangt haben. Nun ist die Einbettung der nationalen Geschichte in einen übergeordneten europäischen Zusammenhang sicherlich nicht neu. Doch angesichts vieler, auch sehr neuer Darstellungen, die immer wieder die althergebrachte sehr enge (und bis in weit vorationale Zeit projizierte) nationale Perspektive als Grundlage haben, ist Lars Hovbakke Sørensens Ansatz durchaus bemerkenswert. Zwar ist auch sein Buch dem Titel entsprechend eine Darstellung der Geschichte Dänemarks, doch bemüht er sich konsequent und durchgehend, diese Landesgeschichte immer in den europäischen Zusammenhang zu stellen. Dies gilt erfreulicherweise nicht nur für die politische, sondern sehr oft auch für die Wirtschafts-, Sozial-, Kultur- und Mentalitätsgeschichte. Dadurch gelingt es ihm auch, viele Mythen zu entschleiern, so etwa in der Darstellung der Folgen der Niederlage von 1864 (S. 507 f.), aber auch in seiner kritischen Analyse der Umstände der Volksabstimmungen zur Grenzziehung von 1920 (S. 556 f.). Ebenso wenig verleugnet Lars Hovbakke Sørensen die Tatsache, dass Dänemark nicht selten in seiner Geschichte eine aggressive Außen-

politik geführt hat. Natürlich können leichte Ungenauigkeiten in Detailfragen (wie z.B. auf S. 308 zum Vertrag von Ripen) in einer derart umfangreichen Darstellung nicht ganz vermieden werden, und jeder Leser wird vermutlich die eine oder andere Einzelheit vermissen. Dies gilt gerade für die Herzogtümer, obwohl diese doch immer ein wesentliches Bindeglied zwischen Nord- und Mitteleuropa gewesen sind. Hingegen hat das Zusammenspiel mit Dänemarks nordischen Nachbarn ein durchgehend starkes Gewicht in dieser Publikation, die übrigens nur recht wenige, kleinformative und in der Regel bekannte Illustrationen bietet. Diese Einwände schmälern indessen nicht den Wert dieser Publikation, die hoffentlich weite Verbreitung findet und gerade im öffentlichen Geschichtsbild in Dänemark so manchen immer noch weit verbreiteten nationalen Mythos ins Wanken bringen möge.

Gerret Liebing Schlaber

Grundwerk zur Geschichte Dänemarks

Martin Cleemann Rasmussen, Thomas P. Larsen, Ulrik Juel Lavtsen

Danmarkshistorie

Dannelse og forandring

København: Lindhardt & Ringhof, 2014. 376 S. durchgehend farbig ill.

Während Werke zur deutschen Geschichte in der Regel ziemlich umfangreich sind, nur bestimmte Teilaspekte berücksichtigen oder versuchen, die deutsche Geschichte deutlich in einen übergeordneten europäischen Zusammenhang zu stellen, erschei-

nen in Dänemark nach wie vor regelmäßig sowohl als Lese- als auch als Lehrbücher konzipierte Darstellungen zur Geschichte des Königreichs. Das hier vorzustellende Buch gliedert sich wie die meisten seiner Art in die wichtigsten Epochen der Landesgeschichte. Wie in guten Lehrbüchern üblich, werden die Abschnitte jeweils am Ende durch gut ausgewählte Quellen ergänzt, von denen viele allerdings schon häufig publiziert worden sind. Das Konzept einer Geschichte Dänemarks bedeutet nicht, das das Königreich isoliert betrachtet wird. Man erfährt viel über die Wechselwirkungen mit gesamteuropäischen Entwicklungen und Einflüssen aus anderen Regionen. Dabei steht natürlich Dänemark im Mittelpunkt. Ein Vorteil des vorliegenden Buches ist, dass der jüngsten Geschichte viel Raum gegeben wird, obwohl die selben Verfasser kurz darauf noch einen Extraband über die jüngste Geschichte herausgegeben haben (Dänemarks historie i det 20. og 21. århundrede. København: Lindhardt & Ringhof 2014. 204 S.). Die besondere Geschichte des schleswigschen Grenzlandes kommt allerdings wie so oft auch hier zu kurz. Die diesbezüglichen Darstellungsteile ähneln jenen in vielen dänischen Geschichtsbüchern seit Jahrzehnten, und es ist schon schwach, dass die Grenzziehung von 1920 bereits als Konfliktlösung dargestellt wird (S. 219), ohne die Bonn-Kopenhagener Erklärungen zu erwähnen. Bemerkenswert ist, dass das Buch im Vergleich zu anderen Geschichtsbüchern dieser Art über Dänemark sehr textlastig ist, und das in einer relativ kleinen Schriftgröße, was nicht sehr leser- (und vor allem schüler-)freundlich ist. Dennoch stellt diese Publikation ein gut durchdachtes und lesbares Grundwerk zur Geschichte Dänemarks dar.

Gerret Liebing Schlaber

Reiseführer für Nordschleswig

Willy Diercks, Harro Hallmann, Stefan Lipsky, Barbara Post (Red.)

Nordschleswig

Entdecken und erleben

Neumünster: Wachholtz 2013. 168 S., durchgehend farbig ill.

Nachdem der bisher einzige deutschsprachige Reiseführer (GFH 1/2010, S. 87 f.) nach kaum vier Jahren vergriffen war, wurde er nun in einer erweiterten Form neu herausgegeben. Es ist ohne Zweifel eine überaus schwierige Aufgabe, Wissen über eine Landschaft und ihre Sehenswürdigkeiten kompakt, verständlich und informativ darzustellen. Leider wurden einige Mängel der Vorgängerausgabe wiederholt: Die Aufteilung in die drei Blöcke "Westküste", "Binnenland" und "Ostküste", die dann alphabetisch geordnet sind, ist für die Planung von Touren ebenso wie für die gezielte Suche von Orten nicht sehr praktisch, zumal ein Register fehlt und manche Orte unter teilweise recht entfernten Nachbarorten einsortiert wurden. Die einzelnen Beschreibungen geben nur wenige konkrete Hinweise zu Einzelheiten (insbesondere in den größeren Ortschaften). Orientierungshilfen zur Auffindung der Orte und erst recht der einzelnen Sehenswürdigkeiten gibt es kaum, die einzige Karte auf der letzten Seite, die zudem die "Region Sønderjylland-Schleswig" zeigt, ist unzureichend. Erfreulich sind die Hinweise auf Gaststätten und Museen und auf die Internetadressen zur weiteren Information. Die 34 Seiten "Ausflüge nach Schleswig-Holstein" wären in einem an ein deutsches Publikum gerichteten Werk so nicht nötig gewesen. Die einführenden Kapitel über Geschich-

te, Wirtschaft und Kultur erscheinen eher zufällig zusammengesetzt. Vier der sechs Geschichtsbeiträge beziehen sich auf 1864, der Wirtschaftsteil zeigt die Geschichte dreier noch existierender Betriebe. Die deutsche Volksgruppe als Kulturträger wird auf 1½ Seiten abgehandelt. Übersichtliche Darstellungen zu Geschichte, Wirtschaft und Kultur der Region finden sich leider nicht. Sehr gut gelungen ist hingegen die Bebilderung. Trotz der genannten Schwächen ist es erfreulich, dass nun überhaupt ein Werk vorliegt, das einem deutschsprachigen Publikum die Vorzüge und Besonderheiten des nahen und doch allzu oft unbekanntes Nordschleswig nahe bringt. Mögen nun viele Besucher diesen Landesteil entdecken und erleben.

Gerret Liebing Schlaber

ADS – GRENZFRIEDENSBUND e. V.
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig

24937 Flensburg, Marienkirchhof 6 (Norderhaus) - 24901 Flensburg, Postfach 1127
Internet: www.ads-flensburg.de - Email: info@ads-flensburg.de
Telefon 04 61 / 86 93-0 - Telefax 04 61 / 86 93-20



EINLADUNG zum "11. Dialog ADS-Grenzfriedensbund":

U30 : „Gehen oder bleiben?“

**Eine grenzüberschreitende Diskussion
junger GrenzlandbewohnerInnen unter 30 Jahren**

Sehr geehrte Damen und Herren,

in diesem Jahr findet unsere Dialogveranstaltung bereits zum 11. Mal statt.
Gemeinsam mit Ihnen möchten wir in die zweite Dekade unserer Dialog-Reihe aufbrechen.

Wer von Ihnen einige der Veranstaltungen besucht hat, weiß, dass wir thematisch und auch räumlich immer wieder neue Angebote machen, um mit dem Dialog im Grenzland zu mehr Verständnis und Offenheit und damit zur Verständigung beizutragen.

Zur 11. Veranstaltung betreten wir als deutscher Grenzverband minderheitenpolitisches Neuland:

Wir laden Sie diesmal ein nach Dänemark. In das HAUS NORDSCHLESWIG als Gäste des BDN, des Bundes Deutscher Nordschleswiger, der Hauptorganisation der deutschen Minderheit.

Erleben Sie mit uns, was junge Leute von nördlich und südlich der Grenze zu sagen haben, nach welchen Kriterien sie ihren Weggang oder ihr Hierbleiben entscheiden und welche Ideen sie für eine attraktive deutsch-dänische Grenzregion entwickeln.

Unser Vorstandsmitglied Renate Schnack wird durch den Abend und die Diskussion führen.

Wir würden uns sehr freuen, Sie **am Donnerstag, 30. Oktober 2014, um 19.30 Uhr im HAUS NORDSCHLESWIG in der Vestergade 30 in DK-6200 Aabenraa/Apenrade** begrüßen zu können.

Mit freundlichen Grüßen


Lothar Hay
Vorsitzender

Wir bitten um **Rücksendung der beigefügten Antwortkarte bis zum 28. Oktober 2014**.
Selbstverständlich können Sie sich und evtl. weitere Gäste auch per Telefon (0461-8693-25), Fax (0461-8693-20) oder Email (grenzfriedensbund@ads-flensburg.de) anmelden.
Eine Wegbeschreibung finden Sie umseitig.

